



Monatsbericht des BMF

März 2014

Monatsbericht des BMF

März 2014

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Zweiter Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014	6
Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und des	
Finanzplans bis zum Jahr 2018	19
Investitionsschwäche in Deutschland?	
Reform des steuerlichen Reisekostenrechts	
Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	44
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	54
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	54
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2014	61
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2014	64
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2013	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	70
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	79
Statistiken und Dokumentationen	83
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	135

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

im nächsten Jahr will der Bund erstmals seit 46 Jahren keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Auch in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums bis 2018 ist eine Nettoneuverschuldung von null vorgesehen. Dies hat das Bundeskabinett in seiner Sitzung am 12. März 2014 mit den Eckwerten des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis 2018 beschlossen. Die Bundesregierung wird damit ihrer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gerecht und leistet Zukunftsvorsorge im besten Sinne.

Zugleich wird die Wachstumsorientierung des Bundeshaushalts durch die richtigen Schwerpunktsetzungen bei den Ausgaben verstärkt. Gegenüber den letzten Planungen aus dem Sommer 2013 erhöhen sich die Investitionen im Finanzplan, etwa für die öffentliche Infrastruktur, um teils mehr als 10 % auf 27 Mrd. € im Jahr 2018. Hinzu kommen deutlich höhere Ausgaben für die Bereiche Bildung und Forschung sowie Entwicklungszusammenarbeit. Aber auch die Entlastungen der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe konnten ohne Abstriche in den Eckwerten berücksichtigt werden.

Die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags in Höhe von insgesamt 23 Mrd. € für den Zeitraum von 2013 bis 2017 sind solide finanziert und vollständig im Finanzplan abgebildet. Die Spielräume dafür hat sich die Bundesregierung durch ihre konsequente Haushaltskonsolidierung erarbeitet. Die Ausgaben des Jahres 2015 liegen mit 299,7 Mrd. € sogar noch unter dem Niveau von 2010 mit 303,7 Mrd. €.

Nach der erfolgreichen Konsolidierung des Haushalts geht es in den nächsten Jahren darum, das Erreichte dauerhaft zu sichern



und gleichzeitig das richtige Ausmaß von Ausgaben und Einnahmen zu wahren.
Ausgehend vom Haushaltsausgleich ist es möglich, die "Null" zu verstetigen, die Steuermehreinnahmen für die richtigen Ausgabenschwerpunkte zu verwenden und dabei die Struktur des Bundeshaushalts in Richtung auf mehr wachstumsfördernde Ausgaben zu verbessern. Aber auch das Niveau der staatlichen Einnahmen ist immer wieder kritisch zu überprüfen, damit der Staat langfristig nicht Steuermehreinnahmen erzielt, die die Leistungsfähigkeit der Bürger sowie der Unternehmen überfordern.

Mit dem Eckwertebeschluss zum Haushalt 2015 und dem Finanzplan bis 2018 sorgt die Bundesregierung für eine dauerhaft verlässliche Finanzpolitik in Deutschland. Dies ist die beste Voraussetzung für das Vertrauen der Konsumenten und Investoren in die Zukunft – und damit die entscheidende Grundlage für Wachstum und Beschäftigung.

h. 2011-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 1. Quartal gestartet. Die Wirtschaftsdaten deuten insgesamt auf einen breitangelegten Aufschwung in diesem Jahr hin.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich in einer guten Verfassung. Die Arbeitslosenzahl bildete sich im Februar den dritten Monat in Folge zurück. Im Januar war ein weiterer deutlicher Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen.
- Die Preisniveauentwicklung in Deutschland verläuft in ruhigen Bahnen. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex wurde im Februar erneut durch eine rückläufige Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe gedämpft. Die Kernrate liegt über dem langjährigen Durchschnitt.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Februar 2014 im Vorjahresvergleich leicht um 0,1% gesunken. Ursache war hier der Rückgang im Aufkommen der reinen Bundessteuern, der hauptsächlich auf Verzögerungen im Zufluss aufgrund der Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das SEPA-Verfahren zurückzuführen war. Nähere Erläuterungen sind dem Bericht "Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2014" zu entnehmen.
- Die Ausgaben des Bundes bewegten sich bis einschließlich Februar 2014 nahezu auf dem Niveau vom Februar 2013 (+ 0,4 %). Die Einnahmen lagen bis einschließlich Februar 2014 um 0,3 % unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.
- Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 1,61%, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,29%.

Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 17. Februar und am 10. März 2014 in Brüssel standen die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum, die Lage in den Programmländern Griechenland und Zypern sowie die Ausgestaltung des Instruments der direkten Bankenrekapitalisierung. Am 10. März 2014 berieten die Minister darüber hinaus über den Stand der Programmüberprüfung in Portugal sowie über die Lage in der Ukraine.
- Kernthema des ECOFIN-Rats am 18. Februar und am 11. März 2014 war die Verordnung zum einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus. Den ECOFIN-Räten jeweils vorgeschaltet waren an den Vorabenden Beratungen aller Minister zur intergouvernementalen Vereinbarung zum einheitlichen Abwicklungsfonds. Darüber hinaus standen am 18. Februar 2014 der einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus, die Vorbereitung des Treffens der Finanzminister und der Zentralbankpräsidenten der G20 sowie die Entlastung des EU-Haushalts 2012 und die Haushaltsleitlinien für das Jahr 2015 auf der Tagesordnung. Am 11. März 2014 berieten die Minister des Weiteren über die Zinsrichtlinie, über die wirtschaftlichen Elemente des EU-Energieund Klimarahmens 2030 zur Vorbereitung des Europäischen Rats am 20. und 21. März 2014. Zudem berichtete die Europäische Kommission über das Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20 am 22. und 23. Februar 2014.

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

Zweiter Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014

Der Bund setzt seinen eingeschlagenen Konsolidierungskurs fort

- Die Bundesregierung knüpft an ihre haushaltspolitischen Erfolge der vergangenen Legislaturperiode an: Der zweite Regierungsentwurf 2014 weist einen strukturellen Überschuss aus und erfüllt damit die haushaltspolitischen Vorgaben des Koalitionsvertrags.
- Trotz der zusätzlichen Belastungen auf der Ausgabenseite in Höhe von insgesamt 3,1 Mrd. € steigt die Neuverschuldung im Vergleich zum ersten Regierungsentwurf nur geringfügig um rund 300 Mio. € auf rund 6,5 Mrd. € und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren.
- Die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags, mit deren Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden soll, sind im zweiten Regierungsentwurf 2014 berücksichtigt.

Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage	6
Bundeshaushalt 2014.	8
Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern	8
Wesentliche Politikbereiche	.11
Steuereinnahmen	.17
Personal und Verwaltung	.17
•	
	Bundeshaushalt 2014 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern Wesentliche Politikbereiche

1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2013 mit 0,4% moderat angestiegen. Dabei belastete das schwache Winterhalbjahr 2012/2013 das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt. Im weiteren Jahresverlauf kam es zu einer konjunkturellen Erholung, die sich auch im Schlussquartal fortgesetzt hat. So stieg das BIP im 4. Quartal 2013 preis-, kalenderund saisonbereinigt um 0,4% an. Dabei war jedoch die konjunkturelle Dynamik – wie man an der Entwicklung von Schlussquartal zu Schlussquartal ablesen kann – wesentlich höher als im Jahr 2012. Im Durchschnitt des Jahres 2013 wurde das Wirtschaftswachstum von der Binnennachfrage getragen. Die

Ausweitung der Binnennachfrage im vergangenen Jahr stützte den Anstieg der Importe, während die Exporte nur leicht zunahmen. Die Ausfuhren wurden durch das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld, insbesondere die wirtschaftliche Schwäche in den Krisenländern des Euroraums, belastet.

Die Frühindikatoren zeichnen für das Jahr 2014 ein positives Bild. Insbesondere die Stimmung der Unternehmen und der Verbraucher hat sich mehrmals verbessert. Zusammengenommen signalisieren die Wirtschaftsdaten sowie das sich verbessernde weltwirtschaftliche Umfeld, dass die gesamtwirtschaftliche Erholung in diesem Jahr in einen breit angelegten Aufschwung mündet. Die Bundesregierung geht in ihrer Jahresprojektion für das

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

Jahr 2014 daher von einer Zunahme des preisbereinigten BIP um 1,8 % aus. Der Anstieg der Wirtschaftsleistung liegt – angesichts einer besseren Stimmungslage – marginal über den Erwartungen der Herbstprojektion (+1,7%).

Das Wirtschaftswachstum wird 2014 von der Inlandsnachfrage getragen. Wie auch im vergangenen Jahr werden vom preisbereinigten Konsum der privaten Haushalte bei einem Anstieg um 1,4 % maßgebliche Wachstumsimpulse erwartet. Diese Entwicklung basiert auf einem weiteren Beschäftigungsaufbau und einer günstigen Einkommensentwicklung. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer dürften um 2,7 % zunehmen (2013: +2,3 %). Die Bruttolöhne und -gehälter insgesamt erhöhen sich bei merklicher Beschäftigungszunahme um 3,3 %. Zusammen mit der Ausweitung der monetären Sozialleistungen und einem Anstieg der Selbständigen- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte werden die verfügbaren Einkommen voraussichtlich um 2,9 % zunehmen. Hinzu kommt nur ein moderater Preisniveauanstieg, der positiv auf die Kaufkraft der Verbraucher wirkt. Vom Staatskonsum sind in diesem Jahr ebenfalls positive Wachstumsimpulse zu erwarten.

Die im Verlaufe des vergangenen Jahres begonnene Aufwärtsentwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wird sich in diesem Jahr beschleunigen (real + 4,0%). Basis hierfür sind das sich aufhellende weltwirtschaftliche Umfeld und damit verbundene günstigere Absatzperspektiven, die gute Gewinnsituation der Unternehmen sowie die weiterhin positiven Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen.

Dabei befindet sich die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe jedoch noch leicht unter dem langjährigen Durchschnitt. Daher wird – wie auch die jüngste Umfrage des DIHK zeigt – das Erweiterungsmotiv erst allmählich wieder an Bedeutung gewinnen. Die Bauinvestitionen werden in diesem Jahr

ebenfalls wieder ansteigen (+ 3,2 %). Eine wichtige Stütze ist dabei der Wohnungsbau, der sich angesichts der Einkommenszuwächse der privaten Haushalte sowie niedriger Zinsen beschleunigen dürfte. Der Wirtschaftsbau wird sich weiter erholen. Auch von öffentlichen Investitionen werden deutlich positive Wachstumsimpulse erwartet.

Das weltwirtschaftliche Wachstum wird in diesem Jahr gemäß den Erwartungen internationaler Organisationen etwas stärker zunehmen als im Jahr 2013. Hiervon wird auch die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen profitieren. Gleichzeitig tragen eine Zunahme der Ausfuhrtätigkeit sowie der Ausrüstungsinvestitionen – aufgrund ihres hohen Importanteils – wesentlich zu einer Ausweitung der Importe bei. Daher werden die Einfuhren (real + 5,0%) voraussichtlich stärker ansteigen als die Exporte (+ 4,1%). Der rechnerische Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird damit bei nahe Null liegen.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahresdurchschnitt 2013 in einer robusten Verfassung. Dies belegt vor allem der deutliche Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 0,6 % auf 41,84 Millionen Personen. Allerdings hat sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus im Vergleich zu 2012 nahezu halbiert. Eine Abflachung der Zunahme war angesichts des bereits erreichten hohen Beschäftigungsniveaus zu erwarten gewesen. Obwohl die Erwerbstätigkeit ausgeweitet wurde, kam es zu einem leichten Anstieg arbeitsloser Personen auf 2,95 Millionen Personen (+53 000 Personen gegenüber dem Vorjahr). Die Arbeitslosenquote nahm marginal um 0,1 Prozentpunkte auf 6,9 % zu. In diesem Jahr wird wieder mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl gerechnet (-20 000 Personen). Angesichts der Zunahme der konjunkturellen Dynamik wird die Nachfrage nach Arbeitskräften hoch bleiben. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um 0,6 % (240 000 Personen) auf 42,1 Millionen Personen steigen. Stützend wirken dabei die

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

hohe Zuwanderung sowie eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen.

Risiken sind im außenwirtschaftlichen Umfeld zu sehen. So hat sich das Vertrauen in die Erholung des Euroraums noch nicht nachhaltig stabilisiert. Eine Eintrübung der Wachstumsaussichten in den Entwicklungsund Schwellenländern würde die deutsche Wirtschaft besonders treffen. Chancen auf eine günstigere Wirtschaftsentwicklung als in der Jahresprojektion erwartet ergeben sich insbesondere auf der binnenwirtschaftlichen Seite, wenn sich eine positive Beschäftigungsentwicklung, stabile Preise sowie Zukunftsvertrauen der Konsumenten und Investoren gegenseitig kräftiger verstärken als bisher unterstellt.

2 Bundeshaushalt 2014

2.1 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

Deutschland wird auch weiterhin mit einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Haushalts- und Finanzpolitik einen Beitrag zur Stabilität des Euroraums leisten. Folgerichtig gibt der Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode verbindlich vor, dass der Bund ab dem Jahr 2014 einen strukturell

ausgeglichenen Haushalt und beginnend mit dem Jahr 2015 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufstellt.

Dabei kann die Bundesregierung an ihre haushaltspolitischen Erfolge der vergangenen Legislaturperiode anknüpfen. So hat der Bund im Haushaltsvollzug die für ihn ab dem Jahr 2016 geltende Obergrenze der strukturellen Verschuldung (0,35 % des BIP) bereits in den Jahren 2012 und 2013 unterschritten. Mit dem zweiten Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 geht die Bundesregierung einen weiteren wesentlichen Schritt auf diesem Konsolidierungspfad. Sie baut dabei auf dem ersten Regierungsentwurf auf, den das Bundeskabinett im Sommer des vergangenen Jahres verabschiedet hat.

Darüber hinaus werden die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages, mit deren Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden soll, im zweiten Regierungsentwurf 2014 berücksichtigt. Hierzu zählen u. a. die Verstetigung der Städtebauförderung auf ein Programmvolumen in Höhe von 700 Mio. € p. a., zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur in Höhe von rund 500 Mio. € sowie eine erste Tranche in Höhe von rund 200 Mio. € der vereinbarten zusätzlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid - ODA). Da bislang keine Verständigung über die Entlastung der

Tabelle 1: Eckdaten zum Bundeshaushalt 2014

	Soll ¹	lst	Zweiter Regierungsentwurf
	2013	2013	2014
		in Mrd. €	
Ausgaben	310,0	307,8	298,5
Einnahmen			
Steuereinnahmen	260,6	259,8	268,9
Sonstige Einnahmen	24,3	25,7	23,1
Nettokreditaufnahme	25,1	22,1	6,5
nachrichtlich: Investitionen (ohne Beteiligung am ESM)	26,1	24,8	25,8

¹ Einschließlich Nachtrag zum Bundeshaushalt 2013.

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

Länder und Gemeinden in Höhe von 6 Mrd. € – damit diese ihre Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen können – sowie hinsichtlich der 3 Mrd. € für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative erzielt wurde, wird für diese Bereiche im Einzelplan 60 eine zentrale Vorsorge in Höhe von 500 Mio. € im Jahr 2014 veranschlagt. Diese Vorsorge kann im weiteren Aufstellungsverfahren maßnahmenbezogen aufgelöst werden, wenn eine politische Einigung über die Verteilung dieser Mittel vorliegt.

Im zweiten Regierungsentwurf schlagen sich die Auswirkungen der aktuellen Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nieder. Hier ergeben sich Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld II und der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft in Höhe von insgesamt rund 1,2 Mrd. € im Vergleich zum ersten Regierungsentwurf. Aufgrund der hohen Dynamik beim Elterngeld werden in diesem Jahr Mehrausgaben in dreistelligem Millionenbereich erwartet. Zudem werden die Mehrausgaben aufgrund der vorgesehenen Festschreibung des allgemeinen Beitragssatzes zur Rentenversicherung auf 18,9 % etatisiert.

Der Zuschuss an den Gesundheitsfonds wird – wie bereits im ersten Regierungsentwurf vorgesehen – gegenüber der geltenden Rechtslage um 3,5 Mrd. € abgesenkt. Hierzu wird die Bundesregierung parallel ein Haushaltsbegleitgesetz auf den Weg bringen.

Insgesamt ergeben sich im Vergleich zum ersten Regierungsentwurf zusätzliche Ausgaben in Höhe von rund 3,1 Mrd. €. Die Gesamtausgaben liegen mit 298,5 Mrd. € immer noch deutlich unter denen des Soll 2013. Der Ausgabenrückgang gegenüber dem Vorjahr beträgt insgesamt rund 3,7%. Bereinigt um die zusätzlichen Ausgaben des Fonds "Aufbauhilfe" in Höhe von 8 Mrd. € im Jahr 2013 ergibt sich ein Rückgang der

Ausgaben von rund 1,1%. Dies unterstreicht, dass die Bundesregierung weiterhin an ihrem Konsolidierungskurs festhält.

Die Mehrbelastungen auf der Ausgabenseite können zu einem großen Teil u. a. durch zusätzliche sonstige Einnahmen, die zum Teil Einmaleffekte darstellen, sowie durch eine leicht verbesserte Prognose der Steuereinnahmen kompensiert werden. So ist beim Bundesbankgewinn gegenüber dem geltenden Finanzplan eine um 500 Mio. € höhere Einnahme berücksichtigt. Darüber hinaus wird das BMF sicherstellen, dass der Bundeshaushalt 2014 nicht zum Wiederaufbau von Bundesinfrastruktur benötigte Mittel von bis zu 1 Mrd. € aus dem Fonds "Aufbauhilfe" vereinnahmen wird.

Trotz der zusätzlichen Belastungen auf der Ausgabenseite in Höhe von insgesamt 3,1 Mrd. € steigt die Neuverschuldung im Vergleich zum ersten Regierungsentwurf nur geringfügig um rund 300 Mio. € auf rund 6,5 Mrd. € und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren. Hierin enthalten ist bereits die letzte Rate der Kapitaleinzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von rund 4,3 Mrd. €.

Mit einem strukturellen Überschuss in Höhe von 1,8 Mrd. € wird das vorgegebene Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts wieder erfüllt. Dieser strukturelle Überschuss dient dazu, um auch im Haushaltsvollzug einen strukturellen Haushaltsausgleich sicherzustellen.

Die Investitionen (bereinigt um die letzte Rate Kapitaleinzahlung an den ESM) steigen im zweiten Regierungsentwurf 2014 gegenüber dem geltenden Finanzplan um rund 400 Mio. € an. Dies ist insbesondere auf die im Koalitionsvertrag beschlossene Verstärkung der Verkehrsinvestitionen sowie die Nachveranschlagung der bisher nicht verausgabten Mittel des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms II zurückzuführen.

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

Im zweiten Regierungsentwurf wurden die aufgrund des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013 erforderlichen Umsetzungen der Fachausgaben zwischen den betroffenen Ressorts berücksichtigt. Die Umsetzung von Planstellen und Stellen in Folge des Organisationserlasses einschließlich der Personal- und Sachausgaben ist noch nicht abgeschlossen und bleibt dem weiteren Haushaltsverfahren vorbehalten.

Entwicklung wichtiger finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Die Entwicklung der folgenden finanz- und wirtschaftspolitischen Kennziffern zeigt, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranschreitet.

- Die Ausgabenquote also das Verhältnis der Ausgaben des Bundes zum BIP – sinkt bezogen auf das Soll des Nachtrags des Bundeshaushalts 2013 in Höhe von 11,3 % auf 10,5 % im zweiten Regierungsentwurf für das Jahr 2014.
- Der Primärsaldo (Überschuss) aus Einnahmen abzüglich Ausgaben – ohne Nettokreditaufnahme und Zinsen – beträgt im Regierungsentwurf insgesamt 22,4 Mrd. €.
- Die Kreditfinanzierungsquote der Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben – betrug im Soll des vergangenen Jahres einschließlich des Nachtragshaushalts noch 8,1%. Sie sinkt im zweiten Regierungsentwurf 2014 auf 2,2%.
- Der Staatshaushalt in der Maastricht-Rechnung (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung einschließlich ihrer Extrahaushalte) war 2013 das zweite Jahr in Folge ausgeglichen. Der Bund hat zu diesem Ergebnis mit einer hohen Ausgabendisziplin beigetragen. Auch für das Jahr 2014 wird bei fortgeführter

- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ein annähernd ausgeglichener gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo erwartet.
- Nach einem leichten Anstieg von 80 % auf 81% des BIP im Jahr 2012 ist die Schuldenquote in der Maastricht-Abgrenzung nach ersten vorläufigen Berechnungen im vergangenen Jahr um rund 2½ Prozentpunkte auf 78½% des BIP gesunken. Dieser Rückgang ist vor allem auf den fortgeführten Schuldenabbau in den zur Abwehr der Folgen der Finanzmarktkrise gegründeten Abwicklungsanstalten zurückzuführen, während die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise noch einen steigernden Effekt auf die Schuldenquote hatten. Im laufenden Jahr wird sich die Verringerung der Schuldenquote voraussichtlich fortsetzen. Trotz der weiteren Zahlung an den europäischen Rettungsschirm ESM und der Überweisung der Tranchen im zweiten griechischen Rettungspaket wird die Schuldenquote 2014 durch den weiteren Abbau der Portfolios der Abwicklungsanstalten und die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte voraussichtlich um weitere 3 Prozentpunkte auf rund 75 % sinken.

Situation der Sozialversicherung

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verfügte Ende 2013 über eine allgemeine Rücklage von 2,4 Mrd. €. 2014 wird sich nach dem Haushaltsplan der BA ein (geringer) Überschuss ergeben. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung beträgt der Beitragssatz weiterhin 3.0 %.

Die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung entwickelt sich dank der anhaltend guten Konjunktur weiterhin positiv. Trotz der Beitragssatzsenkungen in den Jahren 2012 und 2013 hat sich die Nachhaltigkeitsrücklage der allgemeinen Rentenversicherung weiter aufgebaut. Zur Gewährleistung von

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

Kontinuität, Stabilität und Planungssicherheit in der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ist beabsichtigt, vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Beitragssatz von 18,9 % in der allgemeinen Rentenversicherung und von 25,1 % in der knappschaftlichen Rentenversicherung durch Gesetz für das Jahr 2014 beizubehalten. Der Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen von CDU/CSU und SPD wurde am 20. Februar 2014 in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stellt sich weiterhin positiv dar: Gesundheitsfonds und Krankenkassen verfügten Ende 2013 insgesamt über Finanzreserven in Höhe von gut 30 Mrd. €, davon rund 17 Mrd. € bei den Krankenkassen und rund 13½ Mrd. € beim Gesundheitsfonds. Angesichts der Rücklagen des Gesundheitsfonds ist zu erwarten, dass die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds 2014 ausreichen, die Ausgaben der Krankenkassen zu decken. Aufgrund der soliden finanziellen Basis ist davon auszugehen, dass die Krankenkassen 2014 keine Zusatzbeiträge erheben. Eine Reihe von Krankenkassen dürfte erhebliche Prämien an ihre Mitglieder zahlen. Der allgemeine Beitragssatz in der GKV beträgt weiterhin 15,5 %. In diesem Kontext ist die Absenkung des GKV-Zuschusses um 3,5 Mrd. € abgesichert und angemessen.

2.2 Wesentliche Politikbereiche

Bildung und Forschung

Der Zukunftsbereich Bildung und Forschung bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung. Die Ausgaben für diese Bereiche werden auf dem hohen Niveau des ersten Regierungsentwurfs 2014 mit knapp 14 Mrd. € fortgeführt.

Damit stellt der Bund für die erste Säule des Hochschulpakts 2020 im Jahr 2014 rund 1,8 Mrd. € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln unterstützt der Bund die Länder bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze für die stark gestiegene Zahl von Studienanfängern. Auch für die Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Lehre werden mit dem Qualitätspakt Lehre im Jahr 2014 wieder 200 Mio. € investiert. Durch einen Anstieg der Mittel für das BAföG, die Begabtenförderung und das Deutschlandstipendium gegenüber dem Vorjahr werden die Finanzierungsmöglichkeiten für das Studium weiter verbessert. Die Mittel für die Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens steigen ebenfalls im Jahr 2014 – das kommt insbesondere der Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zugute.

Neben dem Bereich Bildung werden auch Wissenschaft und Forschung weiter gestärkt: Die institutionellen Zuwendungen an die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und an die Deutsche Forschungsgemeinschaft steigen 2014 gegenüber dem Vorjahr wieder um 5 %, wie mit den Ländern im Pakt für Forschung und Innovation vereinbart. Darüber hinaus werden für die Exzellenzinitiative, bei der derzeit die dritte Förderperiode läuft, sowie für die zweite Säule des Hochschulpakts im Jahr 2014 insgesamt rund 730 Mio. € bereitgestellt.

Entwicklungszusammenarbeit

Die direkten deutschen Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit wurden in den vergangenen Jahren gesteigert.
Nach der OECD-Statistik hat Deutschland im Jahr 2012 insgesamt rund 12,9 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Mitteln für diesen Bereich aufgewandt. Trotz eines leichten Rückgangs im Jahr 2012 lag Deutschland hinter den USA (rund 30,7 Mrd. US-Dollar) und Großbritannien (rund 13,9 Mrd. US-Dollar) an dritter Stelle der Gebernationen.

Der Koalitionsvertrag sieht als eine prioritäre Maßnahme die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit um 2 Mrd. € in dieser Legislaturperiode vor. um Deutschland weiter auf einem

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

Finanzierungspfad zum "0,7-Prozent-Ziel" (ODA-Quote) zu führen. Bereits im Jahr 2014 können den Ressorts aus diesem Paket gegenüber dem ersten Regierungsentwurf zusätzlich 200 Mio. € für ODA-relevante Ausgaben zur Verfügung gestellt werden. Der Großteil hiervon entfällt mit rund 160 Mio. € auf den Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), daneben erhalten u. a. das Auswärtige Amt rund 24 Mio. € und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit rund 8 Mio. €. Insgesamt steigen die Ausgaben des BMZ für die Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2014 auf über 6,4 Mrd. €. Zu den gesamten direkten staatlichen Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit tragen neben dem Bund unter anderem auch die Länder und Kommunen bei.

Innenpolitik

Der Einzelplan des Bundesministeriums des Innern weist für den zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 Ausgaben in Höhe von rund 5,77 Mrd. € auf. Das Einzelplanvolumen des BMI entspricht im Wesentlichen dem des ersten Regierungsentwurfs.

Der größte Anteil entfällt weiterhin auf den Politikbereich der Inneren Sicherheit, für den rund 3,8 Mrd. € vorgesehen sind. Hierzu zählt insbesondere die Bundespolizei mit rund 2,5 Mrd. €. Für das Bundeskriminalamt sind rund 421 Mio. € veranschlagt. Weitere größere Ausgabenbereiche sind der Aufbau eines bundesweiten Sprech- und Digitalfunksystems für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (rund 168 Mio. €), die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (rund 180 Mio. €), das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (rund 100 Mio. €) sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (rund 82 Mio. €). Als Reaktion auf die stetig wachsenden Bedrohungen im IT-Bereich werden zusätzliche Mittel zur Verbesserung der IT-Sicherheit insbesondere im Bereich der Bundessicherheitsbehörden aufgewendet.

Im Haushalt 2014 wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch Ausbringung zusätzlicher 300 Stellen und zusätzlicher Sachmittel gestärkt, um eine Beschleunigung der Asylverfahren zu erreichen. Die zusätzlichen 300 Stellen werden solange im Haushalt verbleiben, wie das gegenwärtige Niveau der Asylanträge bestehen bleibt. Das Ausgabekapitel des BAMF umfasst rund 411 Mio. €.

Die Sportförderung ist mit rund 136 Mio. € dotiert. Politische Stiftungen werden mit rund 99 Mio. € gefördert. Für Bewilligungen für Spätaussiedler, Minderheiten und Vertriebene sind rund 64 Mio. € vorgesehen.

Die Zuständigkeit für Angelegenheiten der neuen Bundesländer ist auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übergegangen.

Verteidigung

Der zweite Regierungsentwurf zum Haushalt 2014 stellt eine nachhaltige Finanzierung der Bundeswehr sicher. Für den Verteidigungshaushalt sind im Haushaltsjahr 2014 Ausgaben von rund 32,8 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht dem ersten Regierungsentwurf, der auch bereits den Beitrag des Einzelplans 14 zur Gegenfinanzierung der Ausgaben für das Betreuungsgeld berücksichtigte. Der mit der Neuausrichtung der Bundeswehr eingeleitete weitere Personalabbau wird hinsichtlich der Ausgaben für ziviles Überhangpersonal weiterhin mit einer Verstärkungsmöglichkeit aus dem Einzelplan 60 flankiert.

Umwelt und Bau

Für den Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sind 2014 insgesamt rund 3,65 Mrd. € veranschlagt.

Wesentliche Änderungen gegenüber dem ersten Regierungsentwurf ergeben sich aufgrund der Übertragung der Zuständigkeit

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

für die Energiewende vom BMUB an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (insbesondere Ausgaben für erneuerbare Energien) und der Übernahme der Zuständigkeiten für das Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten sowie für Stadtentwicklung, Wohnen, Ländliche Infrastruktur und öffentliches Baurecht.

Bei dem Politikschwerpunkt Klimaschutz wird die Internationale Klimaschutzinitiative 2014 um 7,77 Mio. € im Rahmen der zusätzlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in der laufenden Legislaturperiode verstärkt. Bei Gorleben wurde das Moratorium nach dem Endlagersuchgesetz berücksichtigt. Die geringeren Ausgaben führen zu entsprechend geringeren Einnahmen des Bundes. Erstmals sind Ausgaben für das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung veranschlagt, das mit dem genannten Gesetz errichtet wurde.

Im Bereich Bau werden für die als Finanzhilfe gemäß Artikel 104b Grundgesetz vom Bund an die Länder gewährte Städtebauförderung zusätzliche Ausgaben im Umfang von 12,25 Mio. € und zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 232,75 Mio. € ausgebracht. Damit wird mit dem Haushalt 2014 die im Koalitionsvertrag als prioritäre Maßnahme vereinbarte Anhebung dieser Leistungen auf ein Programmmittelvolumen von jährlich 700 Mio. € umgesetzt. Innerhalb der Städtebauförderung soll insbesondere das Programm "Soziale Stadt" gestärkt werden. Daneben werden Mittel für die nationale Kofinanzierung des ESF-Bundesprogramms "Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)" bereitgestellt, mit denen eine deutsche Beteiligung an der beginnenden II. ESF-Förderperiode 2014-2020 sichergestellt werden kann.

Wirtschaft und Energie

Der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) wird im Jahr 2014 über 7,4 Mrd. € betragen. Die Erhöhung um über 1 Mrd. € gegenüber dem ersten
Regierungsentwurf resultiert im Wesentlichen
aus der Umsetzung und Übertragung von
Zuständigkeiten auf das BMWi aufgrund des
Organisationserlasses der Bundeskanzlerin aus
dem Dezember 2013. Neben der Wirtschaftsund Technologieförderung wird die
Zuständigkeit für die Energiewende als eines
der zentralen innenpolitischen Anliegen der
Bundesregierung in der 18. Legislaturperiode
beim BMWi gebündelt.

Aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) wurden die Aufgabenbereiche für Energieeinsparung auf das BMWi übertragen, und aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) wurden die Zuständigkeiten umgesetzt, die sich mit der Energiewende, einschließlich der damit verbundenen Aspekte des Klimaschutzes, befassen.

Beispielhaft genannt seien die Zuständigkeiten und Mittel für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie Förderprogramme im Bereich der erneuerbaren Energien und im Zusammenhang mit der energetischen Gebäudesanierung. Die daraus resultierenden neuen Haushaltstitel im Einzelplan 09 ergänzen die bereits in den vergangenen Jahren mit zusätzlichen Mitteln verstärkte Förderung der Bundesnetzagentur für Aufgaben im Zusammenhang mit der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien.

Einen weiteren Schwerpunkt im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie bildet die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". In Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Anhebung der Gemeinschaftsaufgabe wird in einem ersten Schritt der Ansatz gegenüber dem ersten Regierungsentwurf um rund 14 Mio. € erhöht.

Während das BMWi die Zuständigkeit und die zugehörigen Haushaltstitel für die digitale

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

Infrastruktur an das BMVI abgegeben hat, hat es die Zuständigkeit für die Aufgaben der Beauftragten für die neuen Bundesländer einschließlich der dazu gehörenden Titel vom Bundesministerium des Innern übernommen.

Im Übrigen bleibt es bei den bereits mit dem ersten Regierungsentwurf 2014 gesetzten Akzenten: Die Ausgaben für die Fachkräftesicherung und die Initiative zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland werden stabilisiert. Die Mittel für Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie werden aufgestockt. Auf hohem Niveau fortgeführt werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowohl im Bereich des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) als auch zugunsten der Förderung der deutschen Spitzenforschung in Luft- und Raumfahrt und im Bereich der Verkehrs- und Sicherheitstechnologien.

Verkehr

Die Ausgaben im Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) belaufen sich auf rund 22,8 Mrd. €. Dabei entfallen rund 12,6 Mrd. € (rund 55 %) auf Investitionsausgaben. Dieser Einzelplan ist damit weiterhin der größte Investitionshaushalt des Bundes.

Wesentliche Änderungen des Einzelplans im Vergleich zum ersten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 ergeben sich zum einen aus einem geänderten Ressortzuschnitt: Die Zuständigkeiten für Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten sowie für Stadtentwicklung, Wohnen, Ländliche Infrastruktur und öffentliches Baurecht sind auf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), die Zuständigkeiten für Energieeinsparung auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) übertragen worden. Das BMVI übernimmt als eine neue Schwerpunktaufgabe der Bundesregierung die Zuständigkeit für digitale Infrastruktur.

Dazu gehen vom BMWi die Zuständigkeiten für TK-Wirtschaft, Breitbandstrategie und Telekommunikationsrecht auf das BMVI über.

Zum anderen führt die Aufstockung der Verkehrsinvestitionen zu einer Veränderung des Einzelplanvolumens. Von dem im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode festgelegten Betrag in Höhe von 5 Mrd. € zur Stärkung der Verkehrsinfrastruktur werden im Jahr 2014 bereits 505 Mio. € bereitgestellt. Zusammen mit den weiteren 4,495 Mrd. € werden die klassischen Verkehrsinvestitionen (Straße, Schiene, Wasserstraße, Kombinierter Verkehr) in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden können. Sie steigen von rund 10,5 Mrd. € im Jahr 2014 auf rund 11,0 Mrd. € im Jahr 2015; für 2016 sind rund 11,6 Mrd. € und für 2017 rund 12,1 Mrd. € vorgesehen.

Zur Gewährleistung der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag, nicht verbrauchte Investitionsmittel des Verkehrsbereichs überjährig und ungekürzt zur Verfügung zu stellen, wird das BMF künftig die Inanspruchnahme von Ausgaberesten bei den Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 in den Kapiteln 1203 (Titelgruppe 01), 1210 und 1222 im Gesamthaushalt ohne Belastung des Einzelplans 12 decken. Sofern eine Nutzung der Ausgabereste auch über die in § 45 Absatz 2 BHO bestimmten zeitlichen Grenzen hinaus erforderlich sein sollte, wird das BMF eine Ausnahme nach § 45 Absatz 2 Satz 3 BHO zulassen.

Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung

Die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung belaufen sich im Jahr 2014 auf rund 83 Mrd. € und stellen wie in den vergangenen Jahren den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar. Die Entwicklung der Ausgaben wird dabei auch durch die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags mit beeinflusst, die zur Finanzierung der aktuellen Rentenvorhaben im Bereich der Rentenversicherung für 2014

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

eine Festschreibung des allgemeinen Beitragssatzes zur Rentenversicherung auf 18,9% vorsehen; dazu liegt ein Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags vom 20. Februar 2014 zum Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen von CDU/CSU und SPD vom 16. Dezember 2013 vor (Bundetags-Drucksache 18/187). Berücksichtigt sind darüber hinaus die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte auf Basis des Jahreswirtschaftsberichts 2014, die Ergebnisse der internen Februar-Steuerschätzung, der Rentenschätzung vom Februar 2014 sowie die - mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013 vorgenommene und noch bis zum Ende des Finanzplanjahres 2016 laufende - vorübergehende Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses an die allgemeine Rentenversicherung.

Der Bund entlastet die Kommunen maßgeblich, indem er ab 2014 im Bereich der "Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" die Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres vollständig erstattet, wofür 2014 ein Ansatz von 5,493 Mrd. € zur Verfügung steht. Gegenüber dem Ansatz für das Jahr 2013, in dem der Bund 75 % der Nettoausgaben des laufenden Kalenderjahres erstattete, bedeutet dies einen Aufwuchs der Entlastung durch den Bund in Höhe von rund 1,6 Mrd. €. Diese letzte Stufe des schrittweisen Übergangs hin zu einer vollen Erstattung der Nettoausgaben des laufenden Jahres in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ermöglicht eine erhebliche finanzielle Entlastung der Gemeinden. Städte und Landkreise.

Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben beläuft sich im Jahr 2014 auf 10,5 Mrd. €. Die Absenkung des Bundeszuschusses kann durch eine entsprechende Entnahme von Finanzmitteln aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen werden. Hierfür werden den Einnahmen des Gesundheitsfonds 3,5 Mrd. € im Jahr 2014 aus der Liquiditätsreserve zur vollständigen Kompensation zugeführt.

Trotz dieser Maßnahme wird das Niveau der Liquiditätsreserve zum Jahresende 2014 die Höhe der gesetzlichen Mindestreserve deutlich übersteigen. Die Höhe der Zuweisungen des Gesundheitsfonds an die Krankenkassen bleibt damit von der Absenkung des Bundeszuschusses unberührt. Angesichts der derzeitigen Höhe der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds ist dies ohne zusätzliche Belastungen der Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung möglich.

Arbeitsmarkt

Für die nächsten Jahre wird weiterhin eine gute Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen wird aktuell gegenüber den dem ersten Regierungsentwurf zugrunde liegenden Annahmen zwar höher eingeschätzt, allerdings wird die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Jahr 2013 weiter abnehmen. Die Erwerbstätigkeit wird sich voraussichtlich weiter positiv entwickeln. Von dieser Arbeitsmarktentwicklung ausgehend ergeben sich folgende Auswirkungen auf den Bundeshaushalt:

Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen im Jahr 2014 gegenüber dem ersten Regierungsentwurf um 1,15 Mrd. € in der Summe auf 23,4 Mrd. €. Die veranschlagten Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben in der Grundsicherung für Arbeitsuchende bleiben unverändert bei knapp 8 Mrd. €.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verfügte Ende 2013 über eine allgemeine Rücklage von 2,4 Mrd. €. 2014 ergibt sich nach dem Haushaltsplan der BA ein (geringer) Überschuss. Die BA benötigt daher kein Darlehen des Bundes gemäß § 365 SGB III.

Familie

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) steigt gegenüber dem ersten Regierungsentwurf im Jahr 2014 um rund

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

333,5 Mio. € auf 7,96 Mrd. €. Wesentlicher Grund ist die Anpassung des Elterngeldes an den gestiegenen Bedarf. Die Steigerung beim Elterngeld um 320 Mio. € beruht hauptsächlich auf steigenden Einkommen und der erhöhten Inanspruchnahme des Elterngeldes durch Väter. Außerdem wird die geänderte Rechtslage beim Elterngeld aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichtes zu Mehrlingsgeburten, die auch zu Zahlungen bei Altfällen führt, berücksichtigt. Die Ausgaben für den Unterhaltsvorschuss werden bedarfsgerecht um 8,9 Mio. € abgesenkt. Durch das Vorziehen von 11,45 Mio. € nach 2014 wird die Liquidität der Fonds für Opfer der Heimerziehung gewährleistet. Dieser Schritt erfolgt unabhängig von der Überprüfung der Fondsleistungen und einer neuen Vereinbarung zum Fondsvolumen des Fonds für Opfer der Heimerziehung Ost zwischen dem Bund und den neuen Ländern. Sich daraus ergebender Mehrbedarf kann innerhalb des Einzelplans des BMFSFJ sichergestellt werden. Bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes werden die Ergebnisse der Evaluierung umgesetzt. Schließlich wird die Tätigkeit des Unabhängigen Beauftragten für die Fragen der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gesichert. Im Übrigen werden die Ausgaben für die gesetzlichen Leistungen für Familien, die Kinder- und Jugendpolitik und die Stärkung der Zivilgesellschaft auf hohem Niveau fortgesetzt.

Ernährung und Landwirtschaft

Im zweiten Regierungsentwurf 2014 sind für den Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Ausgaben in Höhe von rund 5,3 Mrd. € vorgesehen. Die Auswirkungen der Übertragung der Zuständigkeit für Verbraucherpolitik aus dem Geschäftsbereich des BMEL an das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sind hierbei berücksichtigt.

Den Schwerpunkt im Einzelplan bildet weiterhin die Förderung des eigenständigen agrar-sozialen Sicherungssystems, für das der Bund im Jahr 2014 Zuschüsse in Höhe von insgesamt rund 3,6 Mrd. € zur Verfügung stellt und damit die strukturwandelbedingten Defizite übernimmt. Der Reformprozess der Modernisierung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wird durch eine temporäre Erhöhung der Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung – statt der ursprünglich geplanten 100 Mio. € sind Zuschüsse in Höhe von 125 Mio. € vorgesehen – flankiert.

Für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) stehen im Jahr 2014 Bundesmittel in Höhe von effektiv 600 Mio. € zur Verfügung. Sie bleibt das wichtigste nationale Förderinstrument für die Agrarwirtschaft, den Küstenschutz und die ländlichen Räume. Der ab 2014 geltende neue Rahmenplan der GAK ist auf die mit Beginn der neuen EU-Förderperiode veränderten EU-rechtlichen Rahmenbedingungen abgestimmt.

Sichere und gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sind Kernanliegen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Die Politik des BMEL zielt auf einen wirkungsvollen Vollzug des Lebensmittelrechts und effektive Strukturen der Lebensmittelüberwachung ab. Vollzugsaufgaben dabei leisten das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und das Bundesinstitut für Risikobewertung.

Auch im Bereich Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation zeichnet sich die Förderpolitik des BMEL durch Stabilität und Verlässlichkeit aus. Im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe können Aktivitäten wie bisher mit bis zu 60 Mio. € gefördert werden. Dies ist und bleibt ein entscheidender Beitrag zur Schonung fossiler Ressourcen und damit auch zur Energiewende. Einen besonderen Schwerpunkt bildet unverändert die Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Modellvorhaben im Bereich Tierschutz und Tierwohl.

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

3 Steuereinnahmen

Die im zweiten Regierungsentwurf 2014 eingestellten Steuereinnahmen basieren auf den Ergebnissen einer BMF-internen Steuerschätzung vom Januar 2014, der die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung 2014 zugrunde liegen. Für das Jahr 2014 wird für das nominale Bruttoinlandsprodukt ein Wachstum von 3,4 % erwartet. Die Größenordnung der Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2014 wurde durch die Ergebnisse der internen Steuerschätzung im Januar 2014 bestätigt.

4 Personal und Verwaltung

Die Bundesregierung setzt ihren konsequenten Konsolidierungskurs auch im Personalhaushalt weiter fort. Der Stellenbestand des Bundes wird sich 2014 (rund 249 000) gegenüber dem Stellenbestand 2013 (251 321) um insgesamt rund 2300 Planstellen und Stellen (im Folgenden: Stellen) verringern. Der Stellenabbau konnte durch den Wegfall von Stellen infolge der Auswirkungen der Strukturreform der Bundeswehr, durch die letztmalig erfolgte Einsparung in Höhe von 0,4% der Planstellen aufgrund der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte, durch den Ausgleich für neu ausgebrachte Stellen und durch das Wirksamwerden einer Vielzahl von kw-Vermerken erreicht werden. Im Bundeshaushalt 2014 wurden insgesamt rund 590 Planstellen und Stellen unter Berücksichtigung von Kompensationen neu ausgebracht.

Im Haushalt 2014 ist darüber hinaus die Streichung von Haushaltsvermerken an solchen Planstellen und Stellen vorgesehen, die für Überhangpersonal von Bundesbehörden ausgebracht wurden und auf denen infolge Versetzung zu den aufnehmenden Ressorts Überhangpersonal geführt wird. Durch die Streichung der Vermerke wird den betroffenen Ressorts die Personalbewirtschaftung erleichtert und zudem ein zusätzlicher Anreiz zur Übernahme von Überhangpersonal geschaffen.

Um die Gewinnung von dringend gesuchten Fachkräften im IT-Bereich zu unterstützen, wurde eine Ermächtigung für das BMF zur Ausbringung von insgesamt 300 Planstellen ins Haushaltsgesetz aufgenommen, sofern IT-Überhangbeamte der Postnachfolgeunternehmen übernommen werden. Diese Planstellen müssen von den Ressorts nicht kompensiert werden, und die Personalausgaben werden ab dem auf die Versetzung der IT-Überhangkräfte folgenden Haushaltsjahr zusätzlich veranschlagt.

Weitere 300 Planstellen mit datierten kw-Vermerken sollen für diesen Zweck im Jahr 2015 ausgebracht werden.

5 Das Sondervermögen "Energie- und Klimafonds"

Das Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" (EKF) ist ein zentrales Instrument für die Finanzierung der zusätzlichen Programmausgaben zur Umsetzung der beschleunigten Energiewende in Deutschland. Zur Sicherstellung der verschiedenen Förderprogramme erhält der EKF im Wirtschaftsjahr 2014 einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von bis zu 655 Mio. € gemäß § 12 Absatz 8 Haushaltsgesetz 2014.

Der Wirtschaftsplanentwurf 2014 sieht insgesamt Einnahmen von knapp 1,6 Mrd. € vor. Neben der Verwendung der Rücklage aus dem Jahr 2013 in Höhe von rund 94 Mio. € und den Einnahmen aus dem Bundeszuschuss rechnet die Bundesregierung auf der Grundlage des aktuellen Preisniveaus mit Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandel in Höhe von knapp 840 Mio. €. Trotz der aufgrund des Ratsbeschlusses vom Dezember 2013 angepassten Auktionsverordnung – Kürzung

ZWEITER REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2014

der Auktionsmengen im Jahr 2014 – kann somit insgesamt der EKF-Plafonds, wie im ersten Regierungsentwurf enthalten, beibehalten werden. Auch die Ausgabenschwerpunkte sind gegenüber dem ersten Regierungsentwurf 2014 unverändert geblieben.

Lediglich die Ressortzuständigkeiten haben sich in Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin geändert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bewirtschaftet nunmehr drei Viertel des Fondsvolumens.

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2015 UND DES FINANZPLANS BIS ZUM JAHR 2018

Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis zum Jahr 2018

Ein neuer haushaltspolitischer Meilenstein ist gesetzt

- Die Bundesregierung führt mit den Eckwerten zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis zum Jahr 2018 den erfolgreichen Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre fort und setzt zugleich wachstumsorientierte Akzente. Der Bund wird damit seiner Verantwortung für eine solide und stabilitätsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik – auch mit Blick auf Europa – gerecht.
- Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, ab 2015 Bundeshaushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen, wird in allen Jahren des Finanzplanzeitraums eingehalten. Die Bundesregierung setzt so einen weiteren haushaltspolitischen Meilenstein: Im Jahr 2015 werden erstmals seit 1969 keine neuen Schulden mehr aufgenommen.
- Leitmotiv der Haushaltspolitik der Bundesregierung ist die wachstumsorientierte Konsolidierung. Mit den vorliegenden Eckwerten werden deshalb zugleich auch die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags finanziell unterlegt, die wichtige Impulse in den Bereichen öffentliche Verkehrsinfrastruktur, Städtebau, Entwicklungszusammenarbeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik setzen sowie Länder und Kommunen in den Bereichen Bildung und Forschung entlasten.
- Die Ausgaben belaufen sich nach dem Eckwertebeschluss im Jahr 2015 auf 299,7 Mrd. €. Sie steigen im Finanzplanungszeitraum jahresdurchschnittlich um 2,3 %. Diese Entwicklung wird maßgeblich durch die Finanzierung der prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags bestimmt, aber auch durch Ansatzveränderungen, die sich aus der aktuellen Prognose der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf Basis des Jahreswirtschaftsberichts 2014 ergeben, und der weiterhin dynamischen Entwicklung des Elterngelds.

1	Einleitung	19
2	Gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen	
3	Wachstumsorientierte Konsolidierung	21
4	Zeitplan für die Aufstellung des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2015 und des	
	Finanzplans bis zum Jahr 2018	24

1 Einleitung

Die Bundesregierung hat am 12. März 2014 die Eckwerte des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis zum Jahr 2018 beschlossen. Mit dem Eckwertebeschluss legt das Bundeskabinett im Vorfeld des weiteren regierungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens verbindliche Einnahme- und Ausgabevolumina sowohl für den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 als auch für den Finanzplan bis zum Jahr 2018 fest. Zudem werden für bestimmte wesentliche Einnahmen- und Ausgabenbereiche darüber hinausgehende verbindliche Festlegungen für das weitere Aufstellungsverfahren getroffen. Diese

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2015 UND DES FINANZPLANS BIS ZUM JAHR 2018

Vorgaben erfolgen – mit Ausnahme der in § 28 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) genannten Institutionen – für alle Einzelpläne.

2 Gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2013 mit 0,4% moderat angestiegen. Dabei belastete das schwache Winterhalbjahr 2012/2013 das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt. Im Jahresverlauf kam es zu einer konjunkturellen Erholung, wobei das Wirtschaftswachstum von der Binnennachfrage getragen wurde. Dagegen dämpften die Nettoexporte rein rechnerisch das Wirtschaftswachstum.

Eine Vielzahl von Konjunkturindikatoren signalisiert, dass die gesamtwirtschaftliche Erholung in diesem Jahr in einen Aufschwung auf breiter Basis einmündet. Die Bundesregierung geht in ihrer Jahresprojektion für 2014 daher von einer Zunahme des preisbereinigten BIP um 1,8 % aus.

Im Jahr 2015 dürfte sich der Aufschwung mit einem BIP-Anstieg um 2,0 % fortsetzen. Die Binnennachfrage wird - angesichts einer deutlichen Zunahme des Konsums der privaten Haushalte und der Investitionstätigkeit - eine wichtige Wachstumsstütze bleiben. Aber auch die Exporte werden merklich stärker zunehmen als in diesem Jahr. Gleichzeitig tragen eine Ausweitung der Ausfuhrtätigkeit sowie der Ausrüstungsinvestitionen – aufgrund ihres hohen Importgehalts - wesentlich zu einer Importerhöhung bei. Daher werden die Einfuhren voraussichtlich stärker ansteigen als die Exporte. Der rechnerische Wachstumsbeitrag des Außenhandels wird damit bei nahe Null liegen.

Die Arbeitslosenzahl dürfte 2015 etwas weniger zurückgehen als in diesem Jahr

(-10 000 Personen auf 2,92 Millionen Personen nach - 20 000 Personen im Jahr 2014).
Die Arbeitslosenquote beträgt 6,8 %. Der Beschäftigungsaufbau wird sich im Jahr 2015 fortsetzen (+ 145 000 Personen auf 42,2 Millionen Personen). Angesichts des bereits erreichten hohen Niveaus könnte die Dynamik gegenüber dem laufenden Jahr jedoch nachlassen. Stützend wirken die hohe Zuwanderung sowie eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen.

Für den gesamten Prognosezeitraum 2014 bis 2018 erwartet die Bundesregierung ein jahresdurchschnittliches Wachstum des BIP in Höhe von real 1,6 % p. a. Die Zahl der Arbeitslosen wird bis zum Jahr 2018 voraussichtlich auf ein Niveau von rund 2,8 Millionen Personen sinken. Auch die strukturelle Arbeitslosigkeit wird im Projektionszeitraum weiter abgebaut.

Vollzug des Bundeshaushalts 2013

Der Bundeshaushalt 2013 hat mit einer Neuverschuldung von rund 22,1 Mrd. € den einschließlich Nachtrag geplanten Sollwert in Höhe von 25,1 Mrd. € um rund 3,0 Mrd. € unterschritten. Der Nachtrag wurde erforderlich, um schnelle Hilfen für die vom Hochwasser im Mai und Juni 2013 Geschädigten zur Verfügung zu stellen. Hierfür sah der Fonds "Aufbauhilfe" 8 Mrd. € vor. Um diesen Betrag bereinigt hätte die Neuverschuldung im Jahr 2013 bei 14,1 Mrd. € gelegen und somit die Neuverschuldung des Vorjahres (22,5 Mrd. €) deutlich unterschritten.

Die Ausgaben des Bundeshaushalts des Jahres 2013 betrugen im Abschluss 307,8 Mrd. € und lagen damit um rund 2,2 Mrd. € unterhalb des Solls. Dies resultierte unter anderem aus erheblichen Minderausgaben bei den Gewährleistungen sowie im Verteidigungshaushalt.

Die Gesamteinnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) beliefen sich insgesamt auf 285,7 Mrd. € und überstiegen somit das Soll um rund 0.8 Mrd. €. Während die Steuereinnahmen

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2015 UND DES FINANZPLANS BIS ZUM JAHR 2018

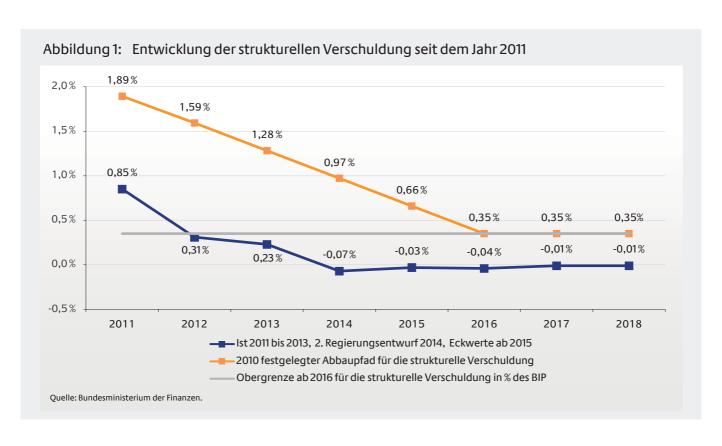
des Bundes geringfügig unter dem Sollwert blieben (0,8 Mrd. €), überschritten die Verwaltungseinnahmen das geplante Soll um rund 1,6 Mrd. €. Mindereinnahmen beim Bundesbankgewinn standen unter anderem Mehreinnahmen bei den zweckgebundenen EU-Einnahmen und bei den Gewährleistungseinnahmen gegenüber.

3 Wachstumsorientierte Konsolidierung

Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018 ohne neue Schulden

Mit den Eckwerten zum Bundeshaushalt 2015 und zum Finanzplan bis zum Jahr 2018 setzt die Bundesregierung einen weiteren bedeutenden finanzpolitischen Meilenstein: Zuletzt gelang es im Jahr 1969, den Bundeshaushalt ohne neue Schulden auszugleichen. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, ab 2015 Bundeshaushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen, wird in allen Jahren des Finanzplanzeitraums erreicht. Dieser Erfolg fußt auf dem in der vergangenen Legislaturperiode eingeschlagenen Kurs einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung.

So lag die strukturelle Neuverschuldung im Vollzug des Jahres 2013 mit einem Wert von 0,23 % des BIP – wie im Übrigen schon im Vorjahr – deutlich unter der ab 2016 für die Haushaltsaufstellung geltenden Obergrenze von 0,35 % des BIP. Der zweite Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 kommt ganz ohne strukturelle Verschuldung aus; er weist sogar einen strukturellen Überschuss aus. Auch in den Jahren danach wird die ab dem Jahr 2016 geltende Obergrenze für die strukturelle Verschuldung in Höhe von 0,35 % des BIP (Schuldenregel) deutlich unterschritten werden (vergleiche Abbildung 1).



ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2015 UND DES FINANZPLANS BIS ZUM JAHR 2018

Konsolidieren und Investieren

Grundlage der vorliegenden Eckwerte (vergleiche Tabelle 1) ist der geltende Finanzplan. Die in ihm enthaltenen Planungsreserven und Überschüsse, die das Ergebnis der Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre sind, ermöglichen es, die im Koalitionsvertrag genannten prioritären Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund 23 Mrd. € in den Jahren 2014 bis 2017 ohne Abstriche finanziell zu unterlegen und den Bundeshaushalt gleichzeitig ab dem Jahr 2015 ohne neue Schulden aufzustellen.

So steigen beispielsweise die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in den kommenden Jahren um 5 Mrd. € an. Auch die Programm-Mittel für die Städtebauförderung werden deutlich erhöht.

Für die Entwicklungszusammenarbeit werden zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 2 Mrd. € bereitgestellt. Darüber hinaus entlastet der Bund die Kommunen ab dem Jahr 2015 im Bereich der "Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung" um 1 Mrd. € jährlich.

In den Eckwerten sind auch die weiteren prioritären Maßnahmen in Höhe von 9 Mrd. € berücksichtigt für die Bereiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative sowie Entlastung der Länder und Gemeinden, damit diese ihre Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen können.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

Die Ausgaben belaufen sich nach dem Eckwertebeschluss im Jahr 2015 auf 299,7 Mrd. €. Sie steigen im Finanzplanungszeitraum jahresdurchschnittlich um 2,3%. Diese Entwicklung wird maßgeblich durch die Finanzierung der prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags bestimmt. Einfluss haben aber auch Veränderungen bei konjunkturreagiblen Ansätzen (z. B. Arbeitsmarkt), die sich aus der aktuellen Prognose der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf Basis des Jahreswirtschaftsberichts 2014 ergeben, und bei den nicht konjunkturabhängigen gesetzlichen Leistungen (z. B. Elterngeld).

Tabelle 1: Eckwerte zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis 2018

	Soll	Eckwerte	Finanzplan			
	2014	2015	2016	2017	2018	
		in Mrd. €				
Ausgaben	298,5	299,7	309,7	318,8	327,2	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-3,0	+0,4	+3,3	+2,9	+2,6	
Jahresdurchschnittliche Veränderung 2014 bis 2018 in %			2,3			
Einnahmen	298,5	299,7	309,7	318,8	327,2	
Steuereinnahmen	268,9	278,5	293,2	300,7	311,6	
Nettokreditaufnahme	6,5	-	-	-	-	
Struktureller Überschuss in % des BIP	0,07	0,03	0,04	0,01	0,01	
nachrichtlich: Investitionen (bereinigt um die Zahlungen an den ESM)	25,8	26,4	27,1	27,6	27,0	
Zum Vergleich: Investionen im geltenden Finanzplan (ohne ESM)	25,3	25,2	24,9	24,7	-	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2015 UND DES FINANZPLANS BIS ZUM JAHR 2018

Entlastungen ergeben sich aus der prognostizierten positiven Entwicklung der Steuereinnahmen, die auch durch die interne Steuerschätzung im Januar 2014 nochmals bestätigt wurde. Darüber hinaus erlaubt die günstige Entwicklung des Gesundheitsfonds eine Absenkung des Bundeszuschusses im Jahr 2015 um 2,5 Mrd. €. Angesichts der Rücklagen des Gesundheitsfonds ist diese Anpassung möglich, ohne dass hierdurch die Zahlungsverpflichtungen des Gesundheitsfonds im Finanzplanungszeitraum beeinträchtigt werden. Diese Maßnahme führt damit zu keinen zusätzlichen Belastungen der Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben beläuft sich im Jahr 2015 auf 11,5 Mrd. €, im Finanzplanjahr 2016 beträgt er 14 Mrd. € und ab dem Jahr 2017 insgesamt 14,5 Mrd. € jährlich. Der Bundeszuschuss liegt damit im Jahr 2015 um 2,5 Mrd. € unter dem bislang geltenden Finanzplan, in den Finanzplanjahren 2017 und 2018 jeweils um 0,5 Mrd. € darüber.

Die gesetzlichen Krankenkassen erheben den kassenindividuellen Zusatzbeitrag künftig als prozentualen Satz vom beitragspflichtigen Einkommen. Somit entfällt die Notwendigkeit eines steuerfinanzierten Sozialausgleichs. Der hierfür in den Finanzplanjahren ab 2015 pauschal als Vorsorge vorgehaltene Betrag von jährlich 0,7 Mrd. € wird daher nicht mehr benötigt, was zu einer entsprechenden Entlastung gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan führt.

An der Entwicklung der Investitionsausgaben im Vergleich zum geltenden Finanzplan lässt sich die im Koalitionsvertrag vereinbarte Schwerpunktsetzung auf wachstumsorientierte Investitionen bereits deutlich erkennen (vergleiche Tabelle 1).

Der Zukunftsbereich Bildung und Forschung bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung. Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird mit knapp 14 Mrd. € fortgeschrieben. Darin ist aber noch nicht der auf das Bundesministerium für Bildung und Forschung entfallende Teil der prioritären Maßnahmen zur Entlastung der Länder und Gemeinden in Höhe von 6 Mrd. € – damit diese ihre Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen können – sowie hinsichtlich der 3 Mrd. € für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative enthalten. Die Aufteilung wird erst erfolgen, wenn es eine endgültige Verständigung darüber gibt, für welche konkreten Maßnahmen diese Mittel eingesetzt werden sollen.

Die direkten deutschen Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit wurden in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert. Nach der Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development - OECD) hat Deutschland im Jahr 2012 insgesamt rund 12,9 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Mitteln für diesen Bereich aufgewandt. Absolut gemessen lag Deutschland hinter den USA (rund 30,7 Mrd. US-Dollar) und Großbritannien (rund 13,9 Mrd. US-Dollar) an dritter Stelle der Gebernationen, preisund wechselkursbereinigt sogar an zweiter Stelle. Eine prioritäre Maßnahme des Koalitionsvertrages ist die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid - ODA) um 2 Mrd. € in dieser Legislaturperiode. Mit einem stufenweisen Aufwuchs der ODA-Mittel (nach 200 Mio. € im Jahr 2014 nun 400 Mio. € im Jahr 2015 und jeweils 700 Mio. € ab dem Jahr 2016) setzt die Bundesregierung diese Schwerpunktsetzung um. Der Großteil der zusätzlichen ODA-Mittel des Jahres 2015 entfällt mit knapp 320 Mio. € auf den Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Ausgaben des BMZ können damit im kommenden Jahr auf dem hohen Niveau von über 6.4 Mrd. €

ECKWERTEBESCHLUSS ZUM REGIERUNGSENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2015 UND DES FINANZPLANS BIS ZUM JAHR 2018

stabilisiert werden. Zu den gesamten direkten staatlichen Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit tragen neben dem Bund unter anderem auch die Länder und Kommunen bei.

Im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur ergib sich eine wesentliche Veränderung des Einzelplanvolumens aus der im Koalitionsvertrag vereinbarten Aufstockung der Verkehrsinvestitionen um 5 Mrd. € für diese Legislaturperiode. Nachdem im Jahr 2014 bereits 505 Mio. € vorgesehen sind, werden die verbleibenden 4,495 Mrd. € auf die Jahre 2015 bis 2017 verteilt. Für 2018 werden zur Fortführung zusätzlicher Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur insgesamt 1,65 Mrd. € zusätzlich gegenüber den bisherigen Planungen bereitgestellt. Dadurch können die klassischen Verkehrsinvestition (Straße, Schiene, Wasserstraße, Kombinierter Verkehr) deutlich erhöht werden. Sie steigen von rund 10,5 Mrd. € im Jahr 2014 auf rund 11,0 Mrd. € im Jahr 2015; für 2016 sind rund 11,6 Mrd. € und für 2017 rund 12,1 Mrd. € vorgesehen.

Europäisches Parlament und Rat haben im Dezember 2013 die Änderung der Richtlinie 2003/897/EG zur zeitweiligen Herausnahme von insgesamt 900 Mio. CO₂-Zertifikaten aus dem europäischen Markt in der dritten Handelsperiode beschlossen. Die pro-rata-Kürzung der Auktionsmengen wird erstmalig Ende März 2014 einsetzen. Insoweit ist noch nicht hinreichend verlässlich einschätzbar, wie sich die Zertifikatepreise am Markt entwickeln werden. Die Bundesregierung hat daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt darauf verzichtet, detaillierte Eckwerte für den Wirtschaftsplan des "Energie- und Klimafonds" (EKF) für die Haushaltsjahre 2015 bis 2018 abzubilden. Soweit der bereits im geltenden Finanzplan zum Bundeshaushalt angelegte Bundeszuschuss in Höhe von jährlich bis zu 650 Mio. € und die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel - unter den neuen Marktbedingungen - insgesamt ausreichen, um den EKF mittelfristig auf eine solide Finanzierungsgrundlage zu stellen, soll die

für das Haushaltsjahr 2014 im § 12 Absatz 8 Haushaltsgesetz 2014 getroffene Regelung zur Vereinnahmung des Bundeszuschusses im Sondervermögen im Wege der Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" verstetigt werden.

4 Zeitplan für die Aufstellung des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis zum Jahr 2018

Der Eckwertebeschluss legt verbindliche Einnahme- und Ausgabevolumina sowohl für den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 als auch für den Finanzplan bis zum Jahr 2018 fest. Zudem werden für bestimmte wesentliche Einnahmen- und Ausgabenbereiche darüber hinausgehende verbindliche Festlegungen für das weitere Aufstellungsverfahren getroffen. Diese Vorgaben erfolgen für alle Einzelpläne, jedoch nach § 28 Absatz 3 der BHO nicht für die Einzelpläne der Verfassungsorgane und des Bundesrechnungshofs.

Im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren sind punktuelle Anpassungen der grundsätzlich verbindlichen Haushaltseckwerte nicht ausgeschlossen. Dies betrifft insbesondere die Berücksichtigung der Ergebnisse der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung, die Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" Anfang Mai 2014 sowie die Auswirkungen der Rentenschätzung. Darüber hinaus sind weitere Anpassungen notwendig, die sich im Hinblick auf die endgültige Umsetzung des Organisationserlasses der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013 und die noch ausstehende Aufteilung der prioritären Maßnahmen ergeben.

Die Umsetzung des Eckwertebeschlusses zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und zum Finanzplan bis 2018, die Haushaltsverhandlungen mit den Verfassungsressorts

Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis zum Jahr 2018

Tabelle 2: Eckwerte Bundeshaushalt 2015 Ausgaben nach Einzelplänen

		2. Regierungsentwurf	Eckwerte	Veränderung gegenüber
	Einzelpläne	2014	2015	Vorjahr
		in M	in%	
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt ¹	33,11	33,26	+0,5
02	Deutscher Bundestag ¹	748,63	770,57	+2,9
03	Bundesrat ¹	23,00	24,75	+7,6
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	1 997,13	2 098,53	+5,1
05	Auswärtiges Amt	3 633,46	3 383,33	- 6,9
06	Bundesministerium des Innern	5 770,90	5 667,92	-1,8
07	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	641,27	650,08	+1,4
08	Bundesministerium der Finanzen	5 188,28	5 337,46	+2,9
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	7 407,11	7 062,69	- 4,6
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	5 310,20	5 310,75	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	122 318,26	124 849,90	+2,1
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	22 783,26	23 229,08	+2,0
14	Bundesministerium der Verteidigung	32 835,68	32 254,93	-1,8
15	Bundesministerium für Gesundheit	11 054,65	12 053,27	+9,0
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3 646,84	3 876,57	+6,3
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7 959,56	8 383,10	+ 5,3
19	$Bundes ver fassungsgericht^1\\$	46,07	28,89	- 37,3
20	Bundesrechnungshof ¹	135,99	137,68	+1,2
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 443,84	6 445,47	-
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	13 967,90	13 954,21	-0,1
32	Bundesschuld	30 073,67	29 913,00	- 0,5
60	Allgemeine Finanzverwaltung	16 481,21	14 270,72	- 13,4
	Insgesamt	298 500,00	299 736,15	

¹ Einzelpläne 01, 02, 03, 19 und 20 sind nicht Gegenstand des Eckwertebeschlusses. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

und dem Bundesrechnungshof, die Aufstellung des Wirtschaftsplans für das Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" für das Jahr 2015 und des dazugehörigen Finanzplans sowie die Gespräche zum Personalhaushalt zwischen den Bundesministerien und dem BMF sollen bis Mitte Juni 2014 abgeschlossen

werden. Der Kabinettsbeschluss über den Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 2015 und zum Finanzplan bis zum Jahr 2018 soll Anfang Juli 2014 erfolgen. Anschließend wird der Regierungsentwurf an den Deutschen Bundestag zur parlamentarischen Beratung überwiesen.

INVESTITIONSSCHWÄCHE IN DEUTSCHLAND?

Investitionsschwäche in Deutschland?

Eine Analyse der Investitionstätigkeit im internationalen Vergleich

- Die Investitionsquote in Deutschland ist insbesondere vor der Finanzkrise niedriger gewesen als in vielen anderen Ländern, in denen es jedoch zu starken Übertreibungen – vor allem im Immobiliensektor – kam.
- Anschließend setzte eine Korrekturphase ein, in deren Folge sich die Investitionsquoten in diesen Ländern an diejenige Deutschlands annäherten.
- Unter Berücksichtigung der für das Wirtschaftswachstum besonders relevanten Investitionen in Ausrüstungen sowie Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) befindet sich Deutschland konstant über dem Niveau der anderen Euroländer.
- Die Analyse zeigt deshalb, dass sich für Deutschland keine allgemeine Investitionsschwäche nachweisen lässt und dass ein Anstieg der öffentlichen wie privaten Investitionen erwartet werden kann.

1	Einleitung	26
2	Strukturelle Entwicklung der Investitionsquoten im internationalen Vergleich	
3	Investitionen und Kapitalstock im Entwicklungsprozess	32
1	•	22

1 Einleitung

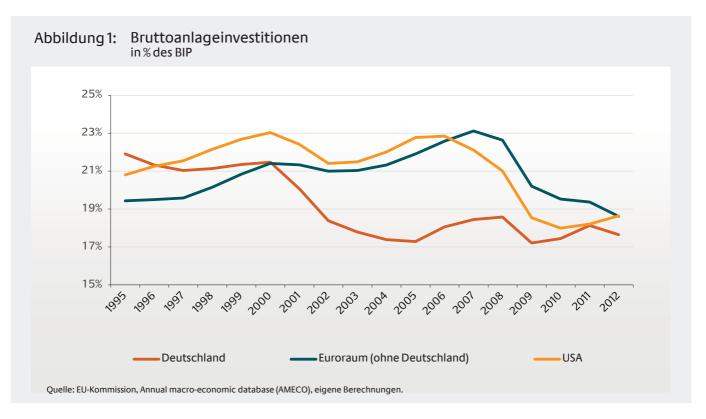
National wie international wird die Investitionsquote in Deutschland (Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – BIP) als zu niedrig kritisiert, und es werden Forderungen nach einer deutlichen Ausweitung der privaten und öffentlichen Investitionen gestellt. Dies wird damit begründet, dass die Investitionsentwicklung in Deutschland bereits seit Längerem schwächer als in vielen anderen Industrieländern verläuft. Aus der im internationalen Vergleich niedrigeren deutschen Bruttoinvestitionsquote wird der Schluss einer gesamtwirtschaftlichen "Investitionslücke" gezogen (u. a. durch das DIW¹). Um die vermutete Investitionsschwäche zu

¹Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2013): Investitionen für mehr Wachstum – Eine Zukunftsagenda für Deutschland, in: DIW Wochenbericht Nr. 26/2013. beheben, wird gefordert, die Investitionen deutlich auszuweiten. Damit soll zum einen durch eine entsprechende Kapitalstockausweitung das heimische Potenzialwachstum erhöht werden. Zum anderen könnten mehr Investitionen – und eine daraus resultierende Importausweitung – einen konjunkturellen Impuls setzen und somit einen Beitrag zur Korrektur des Leistungsbilanzüberschusses erbringen. Im Folgenden werden die Investitionsquoten Deutschlands im internationalen Vergleich in der zeitlichen Entwicklung und der strukturellen Zusammensetzung analysiert.

2 Strukturelle Entwicklung der Investitionsquoten im internationalen Vergleich

Der seit Mitte der 1990er Jahre abwärtsgerichtete Trend der Investitionsquote

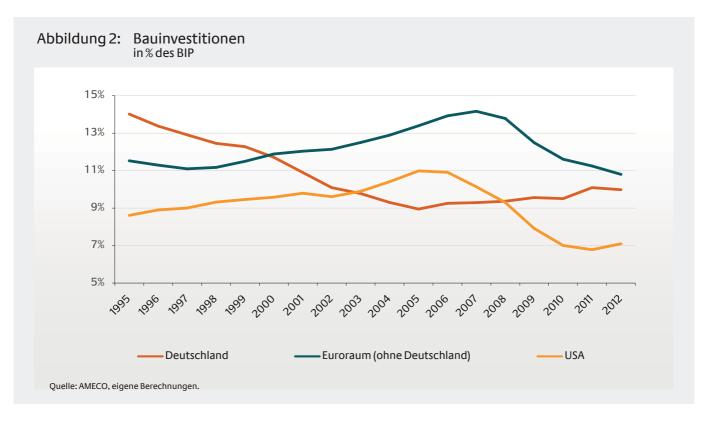
INVESTITIONSSCHWÄCHE IN DEUTSCHLAND?



Deutschlands ist - abgesehen vom Finanzkrisenjahr 2009 - seit mehreren Jahren gestoppt (vergleiche Abbildung 1). Mit 17,6% (gemessen am BIP) im Jahr 2012 lag die Bruttoinvestitionsquote 1,5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt im Beobachtungszeitraum 1995 bis 2012. Im Wesentlichen war die Abschwächung der Investitionstätigkeit einer Korrektur des Baubooms nach der deutschen Einheit geschuldet, die zu einer mehr als ein Jahrzehnt andauernden Baurezession führte. Zudem trugen auch die mit der Einführung des Euro einhergehenden deutschen Kapitalexporte als Folge der vermeintlich günstigeren Investitionsbedingungen in einigen Euroländern zur temporären Investitionsschwäche Deutschlands ab dem Jahr 2000 bei. Mitte des vergangenen Jahrzehnts begann die Investitionsquote infolge einer Verbesserung der Investitionsbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen und Konsolidierungspolitik wieder leicht anzusteigen.

Im internationalen Vergleich lag die deutsche Investitionsquote bezogen auf die Bruttoanlageinvestitionen über eine Dekade unter dem Niveau vergleichbarer Industrieländer, wobei sich die Differenz auf rund 1 Prozentpunkt im Jahr 2012 reduzierte. Im gesamten Untersuchungszeitraum betrug die Bruttoinvestitionsquote des übrigen Euroraums 20,7% (Deutschland: 19,1%). Sonderfaktoren im Immobiliensektor übten einen wesentlichen Einfluss auf das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Investitionsquoten aus. So ging die Korrektur des heimischen Bausektors in den Jahren vor der Finanzkrise einher mit einer Akzeleration der Bautätigkeit nicht nur in den USA und vielen Ländern des Euroraums (vergleiche Abbildung 2).

INVESTITIONSSCHWÄCHE IN DEUTSCHLAND?

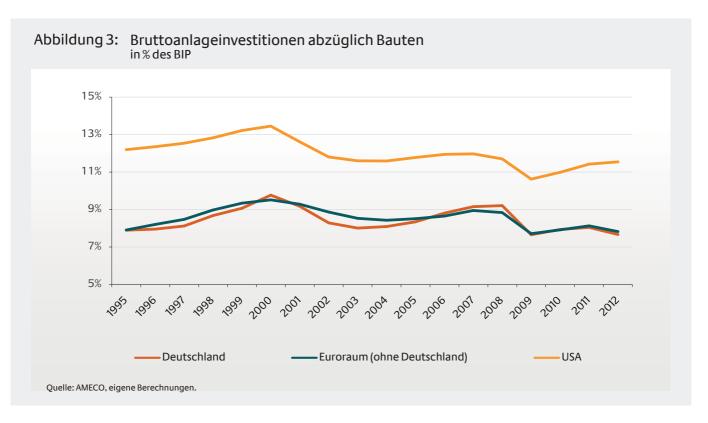


Getrieben durch umfangreiche Kapitalimporte sowie niedrige Realzinsen nach der Einführung des Euro und einer expansiven Geldpolitik stiegen die Immobilienpreise und die Bauinvestitionen in diesen Ländern stark an. Die Kreditblase führte zu einem deutlichen Zuwachs der privaten Verschuldung in den USA und vielen Eurostaaten. Hinzu kamen - auch über eine höhere Staatsverschuldung finanzierte - öffentliche Investitionen speziell in die Verkehrsinfrastruktur. So legten die Bauinvestitionen in Relation zum BIP für den Euroraum ohne Deutschland von 11,9% im Jahr 2000 auf 14,1% im Jahr 2007 zu. Während dieser Zeit sank die deutsche Bauinvestitionsquote um ein Viertel auf 8,9%. Mit Beginn der Subprime-Krise im Herbst 2007 ausgehend vom US-Immobilienmarkt setzte eine spürbare Korrektur der Bautätigkeit ein, und das Ausmaß der Fehlallokation volkswirtschaftlicher Ressourcen wurde sichtbar. Die Bauinvestitionsquote für den übrigen Euroraum verringerte sich 2012 auf 10,8% (-3,3 Prozentpunkte gegenüber 2007) und lag 2012 nur wenig über dem Wert für Deutschland (10,0%). Denn im Gegensatz zum

Euroraum nahmen die Investitionen in Bauten in Deutschland seit der globalen Finanzkrise sichtbar zu. Die Bauinvestitionsquote der USA lag außer während der Phase der Immobilienblase merklich unter dem deutschen Niveau.

Werden die Bauten aus den Bruttoanlageinvestitionen herausgerechnet, zeigt sich im Beobachtungszeitraum eine übereinstimmende Entwicklung der deutschen Investitionen mit denen im Euroraum ohne Deutschland (vergleiche Abbildung 3). Von 1995 bis 2012 wurden in Deutschland im Mittel 8,4% der Wirtschaftsleistung für Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen verwendet. Für den übrigen Euroraum lag die vergleichbare Quote bei 8,6 %. Nach Abzug der Bauten befindet sich der Anteil der Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen am BIP im Jahr 2012 mit 7,6 % auf dem Niveau der Mitte der 1990er Jahre. Aufgrund der bereits durchgeführten methodischen Einbeziehung von FuE-Ausgaben und in größerem Maße von

INVESTITIONSSCHWÄCHE IN DEUTSCHLAND?



Rüstungsgütern als Investitionen² erreichen die USA mit einem Durchschnitt von 12,0 % ein deutlich höheres Niveau, das daher aus statistischen Gründen mit dem Niveau in Deutschland und dem Euroraum kaum vergleichbar ist.

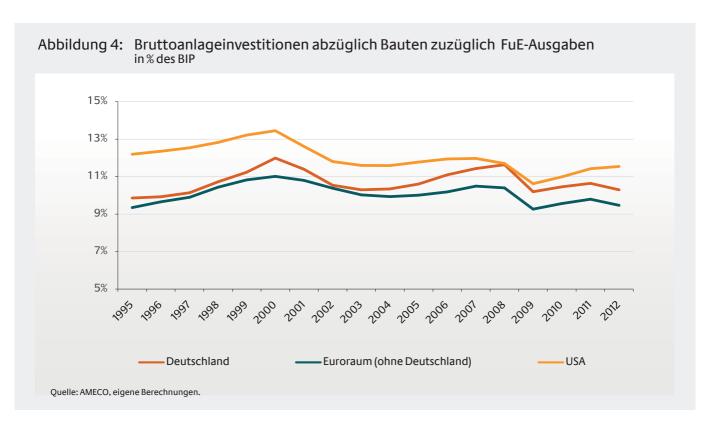
² Im Rahmen der Revision des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (von ESVG 95 auf ESVG 2010) werden betriebliche und staatliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie jetzt alle Rüstungsgüter, die die Kriterien für ein Investitionsgut erfüllen, auch in den EU-Staaten zu den Investitionen gezählt. Durch die Novellierung wird die Vergleichbarkeit der Leistungskraft der Mitgliedstaaten verbessert, weil auch erst längerfristig wirksam werdende ökonomische Sachverhalte berücksichtigt werden (insbesondere Forschung und Entwicklung). Die neue Berechnungsmethodik wird einheitlich in allen Mitgliedstaaten der EU zum 1. September 2014 eingeführt.

Unter Berücksichtigung der für die deutsche Volkswirtschaft besonders relevanten Ausgaben für Forschung und Entwicklung⁴ übertreffen die Investitionen der heimischen Unternehmen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen die korrespondierenden Werte der Euroländer signifikant (vergleiche Abbildung 4). Im Untersuchungszeitraum 1995 bis 2012 lag die so berechnete durchschnittliche Investitionsquote für Deutschland mit 10,7% rund 0,6 Prozentpunkte über der vergleichbaren Relation für den übrigen Euroraum (10,1%). Hierin wird die Spezialisierung Deutschlands auf forschungs- und wissensintensive Industrien und Dienstleistungen verstärkt durch die Schwerpunktsetzung der Bundesregierung auf die Steigerung der

³ Mead et al. (2004) schätzten den Effekt der umfangreicheren Einbeziehung von Rüstungsgütern in die Bruttoanlageinvestitionen auf rund + 0,5 Prozentpunkte für die Vereinigten Staaten.

⁴ Da in den Aufwendungen der Unternehmen und des Staates für Forschung und Entwicklung teilweise kapitalbezogene Ausgaben enthalten sind, die in der VGR bereits als Investitionen erfasst werden, wurde für die Aggregate des Euroraums und Deutschlands ein 10 %-iger Abschlag von den FuE-Gesamtausgaben vorgenommen.

INVESTITIONSSCHWÄCHE IN DEUTSCHLAND?

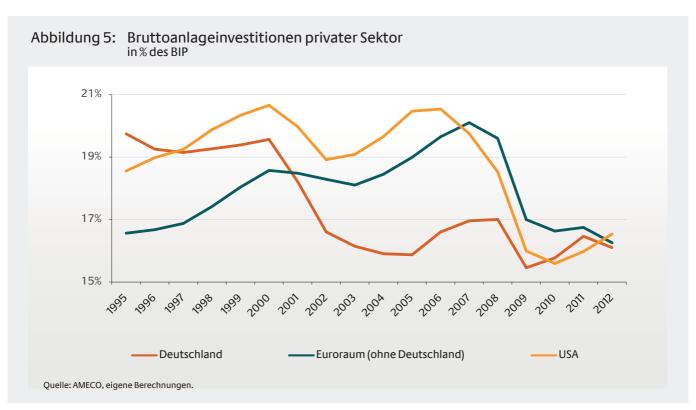


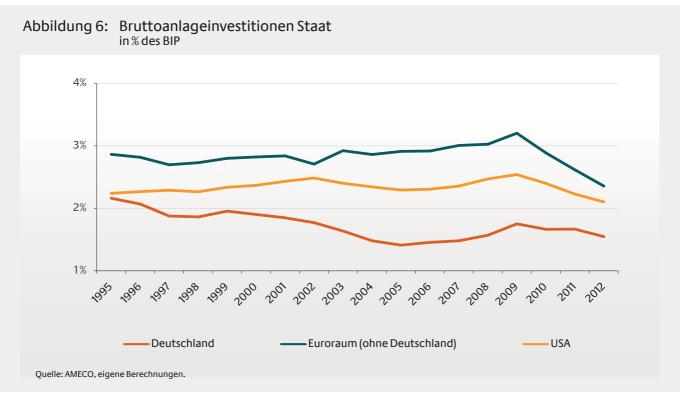
öffentlichen Forschungsausgaben in den vergangenen Jahren sichtbar.

Die Disaggregation der Bruttoanlageinvestitionen in private und öffentliche Investitionen verdeutlicht, dass die Investitionstätigkeit des privaten Sektors im Jahr 2012 mit 16,1% nur unwesentlich vom Niveau im Euroraum (ohne Deutschland) und in den USA abweicht (vergleiche Abbildung 5). Im Zeitraum 1995 bis 2012 betrug der Durchschnitt der Investitionsquote des privaten Sektors in Deutschland 17,4%. Erneut zeigt sich für die Jahre vor der globalen Finanzkrise die von den Immobilienpreisblasen induzierte Investitionstätigkeit in den internationalen Daten. Eine systematische Investitionsschwäche der Unternehmen in Deutschland lässt sich nicht nachweisen.

Die öffentlichen Investitionen in Deutschland liegen unter den Werten der hier betrachteten Volkswirtschaften (vergleiche Abbildung 6), wobei seit Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise eine signifikante Korrektur der investiven Ausgaben vieler Staaten des Euroraums zu beobachten war. Im Untersuchungszeitraum erreichte die deutsche staatliche Bruttoinvestitionsquote im Mittel 1,7% und nahm für das Jahr 2012 den Wert 1,5 % an. Das höhere Niveau der öffentlichen Investitionsquote in einigen Euroländern ist u. a. das Resultat eines von der EU-Strukturpolitik unterstützten Konvergenzprozesses aufholender Volkswirtschaften, der sich in überdurchschnittlichen Infrastrukturinvestitionen manifestiert. Darüber hinaus ist der Staatssektor im internationalen Vergleich unterschiedlich abgegrenzt, sodass sich die Relationen zwischen privaten und staatlichen Investitionen über die Mitgliedstaaten unterscheiden können. Die abweichende Abgrenzung des Investitionsbegriffs schränkt die Vergleichbarkeit mit den US-Werten stark ein. Überdies kann der Rückgang der öffentlichen Investitionsquote in Deutschland zum Teil auf eine Normalisierung nach der deutschen Einheit zurückgeführt werden. Die Stabilisierung der Staatsfinanzen in der vergangenen Dekade hat die Voraussetzungen

INVESTITIONSSCHWÄCHE IN DEUTSCHLAND?





INVESTITIONSSCHWÄCHE IN DEUTSCHLAND?

dafür geschaffen, dass die öffentlichen Investitionen Deutschlands seit 2006 wieder ansteigen konnten.

Grundsätzlich lässt sich nicht eindeutig bestimmen, wie hoch ein optimales Niveau staatlicher Investitionen liegt. Letztlich ist entscheidend, dass Bürger und Unternehmen effizient und auf einem angemessenen Niveau versorgt werden, unabhängig von der bereitstellenden Einheit. So ist bei staatlichen Investitionen stets auch eine mögliche Verdrängung privater Investitionen zu berücksichtigen. Letztlich muss die Frage nach der Höhe der staatlichen Investitionen im Zusammenhang mit der Frage nach ihrer Finanzierung beantwortet werden. Höhere staatliche Investitionen im (budgetneutralen) Austausch zu konsumtiven staatlichen Ausgaben können positive gesamtwirtschaftliche Wachstumseffekte generieren. Eine Ausweitung der staatlichen Investitionen durch eine Erhöhung der strukturellen Verschuldung ist jedoch abzulehnen. Simulationen mit dem makroökonometrischen Weltwirtschaftsmodell National Institute Global Econometric Model (NiGEM) haben gezeigt, dass eine vollständige Selbstfinanzierung über zusätzliche Wachstumseffekte nicht zu erwarten ist.5

3 Investitionen und Kapitalstock im Entwicklungsprozess

Investitionsquoten sind im Entwicklungsprozess einer Volkswirtschaft – von konjunkturellen Schwankungen und Schocks abgesehen – in der Regel tendenziell rückläufig. Für Deutschland als fortgeschrittene Ökonomie ist ein fallender

Trend der Investitionsquoten bereits lange vor der deutschen Einheit zu beobachten, der sich qualitativ nur wenig von der Entwicklung nach der Einheit - abgesehen von der Normalisierung nach den einheitsbedingten Übersteigerungen – unterscheidet. Das Phänomen rückläufiger Investitionsquoten im Reifeprozess einer Volkswirtschaft ändert sich qualitativ auch nicht dann, wenn die Analyse bereichsspezifisch durchgeführt wird (z. B. Bruttoanlageinvestitionen mit/ ohne private Wohnbauten, mit/ohne Staatsinvestitionen, etc.). Internationale Vergleiche von Investitionsquoten sind dementsprechend mit großen Problemen behaftet und in ihrer Aussagekraft stark begrenzt, da die in die Analysen einbezogenen Länder in der Regel große Unterschiede in ihren Wirtschaftsstrukturen sowie im Hinblick auf ihren jeweiligen Entwicklungsstand ("Reifegrad") aufweisen. Dies gilt auch für die Länder des Euro-Währungsgebiets. Diese Entwicklungsdifferenzen kommen z.B. in Unterschieden der Kapitalproduktivität (BIP in Relation zum Kapitalstock) sowie der Kapitalintensität (Kapitalstock in Relation zur Erwerbstätigkeit) zum Ausdruck. Reifere Volkswirtschaften – mit einer bereits hohen Kapitalintensität – weisen in der Regel niedrigere Investitionsquoten auf als weniger hoch entwickelte Länder. Die Rentabilität der Investitionen in Deutschland – z. B. gemessen durch die Relation von durchschnittlicher Investitionsquote zu BIP-Wachstum – ist zudem im internationalen Vergleich sehr hoch.6

Die im zeitlichen Verlauf schwankende Investitionsquote Deutschlands vor allem für Ausrüstungen wie Maschinen wird darüber hinaus durch weitere, teils gegenläufige Faktoren bestimmt. Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene geht eine Ausweitung des Kapitalstocks durch Investitionen üblicherweise mit einer

⁵ Bundesministerium der Finanzen (2013): Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen fiskalpolitischer Impulse, in: Monatsbericht des BMF November 2013, S. 15-22.

⁶ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2013): Investitionen für mehr Wachstum – Eine Zukunftsagenda für Deutschland, in: DIW Wochenbericht Nr. 26/2013, S. 13.

INVESTITIONSSCHWÄCHE IN DEUTSCHLAND?

steigenden Beschäftigung einher. Dies resultiert aus der komplementären Beziehung beider Produktionsfaktoren. Auf der einzelwirtschaftlichen Ebene ist jedoch auch die Substitutionsbeziehung von Kapital und Arbeit von Bedeutung. So wurde als Folge der Arbeitsmarktreformen in der Agenda 2010 das heimische Arbeitsangebot ausgeweitet, was für sich genommen das Lohnwachstum dämpfte und die Substitution von Kapital durch den Faktor Arbeit begünstigte. Dies spiegelt sich in einem deutlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit wider. Die seit der europäischen Staatsschuldenkrise beobachtete deutlich angestiegene Migration nach Deutschland verstärkte diese Entwicklung zusätzlich. Ersterer Prozess ist inzwischen wohl abgeschlossen, sodass in der Zukunft auch deswegen wieder mit zunehmenden Investitionsquoten zu rechnen ist. Langfristig ist davon auszugehen, dass infolge der demografisch bedingten tendenziellen Verknappung des Faktors Arbeit in Deutschland die Kapitalintensität weiter zunehmen wird.

4 Fazit

Investitionen sind für die mittel- und längerfristigen Wachstumschancen einer Ökonomie ein entscheidender Faktor. Dies gilt sowohl für die öffentlichen als auch für die privaten Investitionen. Daher ist es wichtig,

dass die Finanz- und Wirtschaftspolitik darauf abzielt, einerseits die Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland zu verbessern. Solide Staatsfinanzen tragen zu niedrigen Zinsen und damit günstigen Finanzierungskonditionen der Unternehmen bei und schaffen so zusätzlichen Raum für private Investitionen. Da sich die Auslastung von Maschinen und Anlagen in der Industrie zuletzt wieder stabilisieren konnte, kann in den kommenden Quartalen ein Anziehen der privaten Investitionen erwartet werden. Die Wohnungsbauinvestitionen zeigen gegenwärtig eine deutlich aufwärtsgerichtete Entwicklung. Als Folge der starken internationalen Verflechtung der deutschen Industrie ist mit der Ausweitung der heimischen Investitionstätigkeit üblicherweise eine signifikante Zunahme der Importe verbunden, die wiederum dämpfend auf den deutschen Leistungsbilanzüberschuss wirkt.

Andererseits muss bei einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen stets der fiskalische Rahmen beachtet werden. Die Einhaltung der Konsolidierungsziele und Fiskalregeln ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates – auch unter Berücksichtigung der demografischen Herausforderungen der Zukunft. Dennoch priorisiert die Bundesregierung öffentliche Investitionen beispielsweise auf den Feldern Bildung, Forschung und Verkehrsinfrastruktur unter Beibehaltung solider Staatsfinanzen.

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

Reform des steuerlichen Reisekostenrechts

Konsensuales Projekt zur Vereinfachung und Entbürokratisierung

- Steuervereinfachung und Entbürokratisierung des steuerlichen Reisekostenrechts ein Reformprojekt, das erfolgreich umgesetzt werden konnte, weil alle betroffenen Anwendergruppen in die Erarbeitung des neuen Regelungskonzepts frühzeitig einbezogen wurden.
- Die Reformziele Gewährleistung von mehr Rechtssicherheit, vereinfachte Handhabung der steuerlichen Regelungen für die Anwender sowie Entlastung von Aufzeichnungs- und Nachweispflichten – werden erreicht durch ausführliche gesetzliche Definitionen sowie größtmögliche Typisierung und Pauschalierung.
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Finanzverwaltung können von dieser Reform gleichermaßen profitieren; sie müssen die dargebotenen Chancen nur nutzen.
- Interessant bleibt, inwieweit sich über die umfangreichen Hinweise und Beispiele des BMF zur Reform des steuerlichen Reisekostenrechts hinaus weitere Fragen ergeben und wie die Rechtsprechung zukünftig mit den neuen Regelungen umgehen wird.

1	Großzügige Typisierung und Pauschalierung statt kleinteiliger Kasuistik	34
2	Harmonisierung von steuerlichen und dienst-/arbeitsrechtlichen	
	Reisekostenbestimmungen	35
3	Die zentralen Änderungen des neuen steuerlichen Reisekostenrechts im Überblick	36
4	Sammelpunkt, weiträumiges Tätigkeitsgebiet und Bildungseinrichtung	37
4.1	Die neuen Verpflegungspauschalen	38
4.2	Behandlung der vom Arbeitgeber gestellten Mahlzeiten	39
4.3	Neue Pauschalbesteuerungsmöglichkeit für die vom Arbeitgeber gestellten Mahlzeiten	40
5	Weitere Änderungen der steuerlichen Reisekostenreform	40
5.1	Pauschale Kilometersätze	40
5.2	Entfernungspauschale	41
5.3	Pauschalbesteuerung von Fahrtkostenzuschüssen	41
5.4	Übernachtungskosten	
5.5	Doppelte Haushaltsführung	41
6	Fazit und Ausblick	

1 Großzügige Typisierung und Pauschalierung statt kleinteiliger Kasuistik

Die Reformierung des steuerlichen Reisekostenrechts ist eine der gesetzgeberischen Maßnahmen zur Steuervereinfachung, die das BMF in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich vorbereitet und begleitet hat.

Vor der Reformierung enthielt das Einkommensteuergesetz kein gesetzliches Gesamtkonzept zur steuerlichen Berücksichtigung von Reisekosten, sondern eine Vielzahl nebeneinander stehender gesetzlicher Regelungen mit

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

mehreren unbestimmten Rechtsbegriffen, die durch die Rechtsprechung mittels Einzelfallentscheidungen sowie daran anknüpfende Verwaltungsentscheidungen und Sonderregelungen konkretisiert wurden. Mit den zum 1. Januar 2014 in Kraft getretenen neuen steuerlichen Regelungen wurde dies geändert und das steuerliche Reisekostenrecht grundlegend vereinfacht und vereinheitlicht.

Da das steuerliche Reisekostenrecht jeden Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen betrifft, war von Anfang an klar, dass eine Reformierung dieses Rechtsgebiets nur umgesetzt werden kann, wenn die gesetzlichen Änderungen – zumindest zu einem überwiegenden Teil - die Zustimmung und Akzeptanz aller betroffenen Anwendergruppen finden. Um dies zu erreichen, wurden erstmalig Vertreter aller betroffen Gruppen bereits im Vorfeld in den Reformprozess eingebunden. Sämtliche Anregungen und Vorschläge zur Vereinfachung - auch unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs von 2005 bis 2011 - wurden zunächst gesammelt und mit Vertretern der Länder, der Ressorts, der Wirtschaft sowie den Verbänden ausführlich auf zwei speziell dafür vorgesehenen Veranstaltungen des Bundesministeriums der Finanzen vorgestellt sowie diskutiert, um darauf aufbauend ein konsensfähiges Grundkonzept der neuen gesetzlichen Regelungen zusammenzustellen.

Im Rahmen dieser Diskussionsrunden stellte sich schnell heraus, dass nicht die Erarbeitung einer grundlegend anderen Konzeption der steuerlichen Berücksichtigung von Reisekosten, sondern die Gewährleistung von mehr Rechtssicherheit, eine vereinfachte Handhabung der steuerlichen Regelungen für die Anwender sowie die Entlastung von Aufzeichnungs- und Nachweispflichten Ziel der Reform sein sollen.

Aus diesem Grund sind die neuen gesetzlichen Regelungen auch vorrangig von pragmatischen Ansätzen sowie

möglichst großzügigen Typisierungen und Pauschalierungen geprägt. An die Stelle der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe, die in jahrelanger Verwaltungs- und Rechtsprechungspraxis teilweise ständig wechselnd beantwortet wurden, treten nun ausführliche gesetzliche Definitionen, und wo immer rechtlich möglich, wird auf ein vernünftiges Zusammenspiel von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verwaltung gesetzt. Auch wenn dabei nicht in allen Fällen der alte Besitzstand erhalten werden konnte, sind die vielen Vereinfachungen und Verbesserungen einerseits ebenso wie die kleinen Verschärfungen andererseits so platziert, dass in der Gesamtheit letztlich alle Beteiligten von den neuen Regelungen profitieren.

2 Harmonisierung von steuerlichen und dienst-/ arbeitsrechtlichen Reisekostenbestimmungen

Die ab 1. Januar 2014 anzuwendenden neuen gesetzlichen Regelungen zum steuerlichen Reisekostenrecht sind maßgeblich für:

- die Höhe der steuerfreien Erstattung von Reisekosten durch den Arbeitgeber,
- die Berücksichtigung von Reisekosten als Werbungskosten bei der Einkommensteuerveranlagung,
- die Berücksichtigung eines Freibetrags z. B. für Verpflegungspauschalen oder eine doppelte Haushaltsführung bei den Lohnsteuerabzugsmerkmalen (ELStAM).

Insoweit wirkt sich das steuerliche Reisekostenrecht mittelbar auch auf die nach den dienstoder arbeitsrechtlichen Bestimmungen vorzunehmenden Reisekostenabrechnungen aus. Die nach den dienst- oder arbeitsrecht-

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

lichen Bestimmungen zu ermittelnden Erstattungen von Reisekosten durch den Arbeitgeber können sowohl nach unten als auch nach oben von den steuerlichen Regelungen abweichen.

Das Steuerrecht gibt also nur den Rahmen der maximal steuerfrei bleibenden Erstattungsbeträge beziehungsweise der in der Einkommensteuerveranlagung als Werbungskosten noch geltend zu machenden Differenzbeträge vor.

Sofern die Abweichungen zwischen den dienst-/arbeitsrechtlichen und den steuerlichen Regelungen gering gehalten werden sollen, sollten die bisherigen betrieblichen Reisekostenregeln geprüft und gegebenenfalls an die ab 2014 geltenden neuen steuerlichen Reisekostenregeln angeglichen werden.

Aber auch wenn die dienst-/arbeitsrechtlichen Regelungen nicht geändert werden sollen (z. B. aus Kostengründen), sind bestimmte Prüfungen und Anpassungen in jedem Unternehmen durchzuführen, so z. B. Prüfung der hauseigenen Reisekostenordnungen oder einzelvertragliche Reisekostenordnungen oder einzelvertragliche Reisekostenregelungen, um mögliche Abweichungen von den neuen steuerlichen Regelungen und deren künftig zutreffende steuerliche Behandlung zu kennen, Prüfung und Aktualisierung von Programmen zur Reisekostenabrechnung und/oder Formularen zu den Dienstreiseabrechnungen etc.

Zur Ermittlung der steuerfreien Erstattung von Reisekosten dürfen die einzelnen Aufwendungsarten zusammengefasst werden; die Erstattungen des Arbeitgebers können steuerfrei bleiben, soweit sie die Summe der zulässigen steuerlich zu berücksichtigenden Beträge nicht übersteigen. Hierbei können mehrere Reisen zusammengefasst abgerechnet werden. Dies gilt sinngemäß für Mehraufwendungen bei einer doppelten Haushaltsführung.

3 Die zentralen Änderungen des neuen steuerlichen Reisekostenrechts im Überblick

Zwei ganz zentrale Änderungen enthält die Reform des steuerlichen Reisekostenrechts, die erstmalige gesetzliche Definition der sogenannten "ersten Tätigkeitsstätte" sowie die Neuregelung der steuerlichen Verpflegungspauschalen einschließlich der Mahlzeitengestellung durch den Arbeitgeber. Weitere Vereinfachungen finden sich darüber hinaus im Bereich der Fahrtkostenberücksichtigung, der doppelten Haushaltsführung sowie der Pauschalbesteuerungsmöglichkeiten.

Die gesetzliche Definition "erste Tätigkeitsstätte"

Einer der zentralen Punkte der ab dem 1. Januar 2014 geltenden Neuregelungen ist die ausführliche gesetzliche Definition der "ersten Tätigkeitsstätte", die an die Stelle der bisherigen regelmäßigen Arbeitsstätte getreten ist.

Ein Arbeitnehmer kann je Dienstverhältnis höchstens noch eine "erste Tätigkeitsstätte", gegebenenfalls aber auch keine erste, sondern nur auswärtige Tätigkeitsstätten haben.

Ein Arbeitnehmer mit mehreren Dienstverhältnissen kann demgegenüber auch mehrere "erste Tätigkeitsstätten" haben (pro Dienstverhältnis jedoch höchstens eine).

Die Bestimmung der "ersten Tätigkeitsstätte" erfolgt vorrangig anhand der dienst- oder arbeitsrechtlichen Festlegungen durch den Arbeitgeber. Sind solche Festlegungen nicht vorhanden oder nicht eindeutig, werden zukünftig hilfsweise die im Gesetz festgelegten quantitativen Kriterien herangezogen. Voraussetzung ist zudem in allen Fällen, dass

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

der Arbeitnehmer an der Tätigkeitsstätte dauerhaft tätig werden soll.

Für die Praxis ergibt sich somit folgendes Prüfungsschema:

- tätig werden an einer Tätigkeitsstätte, d. h. an einer
 - ortsfesten betrieblichen Einrichtung des
 - Arbeitgebers,
 - verbundenen Unternehmens
 - oder Dritten (Kunden).
- Dauerhaftigkeit (Prognose), d. h.
 - unbefristet (= "bis auf Weiteres"),
 - für mehr als 48 Monate oder
 - für die gesamte Dauer (auch wenn < 48 Monate) eines befristeten Dienstverhältnisses.
- Zuordnung zu einer T\u00e4tigkeitsst\u00e4tte durch Arbeitgeber
 - anhand arbeits-/dienstrechtlicher
 Festlegungen oder
 - auf der Grundlage quantitativer Kriterien/Zeitkriterien.

Im Ergebnis konzentriert sich die Prüfung, ob eine "erste Tätigkeitsstätte" vorliegt, somit auf folgende Fragen:

- Soll der Arbeitnehmer an einer oder mehreren T\u00e4tigkeitsst\u00e4tten dauerhaft t\u00e4tig werden?
- 2. Hat der Arbeitgeber eine dieser Tätigkeitsstätten arbeits-/dienstrechtlich als "erste Tätigkeitsstätte" festgelegt?

3. Wenn nicht, soll der Arbeitnehmer dauerhaft an einer oder mehreren Tätigkeitsstätten arbeitstäglich, zwei volle Arbeitstage je Arbeitswoche oder mindestens ein Drittel seiner vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit tätig werden?

Dabei ist zu beachten: Soll der Arbeitnehmer an einer Tätigkeitsstätte arbeitstäglich, aber weniger als ein Drittel der vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit tätig werden, dann führt dies nur zu einer "ersten Tätigkeitsstätte", wenn der Arbeitnehmer dort typischerweise arbeitstäglich seine eigentliche berufliche Tätigkeit und nicht nur Vorbereitungs-, Hilfs- oder Nebentätigkeiten (Rüstzeiten, Abholung oder Abgabe von Kundendienstfahrzeug, Material, Auftragsbestätigungen, Stundenzetteln, Krankmeldungen, Urlaubsanträgen oder Ähnlichem) durchführen soll.

4. Erfüllen mehrere Tätigkeitsstätten diese Voraussetzungen und hat der Arbeitgeber nichts weiter bestimmt: Welche liegt am nächsten zur Wohnung des Arbeitnehmers?

Eine Zuordnungsentscheidung des Arbeitgebers mittels dienst- oder arbeitsrechtlicher Festlegung ist somit vor allem dann erforderlich, wenn der Arbeitgeber die "erste Tätigkeitsstätte" abweichend von den gesetzlich festgelegten quantitativen Zuordnungskriterien festlegen will.

4 Sammelpunkt, weiträumiges Tätigkeitsgebiet und Bildungseinrichtung

Wenn keine "erste Tätigkeitsstätte" vorliegt, der Arbeitgeber aber festgelegt hat, dass der Arbeitnehmer sich dauerhaft typischerweise arbeitstäglich an einem festgelegten Ort einfinden soll, um von dort seine Einsatzorte aufzusuchen oder von dort seine berufliche Tätigkeit aufzunehmen – sogenannter

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

Sammelpunkt – (z. B. Treffpunkt für einen betrieblichen Sammeltransport, das Busdepot, der Fährhafen) oder der Arbeitnehmer seine berufliche Tätigkeit dauerhaft arbeitstäglich in einem weiträumigen Tätigkeitsgebiet ausüben soll, ist zu beachten, dass die Fahrten des Arbeitnehmers von der Wohnung zu diesem vom Arbeitgeber festgelegten Ort beziehungsweise Tätigkeitsgebiet nunmehr wie die Fahrten zu einer "ersten Tätigkeitsstätte" behandelt werden, d. h. für diese Fahrten dürfen Fahrtkosten nur mit der Entfernungspauschale angesetzt werden beziehungsweise ist im Fall der Dienstwagennutzung für diese Fahrten ein geldwerter Vorteil zu erfassen.

Auf die Berücksichtigung von Verpflegungspauschalen oder Übernachtungskosten als Werbungskosten oder den steuerfreien Arbeitgeberersatz hat diese Festlegung hingegen keinen Einfluss.

Ein weiträumiges Tätigkeitsgebiet liegt in Abgrenzung zur "ersten Tätigkeitsstätte" vor, wenn die vertraglich vereinbarte Arbeitsleistung auf einer festgelegten Fläche und nicht innerhalb einer ortsfesten betrieblichen Einrichtung ausgeübt werden soll. In einem weiträumigen Tätigkeitsgebiet werden in der Regel z. B. Zusteller, Hafenarbeiter und Forstarbeiter tätig.

Hingegen sind z. B. Bezirksleiter und Vertriebsmitarbeiter, die verschiedene Niederlassungen betreuen, oder mobile Pflegekräfte, die verschiedene Personen in deren Wohnungen in einem festgelegten Gebiet betreuen, sowie Schornsteinfeger von dieser Regelung nicht betroffen.

Als "erste Tätigkeitsstätte" wird auch eine Bildungseinrichtung behandelt, die außerhalb eines Dienstverhältnisses zum Zwecke eines Vollzeitstudiums oder einer vollzeitigen Bildungsmaßnahme aufgesucht wird.

4.1 Die neuen Verpflegungspauschalen

Wichtige Neuerungen ergeben sich darüber hinaus vor allem im Bereich der steuerlichen Berücksichtigung von Verpflegungsmehraufwendungen. So gibt es ab 2014 nur noch zwei verschiedene Verpflegungspauschalen statt der bisherigen dreistufigen Staffelung, und bei den gesetzlichen Voraussetzungen wurde teilweise auf die Festsetzung von Mindestabwesenheitszeiten verzichtet.

Im **Inland** gilt Folgendes:

- Eintägige Auswärtstätigkeiten:
 - bei Abwesenheit von mehr als acht Stunden: Pauschbetrag von 12 €. Diese Pauschale gilt auch für berufliche Tätigkeiten von mehr als acht Stunden über Nacht ohne Übernachtung.
- Mehrtägige Auswärtstätigkeiten mit Übernachtung:
 - am An- und Abreisetag ohne
 Prüfung einer Mindestabwesenheit:
 Pauschbetrag von jeweils 12 € und
 - für "Zwischentage" (Abwesenheit 24 Stunden) jeweils 24 €.

Für das **Ausland** wird dies entsprechend umgesetzt: Es gelten länderweise unterschiedliche Pauschbeträge in Höhe von 80 % beziehungsweise 120 % des jeweils höchsten Auslandstagegeldes nach dem Bundesreisekostengesetz.

Außerdem wird die Berechnung der sogenannten Dreimonatsfrist (d. h. die Begrenzung der Abzugsfähigkeit der Verpflegungspauschalen auf drei Monate bei

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

einer Tätigkeit an derselben Tätigkeitsstätte) praktikabler ausgestaltet. Maßgeblich für einen Neubeginn der Dreimonatsfrist ist nunmehr allein eine zeitliche Unterbrechung von vier Wochen, unabhängig vom Anlass der Unterbrechung.

4.2 Behandlung der vom Arbeitgeber gestellten Mahlzeiten

Im Zusammenhang mit den Vereinfachungen bei den steuerlichen Verpflegungspauschalen hat der Gesetzgeber auch die Behandlung der vom Arbeitgeber anlässlich einer Auswärtstätigkeit (oder doppelten Haushaltsführung) gestellten Mahlzeiten neu strukturiert und damit die vielen unterschiedlichen Behandlungen durch folgende einheitliche Verfahrensweisen ersetzt:

- Eine klare und für die Betroffenen günstige Bewertungsregelung wurde festgelegt, wonach "übliche" Mahlzeiten (laut Gesetz sind dies Mahlzeiten mit einem Preis bis 60 € inklusive Getränke und Umsatzsteuer), die der Arbeitgeber oder auf seine Veranlassung ein Dritter dem Arbeitnehmer anlässlich einer auswärtigen Tätigkeit (oder im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung) zur Verfügung stellt, einheitlich mit den amtlichen Sachbezugswerten erfasst werden, sofern sie der Besteuerung zu unterwerfen sind. Dies ist der Fall bei einer eintägigen Auswärtstätigkeit mit einer nicht nachgewiesenen Abwesenheit von mehr als acht Stunden oder nach Ablauf der Dreimonatsfrist. Die Gestellung einer Mahlzeit ist dann regelmäßig als Arbeitslohn zu erfassen.
- Könnte der Arbeitnehmer für die auswärtige Tätigkeit (oder im Rahmen der doppelten Haushaltsführung) grundsätzlich eine steuerliche Verpflegungspauschale beanspruchen,

ordnet das Gesetz an, dass die Besteuerung der Mahlzeit unterbleibt (d. h. der Ansatz eines Sachbezugs ist steuerlich nicht mehr zulässig). Ein Anspruch auf Verpflegungspauschale besteht dem Grunde nach, wenn der Arbeitnehmer anlässlich einer beruflich veranlassten Auswärtstätigkeit oder doppelten Haushaltsführung innerhalb der Dreimonatsfrist nachweislich mehr als acht Stunden von seiner Wohnung und der "ersten Tätigkeitsstätte" abwesend ist oder eine mehrtägige Auswärtstätigkeit mit Übernachtung vorliegt.

Gleichzeitig wurde gesetzlich ausdrücklich festgelegt, dass die steuerlichen Verpflegungspauschalen nur noch insoweit beansprucht werden können, als davon ausgegangen werden kann, dass dem Arbeitnehmer tatsächlich überhaupt Mehraufwand für Verpflegung entstanden ist. Im Ergebnis bedeutet dies: Wird dem Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber oder auf dessen Veranlassung von einem Dritten unentgeltlich eine Mahlzeit zur Verfügung gestellt, können die steuerlichen Verpflegungspauschalen für diese nicht mehr beansprucht werden, sondern nur noch für die nicht vom Arbeitgeber gestellten Mahlzeiten. Dazu ist im Gesetz eine typisierende Kürzung der steuerlichen Verpflegungspauschalen festgelegt.

Die gesetzlich angeordnete, typisierte Kürzung der steuerlichen Verpflegungspauschale beträgt 20 % für ein Frühstück und jeweils 40 % für ein Mittagund Abendessen der für eine 24-stündige Abwesenheit geltenden höchsten Verpflegungspauschale, tageweise maximal bis auf 0 €.

Ohne diese Kürzungsregelung würde der Arbeitnehmer doppelt begünstigt, einerseits durch eine kostenlose Verpflegung und andererseits durch zusätzliche steuerfreie Zahlungen vom Arbeitgeber. Typischer Beispielsfall ist das Frühstück bei einem

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

beruflich veranlassten Hotelaufenthalt, welches vom Arbeitgeber ebenfalls bezahlt wird. Dem Arbeitnehmer entstehen in diesem Fall für das Frühstück tatsächlich keine Mehraufwendungen, die Verpflegungspauschale ist daher zu kürzen.

Hat der Arbeitnehmer eine Mahlzeit gestellt bekommen und entrichtet er für die Mahlzeit ein Entgelt, wird dieses Entgelt

- bei einer üblichen Mahlzeit im Rahmen einer Auswärtstätigkeit auf den Betrag der gesetzlichen Kürzung der Verpflegungspauschalen angerechnet, sogenannte Kürzung der Kürzung,
- bei einer üblichen Mahlzeit außerhalb einer Auswärtstätigkeit, z. B. Verköstigung in der Kantine an einem normalen Arbeitstag, auf den mit dem amtlichen Sachbezugswert anzusetzenden geldwerten Vorteil angerechnet und mindert so den zu versteuernden Betrag,
- bei einer unüblichen Mahlzeit im Wert von über 60 € auf den tatsächlichen Preis angerechnet und mindert so den individuell zu versteuernden geldwerten Vorteil.

4.3 Neue Pauschalbesteuerungsmöglichkeit für die vom Arbeitgeber gestellten Mahlzeiten

Zur Entlastung der Unternehmen hat der Gesetzgeber zudem noch eine neue Pauschalbesteuerungsmöglichkeit mit 25 % (und sozialversicherungsfrei) geschaffen, und zwar für die Besteuerung von üblichen Mahlzeiten, die vom Arbeitgeber oder auf seine Veranlassung von einem Dritten anlässlich einer auswärtigen Tätigkeit unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Diese kommt immer dann in Betracht, wenn eine Besteuerung der gestellten üblichen Mahlzeiten vorzunehmen ist, d. h. wenn

- die Mindestabwesenheitszeit bei einer eintägigen Auswärtstätigkeit nicht eingehalten wird,
- die Dreimonatsfrist abgelaufen ist oder
- der Arbeitgeber die Einhaltung der Mindestabwesenheitszeiten nicht nachhält oder aufzeichnet.

5 Weitere Änderungen der steuerlichen Reisekostenreform

Die steuerliche Reisekostenreform sieht neben den großen Themenblöcken "erste Tätigkeitsstätte" und "Verpflegungspauschalen/ Mahlzeitengestellung" noch eine Reihe weiterer Neuregelungen vor. Die wichtigsten hiervon sind:

5.1 Pauschale Kilometersätze

Erstmals sind für Fahrtkosten bei Auswärtstätigkeiten pauschale Kilometersätze unmittelbar im Gesetz geregelt. Nach der gesetzlichen Regelung entsprechen die steuerlichen pauschalen Kilometersätze dabei den pauschalen Kilometersätzen, die im Bundesreisekostengesetz (BRKG) für das jeweils benutzte Beförderungsmittel als höchste Wegstreckenentschädigung vorgesehen sind. Pauschale Kilometersätze sind in § 5 BRKG enthalten und betragen:

- für die Benutzung eines Kraftwagens,z. B. Pkw, 0,30 €
- für jedes andere motorbetriebene
 Fahrzeug 0,20 €

je gefahrenem Kilometer.

Weitere Kilometerpauschalen enthält das BRKG nicht. Ab dem 1. Januar 2014 gibt es somit nur noch diese zwei pauschalen Kilometersätze. Für Fahrradnutzung oder die Mitnahme von anderen Personen gibt es hingegen keine pauschalen Kilometersätze mehr.

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

5.2 Entfernungspauschale

Die Regeln zur Ermittlung der Entfernungspauschale bleiben durch die steuerliche Reisekostenreform unberührt. Allerdings gibt es neue Fälle, in denen die Entfernungspauschale entsprechend angewendet wird, nämlich die Fahrten zu einem sogenannten Sammelpunkt und zum nächstgelegenen Zugang eines weiträumigen Tätigkeitsgebiets.

5.3 Pauschalbesteuerung von Fahrtkostenzuschüssen

Der Arbeitgeber kann neben den Fahrten zwischen Wohnung und "erster Tätigkeitsstätte" auch für Fahrten zwischen Wohnung und Sammelpunkt oder Fahrten zwischen Wohnung und nächstgelegenem Zugang eines weiträumigen Tätigkeitsgebiets Sachbezüge oder Fahrtkostenzuschüsse pauschal mit 15 % besteuern.

5.4 Übernachtungskosten

Ebenfalls erstmals im Gesetz finden sich Regelungen zu den notwendigen Mehraufwendungen für beruflich veranlasste Übernachtungen anlässlich einer beruflichen Auswärtstätigkeit. Grundsätzlich sind – bis zu einer Dauer der Auswärtstätigkeit von 48 Monaten – die tatsächlichen Kosten für die persönliche Übernachtung des Arbeitnehmers in der Unterkunft anzusetzen. Nimmt der Arbeitnehmer auf der beruflichen Auswärtstätigkeit eine private Begleitperson mit, so ist nur der Betrag steuerlich berücksichtigungsfähig, der bei alleiniger Nutzung der Unterkunft durch den Arbeitnehmer als Übernachtungskosten angefallen wäre. Bei Mitnutzung eines Mehrbettzimmers (z. B. Doppelzimmer) durch private Begleitpersonen können die Aufwendungen angesetzt werden, die bei Inanspruchnahme eines Einzelzimmers in derselben Unterkunft entstanden wären.

Sind Kosten einer Mahlzeit im Übernachtungspreis enthalten, z. B. Übernachtung inklusive Frühstück, werden beide Kostenteile steuerlich

getrennt behandelt. Kosten für Mahlzeiten sind ausschließlich nach den Regeln für Verpflegungsmehraufwendungen zu berücksichtigen. Enthält eine Rechnung einen entsprechenden Gesamtpreis, ohne dass die einzelnen Leistungselemente betragsmäßig ausgewiesen sind oder sich der Preis für die Verpflegung feststellen lässt, kann der Betrag der Unterkunftskosten im Schätzungswege ermittelt werden (z. B. über eine pauschale Kürzung des Übernachtungspreises).

Dauert eine Auswärtstätigkeit mehr als 48 Monate (längerfristig), werden die steuerlich ansetzbaren Übernachtungskosten im Inland auf 1000 € im Monat gedeckelt. Die Berechnung der 48-Monats-Frist entspricht der Berechnung der Dreimonatsfrist; allerdings führt erst eine Unterbrechung von sechs Monaten zum Neubeginn des Fristlaufs. Pauschalbeträge für Übernachtungen im Inund Ausland gelten unverändert.

5.5 Doppelte Haushaltsführung

Die Übernachtungskosten – einschließlich aller Nebenkosten – im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung im Inland sind ab dem 1. Januar 2014 in tatsächlicher Höhe, begrenzt auf 1000 € monatlich, steuerlich berücksichtigungsfähig.

Dieser Betrag umfasst sämtliche für die Unterkunft beziehungsweise Wohnung entstehenden Aufwendungen, die vom Arbeitnehmer selbst getragen werden, wie z. B. Miete inklusive Betriebskosten, Aufwendungen für eine möblierte Unterkunft, Hotelkosten, Aufwendungen für Sondernutzung (wie Garten etc.), Kosten der laufenden Reinigung und Pflege der Zweitunterkunft oder -wohnung, Absetzung für Abnutzung (AfA) für notwendige Einrichtungsgegenstände (ohne Arbeitsmittel), Zweitwohnungsteuer, Rundfunkbeitrag, auch Miet- oder Pachtgebühren für Kfz-Stellplätze oder Tiefgaragenplätze.

Die 1000 € sind ein Monatsbetrag, der nicht auf Kalendertage umzurechnen ist. Das bedeutet,

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

auch wenn eine doppelte Haushaltsführung erst im Laufe des Monats beginnt, können bis zu 1000 € Unterkunftskosten in diesem Monat berücksichtigt werden. Soweit der monatliche Höchstbetrag von 1000 € nicht ausgeschöpft wird, lässt die Finanzverwaltung aus Vereinfachungsgründen sogar eine Übertragung des nicht ausgeschöpften Volumens in andere Monate des Bestehens der doppelten Haushaltsführung im selben Kalenderjahr zu. Erhält der Arbeitnehmer Erstattungen, z. B. für Nebenkosten, mindern diese Erstattungen im Zeitpunkt des Zuflusses die Unterkunftskosten der doppelten Haushaltsführung.

Wie bisher setzt eine doppelte Haushaltsführung das Vorliegen eines eigenen Hausstands des Arbeitnehmers außerhalb des Ortes der "ersten Tätigkeitsstätte" voraus. Für das Vorliegen eines eigenen Hausstands enthält das Gesetz nun allerdings folgende ausdrücklichen Voraussetzungen:

- Wohnung aus eigenem Recht, d. h. als Mieter oder Eigentümer oder aus abgeleitetem Recht als Ehegatte, Lebenspartner oder Mitbewohner einer Familie oder einer Wohngemeinschaft und
- finanzielle Beteiligung an den Kosten der Lebensführung in dieser Wohnung.

Unentgeltliches Mitbewohnen oder Mitbewohnen gegen persönliche Hilfeleistungen genügen demzufolge zukünftig nicht mehr, auch wenn der Mittelpunkt der Lebensinteressen des Arbeitnehmers an diesem Ort liegt. Bei Arbeitnehmern mit der Steuerklasse III, IV und V kann ohne weitere Nachweise unterstellt werden, dass sie eine Wohnung aus eigenem oder abgeleitetem Recht bewohnen und einen ausreichenden finanziellen Beitrag leisten.

Des Weiteren setzt die doppelte Haushaltsführung voraus, dass die Zweitwohnung sich am Ort der "ersten Tätigkeitsstätte"

befindet. Aus Vereinfachungsgründen kann zukünftig auch dann noch von einer Zweitwohnung am Ort der "ersten Tätigkeitsstätte" ausgegangen werden, wenn der Weg von der Zweitwohnung zur "ersten Tätigkeitsstätte" weniger als die Hälfte der Entfernung der kürzesten Straßenverbindung zwischen der Hauptwohnung (Mittelpunkt der Lebensinteressen) und der "ersten Tätigkeitsstätte" beträgt.

6 Fazit und Ausblick

Die gesetzliche Definition der neuen "ersten Tätigkeitsstätte" ist der Dreh- und Angelpunkt der Reform des steuerlichen Reisekostenrechts. Zum Ersten wird bereits durch die Entscheidung, je Arbeitsverhältnis höchstens noch von einer "ersten Tätigkeitsstätte" auszugehen, ein Großteil der Streitfälle mit mehreren beruflichen Tätigkeitsstätten gelöst. Zum Zweiten haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die nun maßgebliche dienst-/ arbeitsrechtliche Festlegung der "ersten Tätigkeitsstätte" eine starke Selbstbestimmtheit und Verantwortung erlangt. Aber auch die erstmalige gesetzliche Beschreibung des Begriffs "dauerhaft" sowie die Auffangregelung (einschließlich Meistbegünstigungsregelung) für all diejenigen, die diese selbstbestimmte dienst-/arbeitsrechtliche Bestimmung der "ersten Tätigkeitsstätte" scheuen oder sie versäumt haben, sind ganz wichtige Punkte. Für das Gros der Fälle wird sich bereits über das Merkmal der Dauerhaftigkeit oder die neuen quantitativen Kriterien die Frage, ob eine "erste Tätigkeitsstätte" vorliegt oder nicht, einfach und schnell klären lassen.

Darüber hinaus enthalten aber auch die Änderungen bei den Verpflegungspauschalen sowie der Verzicht auf die Besteuerung der vom Arbeitgeber gestellten Verpflegung anlässlich der auswärtigen Tätigkeiten und die gesetzlich angeordnete typisierte Kürzung der steuerlichen Verpflegungspauschalen ein deutliches Vereinfachungspotenzial.

REFORM DES STEUERLICHEN REISEKOSTENRECHTS

Entlasten diese Neuerungen im Ergebnis doch eine große Anzahl von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Finanzbeamten von vielen, im Massenverfahren Lohnsteuer mühevollen Detail- und Bewertungsfragen.

Auch wenn alle Änderungen zu Beginn für viele einen mehr oder weniger umfangreichen Umstellungsaufwand mit sich bringen, ist das steuerliche Reisekostenrecht für die Praxis doch in wesentlichen Punkten verlässlicher und leichter handhabbar geworden. Es ist zu hoffen, dass alle Betroffenen rasch mit den reformierten steuerlichen Regelungen umzugehen lernen und die eingeräumten

Typisierungen und Pauschalierungen bald hinreichend schätzen werden. Im Ergebnis können Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Finanzverwaltung von dieser Reform gleichermaßen profitieren, sie müssen nur die dargebotenen Chancen auch nutzen.

Interessant bleibt, inwieweit sich über die umfangreichen Hinweise und Beispiele im Einführungsschreiben des Bundesministeriums der Finanzen zur Reform des steuerlichen Reisekostenrechts hinaus weitere Fragen ergeben und wie die Rechtsprechung zukünftig mit den neuen Regelungen umgehen wird.

LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Zwischenaktualisierung zu Beginn der neuen Legislaturperiode

- Das BMF informiert die Öffentlichkeit seit 2005 regelmäßig über die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und lässt zu diesem Zweck Tragfähigkeitsanalysen von externen Wissenschaftlern erstellen.
- Untersuchungsgegenstand dieser Analysen ist die Frage, ob in Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik vor dem Hintergrund des demografischen Wandels politischer Handlungsbedarf besteht, um den Anstieg der Staatsverschuldung aufzuhalten beziehungsweise umzukehren.
- Aktuell liegen Ergebnisse einer Zwischenaktualisierung mit dem Basisjahr 2012 vor. In Deutschland liegt die Tragfähigkeitslücke gegenwärtig in einer Spannbreite von 0,6 % bis 3,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Ergebnisse belegen damit, dass sich für die langfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung nennenswerte Risiken abzeichnen, die ab 2025 deutlich sichtbar werden.
- Bisher wirksame Reformen und der wachstumsorientierte Konsolidierungskurs der letzten Jahre mit der Einhaltung aller Fiskalregeln haben Deutschland dem Ziel der Tragfähigkeit näher gebracht. Die Berechnungen zeigen auch, mithilfe welcher Stellschrauben diese Entwicklung für die Zukunft sichergestellt werden kann.

1	Hintergrund	44
	Aktualisierte Modellrechnungen	
	Methodik	
2.2	Annahmen für die Basisvarianten	47
2.3	Ergebnisse	49
	Schlussfolgerungen	53

1 Hintergrund

Um nicht nur gegenwärtige Herausforderungen, sondern auch langfristige finanzpolitische Risiken wie den demografischen Wandel eng im Blick zu haben, erstattet das BMF seit 2005 einmal pro Legislaturperiode Bericht über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Wesentlicher Bestandteil des Berichts sind Tragfähigkeitsberechnungen, die von externen Wissenschaftlern durchgeführt werden. Diese simulieren die Entwicklung der öffentlichen Finanzen bis derzeit 2060

unter der Annahme einer Fortführung der den Berechnungen zugrunde liegenden Politik und zeigen möglichen Handlungsbedarf auf. Zugleich verdeutlichen sie anhand von Alternativvarianten, welche Faktoren bei der Sicherung langfristig tragfähiger Finanzen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine besonders bedeutsame Rolle spielen. In der Regel orientiert sich der Berichtsturnus an der Veröffentlichung neuer amtlicher Bevölkerungsvorausberechnungen, damit stets aktuelle Demografieprojektionen in die Berechnungen aufgenommen werden können. Der aktuelle dritte Tragfähigkeitsbericht des

LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

BMF legt die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder zugrunde und wurde im Herbst 2011 veröffentlicht.

Aufgrund der Durchführung des Zensus 2011 in Deutschland, des laufenden Auswertungsprozesses und der dadurch entstehenden Anpassungsbedürfnisse in der Bevölkerungsstatistik liegen derzeit noch keine Ergebnisse einer neuen amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung vor. Um den zeitlichen Abstand zwischen seinen fiskalischen Tragfähigkeitsanalysen nicht zu groß werden zu lassen, hat das BMF im vergangenen Jahr deshalb eine Zwischenaktualisierung der Tragfähigkeitsberechnungen in Auftrag gegeben. Deren Ergebnisse liegen nun vor und werden hier zusammengefasst vorgestellt. Erstellt wurde die Aktualisierung von Prof. Dr. Martin Werding, Ruhr-Universität Bochum, in Kooperation mit dem ifo Institut München. Im Fokus der Analyse standen die Auswirkungen des Konsolidierungskurses der vergangenen Jahre, der eingeführten Fiskalregeln sowie der aktuellen Zuwanderungswelle auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Auch wurden methodische Weiterentwicklungen vorangetrieben, wie z.B. die Entwicklung mittelfristiger Tragfähigkeitsindikatoren, um die Methodendiskussion auch auf europäischer Ebene aktiv zu begleiten.

Somit handelt es sich bei der gegenwärtigen Aktualisierung um eine Momentaufnahme zu Beginn der neuen Legislaturperiode.
Der vierte Tragfähigkeitsbericht wird voraussichtlich im Jahr 2015 erstellt und publiziert werden, wenn die Ergebnisse neuer amtlicher Bevölkerungsvorausberechnungen vorliegen und sich zudem die Auswirkungen gegenwärtig geplanter Maßnahmen in die Projektionen einbeziehen lassen. Insgesamt ist wahrscheinlich, dass die Umsetzung einiger Maßnahmen die zukünftigen Ausgaben relativ zur vorliegenden Projektion erhöhen wird.

2 Aktualisierte Modellrechnungen

2.1 Methodik

In ihren Grundzügen entspricht die Methodik der Aktualisierungsrechnungen der Methodik der Berechnungen für den dritten Tragfähigkeitsbericht.¹ Allerdings lassen sich die Ergebnisse aufgrund einiger Faktoren nicht direkt mit denen des dritten Tragfähigkeitsberichts vergleichen. So fand diesmal bei der Bestimmung der künftigen demografischen Entwicklung ein vom Autor der Studie eigens entwickeltes Bevölkerungsmodell Anwendung, das erste Ergebnisse des Zensus 2011 bereits berücksichtigt. Zudem wurden einige Datengrundlagen verändert und einzelne Fortschreibungskomponenten verfeinert, sodass sich die Ausgabenentwicklungen in den altersabhängigen Ausgabenzweigen detaillierter als bisher modellieren ließen. Darüber hinaus wurde der Analyseumfang erweitert, sodass erstmals auch die Beihilfeausgaben für Beamte und anspruchsberechtigte Familienangehörige einbezogen werden konnten.

Ausgangsjahr der Aktualisierungsrechnung ist das Jahr 2012, da hierfür bei der Durchführung der Berechnungen für die meisten relevanten Größen bereits Ist-Daten oder zumindest verlässliche Schätzwerte vorlagen. Berücksichtigt wurden außerdem einschlägige Eckdaten der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung (Herbst 2013) mit dem Endjahr 2018. Die Langfristprojektionen erstrecken sich im Anschluss über einen Horizont bis 2060. Alle Berechnungen wurden zunächst durchgeführt unter der Annahme,

¹ Vergleiche hierzu auch Werding/Hener (2011): Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Modellrechnungen bis 2060, ifo Forschungsbericht Nr. 53.

LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

dass die Politik gemäß dem Rechtsstand vom 1. Januar 2013 unverändert bis 2060 fortgeführt wird. Die in Deutschland geltenden Fiskalregeln (Schuldenbremse, Mittelfristziel) wurden dabei zunächst nicht berücksichtigt, um Handlungsbedarf offenzulegen.

In einem ersten Schritt wurden Hintergrundprojektionen der langfristigen Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und sonstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erstellt. Um zu verdeutlichen, dass bei einem derart langen Projektionshorizont erhebliche Unsicherheiten über künftige Entwicklungen bestehen, wurden dabei zwei Basisvarianten konzipiert. Die Annahmen der Variante "T+" sind hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durchgängig von einem leichten Optimismus getragen, die Annahmen der Variante "T-" durchgängig von einem leichten Pessimismus. So wurden beispielsweise in der Variante "T+" höhere künftige Geburtenraten, eine niedrigere Arbeitslosigkeit und eine höhere Arbeitsproduktivität unterstellt als in der Variante "T-" (zu den Annahmen im Einzelnen siehe Abschnitt 2.2 und Tabelle 1).

In einem zweiten Schritt wurden auf Grundlage der getroffenen Annahmen im Bereich Demografie, Arbeitsmarkt und sonstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung gesamtstaatliche Projektionen über die künftige Entwicklung einzelner altersabhängiger Ausgabenzweige erstellt. Im Einzelnen fortgeschrieben wurden dabei die folgenden Ausgabenbereiche:

- gesetzliche Rentenversicherung und Beamtenversorgung
- gesetzliche Krankenversicherung, Beihilfe für Beamte und ihre Angehörigen und soziale Pflegeversicherung
- Leistungen an Arbeitslose (Arbeitslosenversicherung, sonstige Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA),
 Grundsicherung für Arbeitsuchende)
- Ausgaben für Bildung und Kinderbetreuung
- Ausgaben für den Familienleistungsausgleich (Kindergeld und Kinderfreibeträge) und für das Elterngeld

Anschließend wurden die Einzelergebnisse miteinander verrechnet und die gesamtstaatliche Haushaltsentwicklung bis 2060 projiziert. Dabei wurden sonstige Ausgabensowie Einnahmenquoten in Relation zur BIP-Entwicklung konstant gehalten. Zur Einschätzung etwaiger Tragfähigkeitsrisiken wurden Tragfähigkeitslücken ermittelt sowie Sensitivitätsanalysen und Politikvarianten durchgeführt.

Tabelle 1: Übersicht über wesentliche Annahmen zur langfristigen Entwicklung in den Bereichen Demografie, Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft

	Optimistische Basisvariante "T+"	Pessimistische Basisvariante "T-"
Domografia	Zusammengefasste Geburtenziffer steigt bis 2025 auf	Zusammengefasste Geburtenziffer liegt konstant bei
Demografie	1,6 Kinder je Frau an und bleibt anschließend konstant	knapp 1,4 Kindern je Frau
	Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt auf 89,2 Jahre	Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt auf 91,2 Jahre
	(Frauen) bzw. 85,0 Jahre (Männer) bis 2060	(Frauen) bzw. 87,7 Jahre (Männer) bis 2060
	Stabilisierung der Nettozuwanderung auf 200 000 Personen	Nettozuwanderung liegt ab 2015 konstant bei
	im Jahr ab 2015	100 000 Personen im Jahr
Arbeitsmarkt	Weiterer Anstieg des durchschnittlichen Zugangsalters für	Weiterer Anstieg des durchschnittlichen Zugangsalters für
Albeitsmarkt	Altersrenten um zwei Jahre von 2012 bis 2035	Altersrenten um ein Jahr von 2012 bis 2035
	Rückgang der Erwerbslosenquote auf 3,4 % bis 2030,	Anstieg der Erwerbslosenquote auf 5,8 % von 2017 bis 2030,
	anschließend konstant	anschließend konstant
Gesamtwirtschaftliche	Totale Faktorproduktivität von 0,96 % pro Jahr ab 2019	Totale Faktorproduktivität von 0,71 % pro Jahr ab 2019
Annahmen	Inflationsrate von 1,9 % pro Jahr ab 2019	Inflationsrate von 1,9 % pro Jahr ab 2019

Quelle: Prof. Dr. Martin Werding, Ruhr-Universität Bochum, in Kooperation mit dem ifo-Institut München (2014).

LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

2.2 Annahmen für die Basisvarianten

Der folgende Abschnitt stellt dar, welche Annahmen im Einzelnen bei der Konzeption der beiden Basisvarianten "T+" und "T-" getroffen wurden und welche langfristigen Hintergrundentwicklungen somit in die Tragfähigkeitsprojektionen einfließen.

Demografie

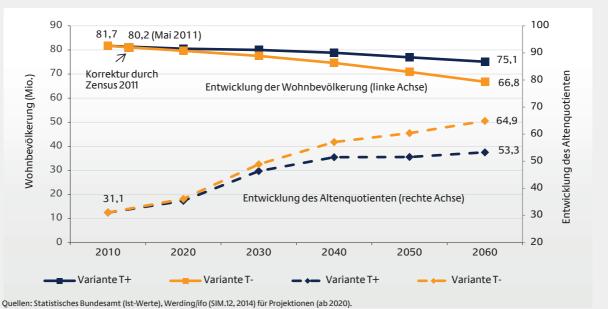
Abbildung 1 zeigt den anhand des SIM.12-Modells (Werding 2014) ermittelten Verlauf der demografischen Entwicklung bis 2060 für die beiden Basisvarianten "T+" und "T-". Beide Varianten gehen von einem Rückgang der Wohnbevölkerung und einem deutlichen Anstieg des Altenquotienten aus. In der Basisvariante "T-" kommt es von 2010 bis 2060 sogar zu einer Verdopplung des Altenquotienten. Im Vergleich zu den Werten analoger Szenarien² der letzten

amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung liegt der hier verwendete Ist-Wert der Wohnbevölkerung 2011 aufgrund der Ergebnisse des Zensus³ zunächst niedriger. Dieser Effekt gleicht sich allerdings durch die Zuwanderungswelle der vergangenen Jahre, die noch bis 2015 fortgeschrieben wird, mittelfristig wieder aus. Durch die jüngste Zuwanderungswelle kommt es zudem in den SIM.12- Projektionen zu einer vergleichsweisen Verjüngung der Bevölkerung.

Arbeitsmarkt

Bedingt durch die Annahmen zur demografischen Entwicklung, zum künftigen Erwerbs- und Renteneintrittsverhalten und zur Erwerbslosigkeit nimmt die Zahl der Erwerbspersonen und Erwerbstätigen – je nach Basisvariante – mehr oder weniger stark ab (vergleiche Abbildung 2). In der pessimistischen Basisvariante "T-" sinkt die Zahl der Erwerbspersonen von 2010 auf 2060

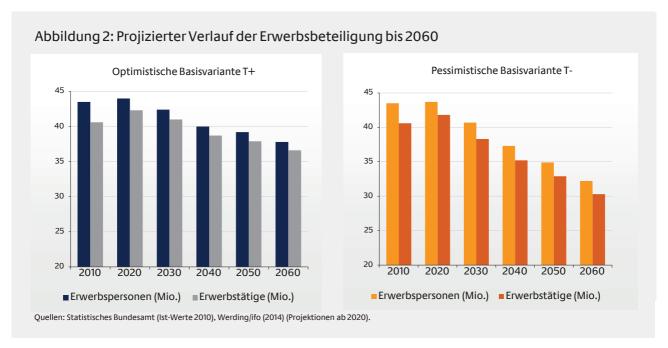
Abbildung 1: Projizierter Verlauf der Wohnbevölkerung und des Altenquotienten in Deutschland bis 2060, approximiert in 10-Jahresschritten



² Gemeint sind die Varianten 2-W1 und 3-W2 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung 2009, die im dritten Tragfähigkeitsbericht des BMF verwendet wurden und sich in ihren langfristigen Annahmen weitestgehend mit denen der hier präsentierten Varianten (Werding/ifo 2014) decken.

³ Zum Stichtag des Zensus (9. Mai 2011) lebten rund 1,5 Millionen Personen weniger in Deutschland als bisher angenommen. Quelle: Statistisches Bundesamt.

LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

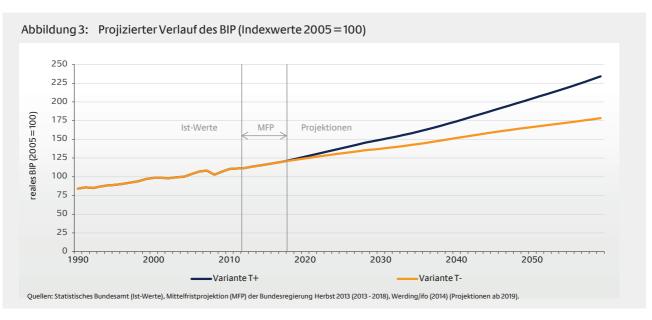


um gut ein Viertel. Somit fällt der Rückgang der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personengruppe – wie durch die Bevölkerungsalterung zu erwarten – verhältnismäßig deutlich größer aus als der Rückgang der Wohnbevölkerung insgesamt.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Auch bei der Hintergrundprojektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung machen

sich die Auswirkungen des demografischen Wandels bemerkbar. Abbildung 3 zeigt den projizierten Verlauf des aggregierten Bruttoinlandsprodukts für die beiden Basisvarianten, der anhand eines erweiterten neoklassischen Wachstumsmodells bestimmt wurde. Unter anderem durch den zu erwartenden Rückgang der Erwerbstätigen wächst das aggregierte BIP insbesondere in der "T-"-Variante langfristig gedämpfter.



LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

2.3 Ergebnisse

Basisvarianten

Bereits ohne Berücksichtigung der Auswirkungen aktueller politischer Beschlüsse wird bei den Projektionsergebnissen der altersabhängigen Ausgaben eine deutliche Kostendynamik im Projektionszeitraum erkennbar (vergleiche Abbildung 4). So beträgt der Anstieg bis 2060 gegenüber dem Basisjahr 2012 2,8 bis 6,1 BIP-Prozentpunkte. Am stärksten steigen die altersabhängigen Ausgaben in beiden Basisvarianten zwischen 2020 und 2040. Bedeutsame Faktoren für den Anstieg in diesem Zeitraum sind insbesondere das Eintreten der Babyboomer-Generation in den Ruhestand und das Auslaufen der schrittweisen Erhöhung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung.

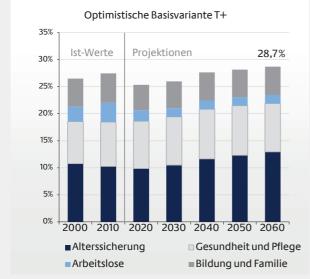
Die steigende Ausgabendynamik führt – bei Konstanthaltung sonstiger Ausgaben (mit Ausnahme der Zinszahlungen für bestehende Schulden, die sich je nach Höhe des Schuldenstandes verändern) sowie aller Einnahmen in Prozent des
Bruttoinlandsprodukts – zu einer deutlichen
Verschlechterung des gesamtstaatlichen
Finanzierungssaldos (vergleiche Abbildung 5).
Langfristig würde der Staat somit unter
Annahme einer unveränderten Politik
inklusive der notwendigen Zinszahlungen
deutlich mehr ausgeben, als er einnimmt, und
stetig neue Schulden aufnehmen müssen.
Eine Einhaltung der Schuldenbremse sowie
der auf europäischer Ebene eingegangenen
Fiskalregeln wäre dann auf Dauer nicht
gegeben.

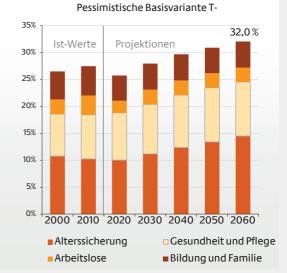
Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote bei unveränderter Politik des Rechtsstandes zum 1. Januar 2013 sowie bei konsequenter Einhaltung der in Deutschland geltenden Fiskalregeln. Es wird deutlich, dass eine reine Fortführung der bisherigen Politik ohne Einhaltung der geltenden Fiskalregeln nicht tragfähig wäre. Im pessimistischen Basisszenario "T-" würde die Schuldenstandsquote bis 2060 rechnerisch auf über 180% des BIP ansteigen. Unterstellt man

Abbildung 4: Projektion der altersabhängigen öffentlichen Ausgaben bis 2060 (in % des BIP)

Optimistische Basisvariante T+

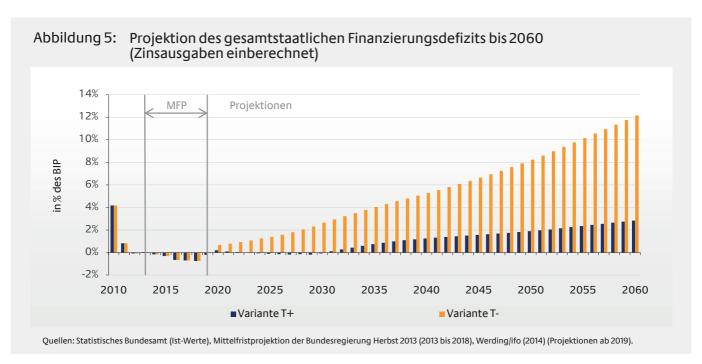
Pessimistische Bas

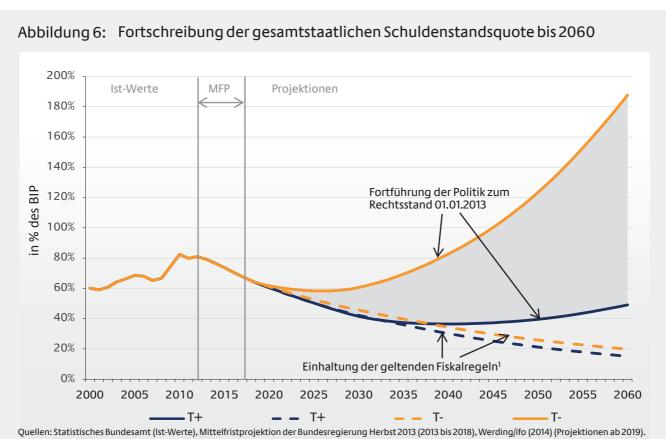




Quellen: DRV, BMG, BA, BMAS, BMF, BMFSFJ ((Vorläufige) lst-Werte 2000, 2010), Werding/ifo (2014) (Projektionen ab 2020).

LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN





¹Bei diesem Szenario wird angenommen, dass trotz des steigenden Kostendrucks durch entsprechende Konsolidierung beziehungsweise Reformmaßnahmen in jedem Jahr exakt ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird und damit die geltenden Fiskalregeln mit geringem Sicherheitsabstand eingehalten werden.

LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

hingegen die Einhaltung der in Deutschland geltenden Fiskalregeln⁴ (Schuldenbremse, Mittelfristziel), kommt es zu einer stetigen Rückführung der Schuldenstandsquote. Allerdings ist dies – wie die Varianten unter Fortführung der betrachteten Politik verdeutlichen – eben kein Automatismus, sondern erfordert insbesondere langfristig ausgerichtete Strukturreformen und Konsolidierungsmaßnahmen.

Die Berechnungen für die Basisvarianten resultieren in einer Tragfähigkeitslücke (S2-Indikator) von 0,6 % bis 3,1 % des BIP. Um diesen Wert müsste der gesamtstaatliche primäre Finanzierungssaldo im Vergleich zur jeweiligen Basisvariante ab sofort und dauerhaft verbessert werden, damit der Staat langfristig seinen expliziten wie impliziten Verbindlichkeiten nachkommen kann.

Konkrete Anweisungen an die Finanzpolitik lassen sich aus diesem Indikator allerdings nicht ableiten, insbesondere da eine sofortige, vollständige Anpassung des Primärsaldos eingefordert wird. Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurden deshalb Mittelfristindikatoren entwickelt, die für die mittlere Frist schrittweise und damit konkretere Konsolidierungspfade aufzeigen sollen. Wenn man zum Beispiel den gesamten Anpassungsbedarf bis 2060 in den nächsten 6 Jahren bewältigen wollte, käme der darauf bezogene neue Mittelfristindikator mts_{2b} auf schrittweise Konsolidierungserfordernisse von jeweils 0,1% bis 0,5 % des BIP jährlich bis 2020, um langfristig allen expliziten wie impliziten Verbindlichkeiten nachkommen zu können. Würde man die Anpassung auf einen längeren Zeitraum strecken, wäre der jährliche Anpassungsbedarf entsprechend geringer. In

jedem Fall würde die konsequente Einhaltung der Fiskalregeln inkl. des ab 2015 vorgesehenen ausgeglichenen Bundeshaushalts über den Finanzplanungshorizont hinaus mit den Erfordernissen der langfristigen Tragfähigkeit in Einklang stehen.

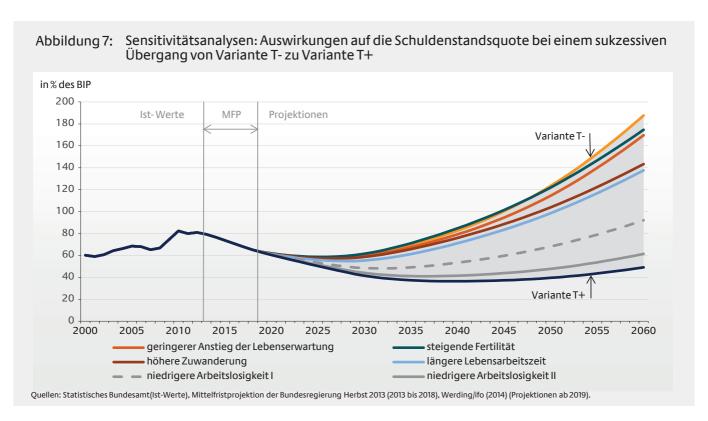
Alternative Varianten – Handlungsoptionen

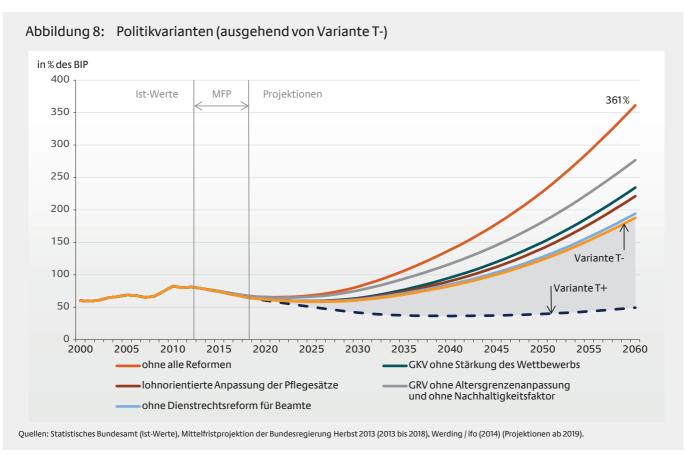
Anhand von Sensitivitätsanalysen lässt sich veranschaulichen, welchen Einfluss einzelne Variationen der demografischen beziehungsweise gesamtwirtschaftlichen Annahmen auf die Tragfähigkeitsergebnisse haben. Faktoren, die die Tragfähigkeit nach den aktuellen Ergebnissen deutlich verbessern können, sind insbesondere eine sinkende Arbeitslosigkeit, qualifizierte Zuwanderung, eine steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Arbeitnehmern, eine steigende Geburtenrate und steigendes Produktivitätswachstum. Abbildung 7 zeigt die Veränderung der Schuldenstandsquotenverläufe bei einem schrittweisen Übergang von der "T-"- zur "T+"-Variante.

Die in Abbildung 8 dargestellten kontrafaktischen Politikvarianten verdeutlichen, dass vergangene Reformen (Einführung der Rente mit 67 und des Nachhaltigkeitsfaktors in der Gesetzlichen Rentenversicherung, der Gesetze zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung, der lohnorientierten Anpassung der Pflegesätze, der Dienstrechtsreform für Beamte) zu einem deutlichen Abbau langfristiger Tragfähigkeitsrisiken geführt haben. Eine komplette, rückwirkende Rücknahme der Reformen würde in der pessimistischen Basisvariante "T-" rein rechnerisch zu einer Schuldenstandsquote von über 360 % des BIP im Jahr 2060 führen. Weitere Politikvarianten verdeutlichen, dass sich die Konsolidierungserfolge der vergangenen letzten Jahre nicht nur auf die aktuelle Haushaltslage, sondern auch auf die langfristige Tragfähigkeit positiv ausgewirkt haben.

⁴ Bei diesem Szenario wird angenommen, dass trotz des steigenden Kostendrucks durch entsprechende Konsolidierung beziehungsweise Reformmaßnahmen in jedem Jahr exakt ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird und damit die geltenden Fiskalregeln mit geringem Sicherheitsabstand eingehalten werden.

LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN





LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

3 Schlussfolgerungen

Mit den in diesem Kapitel dargelegten
Langfristanalysen stellt das BMF eine
Zwischenaktualisierung über den
Tragfähigkeitsstand zu Beginn der neuen
Legislaturperiode vor. Dabei sei noch einmal
daran erinnert, dass die Projektionen nicht den
Anspruch erheben, zukünftige Entwicklungen
vorherzusagen. Stattdessen dienen sie
dazu, mögliche Risiken aufzudecken und
relevante Politikfelder zu identifizieren, damit
den fiskalischen Herausforderungen des
demografischen Wandels rechtzeitig begegnet
werden kann. Der vierte Tragfähigkeitsbericht
wird voraussichtlich im Jahr 2015 erstellt und

publiziert werden, wenn die Ergebnisse neuer amtlicher Bevölkerungsvorausberechnungen vorliegen und sich zudem die Auswirkungen gegenwärtig geplanter Maßnahmen in die Projektionen einbeziehen lassen.

Die Ergebnisse zeigen, dass weiterhin ressortübergreifende Anstrengungen erforderlich sind, um die langfristige Tragfähigkeit zu sichern und die dauerhafte Einhaltung der in Deutschland geltenden Fiskalregeln zu garantieren. Wesentliche Stellschrauben sind dabei Maßnahmen zur Sicherung demografiefester Sozialsysteme und zur langfristigen Wahrung des Arbeitskräftepotenzials.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die aktuellen Wirtschaftsdaten deuten auf eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 1. Quartal 2014 hin.
- Die Arbeitslosenzahl ging im Februar den dritten Monat in Folge zurück. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Januar fort.
- Der Verbraucherpreisindex überschritt im Februar das Vorjahresniveau um 1,2 %. Dämpfend wirkten nach wie vor die rückläufigen Preise für Heizöl und Kraftstoffe.

Die wirtschaftliche Entwicklung in
Deutschland steht auch zu Beginn des neuen
Jahres im Zeichen einer konjunkturellen
Expansion. Dies zeigt insbesondere der gute
Start der Industrie in das 1. Quartal 2014.
Die optimistische Stimmung in den
Unternehmen und der Verbraucher zeigt
zusammen mit dem Aufwärtstrend der
"härteren" Konjunkturindikatoren, dass die
konjunkturellen Auftriebskräfte immer mehr
an Kraft gewinnen.

Im Schlussquartal 2013 hatte sich die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in preis-, saisonund kalenderbereinigter Betrachtung bereits gegenüber dem 3. Quartal leicht beschleunigt (+0,4%). Die Wachstumsimpulse kamen dabei rein rechnerisch vor allem vom Außenhandel. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen nahmen mit 2,6% wesentlich stärker zu als die entsprechenden Importe (+0,6% preis-, saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal). Die Nettoexporte trugen damit rein rechnerisch mit 1,1 Prozentpunkten zum BIP-Anstieg bei, während von der inländischen Verwendung negative Impulse ausgingen. Diese waren fast ausschließlich auf einen sehr kräftigen Lagerabbau um 0,8 Prozentpunkte zurückzuführen. Die Privaten Konsumausgaben stagnierten nahezu (real - 0,1%) und trugen damit in der Verlaufsbetrachtung nicht zur Nachfrageausweitung bei. Dabei war ein merklicher Anstieg der Ausgaben der Konsumenten für langlebige Gebrauchsgüter zu verzeichnen (preis-,

saison- und kalenderbereinigt + 0,4%). Der Verbrauch kurzlebiger Güter sank jedoch und der Konsum von Dienstleistungen und Verbrauchsgüter stagnierte. Dagegen setzten die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten ihre Erholungstendenz fort. Sie stiegen jeweils um 1,4% gegenüber dem Vorquartal an. Vor allem der gewerbliche Bereich investierte wieder mehr in Ausrüstungen. Die Zunahme der Bauinvestitionen war insbesondere auf eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen zurückzuführen.

Die konjunkturelle Belebung in den Ländern der Europäischen Union (EU) begünstigte zu Beginn dieses Jahres die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen. So stiegen die nominalen Warenexporte gegenüber dem Vormonat spürbar um saisonbereinigt 2,2% an. Im Zweimonatsvergleich (Dezember/ Januar gegenüber Oktober/November) ist damit eine leichte Aufwärtsbewegung der Ausfuhrtätigkeit zu verzeichnen. Die Einfuhren nahmen im Januar wesentlich kräftiger als die Ausfuhren zu. Im Zweimonatsvergleich stagnierte die Importentwicklung jedoch noch. In geografischer Gliederung und im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausfuhren in die Länder der EU und die Einfuhren aus diesen Ländern insgesamt spürbar an. Dabei fielen die von den Ländern außerhalb des Euroraums ausgehenden positiven Impulse sehr hoch aus (Exporte: +9,1%, Importe: +2,6%). Auch der Handel mit den Ländern des Euroraums wurde im

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Vorjahresvergleich deutlich ausgeweitet (Exporte: +3,2%, Importe: 4,0%). Dabei dürfte der Anstieg der Ausfuhren vor allem auf die verbesserte wirtschaftliche Lage in diesen Mitgliedsstaaten zurückzuführen sein. Die Handelstätigkeit mit den Drittländern neigte dagegen zum Jahresbeginn etwas zur Schwäche. Die spürbare Verminderung der Importe (-1,9 % gegenüber dem Vormonat) dürfte mit den weiterhin rückläufigen Importpreisen, insbesondere für Rohöl- und Mineralölprodukte, im Zusammenhang stehen. Die Abnahme der Einfuhren aus Drittländern zeigt sich auch in einer Verringerung der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 2,7% für Januar und Februar zusammengenommen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) verzeichnete im Januar 2014 einen Überschuss von 15,0 Mrd. €. Dabei wurde das entsprechende Vorjahresniveau nur leicht überschritten (+1,4 Mrd. €). Der Leistungsbilanzüberschuss betrug im Januar 16,2 Mrd. € und lag damit 5,6 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahresmonats. Hierbei entfielen 3,4 Mrd. € auf den Anstieg des Dienstleistungsbilanzüberschusses.

Im weiteren Jahresverlauf wird mit einer zunehmenden Außenhandelstätigkeit gerechnet. Dafür spricht die sich belebende Weltkonjunktur, die vor allem – wie auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrer jüngsten Interimsprognose feststellte – von den Wachstumsimpulsen der Industriestaaten getragen wird. Die Europäische Kommission rechnet für den Euroraum als Ganzes in ihrer Winterprognose mit einer wirtschaftlichen Erholung. So wird erwartet, dass das BIP in diesem Jahr nach der Rezession im vergangenen Jahr um 1,2% steigt. Die vorlaufenden Indikatoren stützen diese Einschätzungen. So zeigen der globale Markit Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe und der OECD Composite Leading Indicator einen Aufwärtstrend. Die anziehende

Weltkonjunktur spiegelt sich bereits in deutlich aufwärtsgerichteten Auftragseingängen aus dem Ausland wider. Darüber hinaus erwarten die deutschen Unternehmen auch für die nächsten sechs Monate bessere Exportgeschäfte (ifo Exporterwartungen). Abwärtsrisiken ergeben sich insbesondere aus einer möglichen Verschärfung des Konflikts in der Ukraine. Diese sind jedoch aufgrund der Unsicherheiten über den Fortgang der Entwicklungen in dieser Region nicht zu prognostizieren.

Die seit einigen Monaten zunehmende Nachfrage nach Industrieerzeugnissen in Deutschland setzte sich auch im Januar in eine Ausweitung der Industrieproduktion um. Damit war in saisonbereinigter Betrachtung den dritten Monat in Folge ein Anstieg der industriellen Erzeugung zu verzeichnen. Die Industrieproduktion ist im Zweimonatsvergleich nun aufwärtsgerichtet. Positive Impulse gingen dabei von der Herstellung aller drei Gütergruppen, Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter, aus. Die Investitionsgüterproduktion zog besonders deutlich an (saisonbereinigt + 2,2% gegenüber der Vorperiode). Hierzu trug unter anderem die Ausweitung der Produktion im Maschinenbau um 2,5 % gegenüber der Vorperiode bei.

Die Entwicklung der industriellen Umsätze zeigte sich im Verlauf sehr dynamisch. Dies war auf einen Anstieg des Umsatzes sowohl auf inländischen als auch ausländischen Märkten zurückzuführen und erstreckte sich über alle drei Gütergruppen (saisonbereinigter Zweimonatsvergleich gegenüber Vorperiode). Dabei überschritt im Januar das Umsatzplus die Zunahme der Industrieproduktion sehr deutlich.

Angesichts der kräftigen Umsatzsteigerung bei moderatem Produktionsanstieg kam es im Januar offenbar zu einer erneuten Abschmelzung der Lagerbestände. Zusammen mit dem deutlichen Nachfrageplus ist damit eine beschleunigte Ausweitung der Herstellung von industriellen Produkten

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013	Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saison	bereinigt	Vorjahr			
	bzw. Index	Vorjahr in %	2.Q.13	3.Q.13	4.Q.13	2.Q.13	3.Q.13	4.Q.13	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,6	+0,4	+0,7	+0,3	+0,4	+0,9	+1,1	+1,3	
jeweilige Preise	2 738	+2,7	+1,6	+0,6	+0,7	+3,4	+3,4	+3,4	
Einkommen									
Volkseinkommen	2 119	+3,1	+2,5	+0,1	+0,7	+4,1	+3,6	+4,4	
Arbeitnehmerentgelte	1 416	+2,8	+0,8	+0,8	+0,6	+2,7	+2,9	+2,6	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	703	+3,9	+6,1	-1,2	+1,1	+7,2	+4,9	+8,9	
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 717	+2,2	+1,0	+0,9	+0,4	+2,5	+3,1	+2,5	
Bruttolöhne und -gehälter	1 161	+3,0	+1,0	+0,8	+0,4	+2,9	+3,2	+2,8	
Sparen der privaten Haushalte	174	-1,3	+0,6	+1,0	+0,9	-2,4	-0,2	+1,5	
		2013	Veränderung in % gegenüber						
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt	Vorjahr ¹			
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Dez 13	Jan 14	Zweimonats- durchschnitt	Dez 13	Jan 14	Zweimonats durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 094	-0,2	-0,9	+2,2	+0,5	+4,5	+2,9	+3,7	
Waren-Importe	896	-1,1	-1,4	+4,1	+0,0	+2,4	+1,5	+1,9	
in konstanten Preisen von 2010									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	106,3	+0,0	+0,1	+0,8	+1,7	+3,4	+5,0	+4,2	
Industrie ²	107,8	+0,3	+0,2	+0,3	+1,8	+3,6	+4,6	+4,1	
Bauhauptgewerbe	105,5	-0,3	+2,0	+4,4	+4,4	+5,3	+14,1	+8,5	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	105,7	-0,1	-0,6	+3,0	+2,3	+3,8	+6,9	+5,3	
Inland	103,2	-1,5	-0,5	+2,1	+1,6	+2,6	+3,9	+3,2	
Ausland	108,5	+1,4	-0,6	+3,8	+3,0	+5,0	+10,0	+7,4	
Auftragseingang (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	105,7	+2,4	-0,2	+1,2	+1,6	+6,1	+8,4	+7,3	
Inland	101,4	+0,5	-1,2	+1,6	+0,9	+2,9	+4,7	+3,8	
Ausland	109,1	+3,9	+0,5	+1,0	+2,2	+8,2	+11,3	+9,7	
Bauhauptgewerbe	111,3	+2,2	-0,4		+6,5	+12,8		+13,4	
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100) Einzelhandel	101						122		
(ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,4	+0,2	-1,5	+1,7	-0,1	-1,0	+0,9	-0,1	
Handel mit Kfz	102,1	-1,0	+0,2		+0,9	+6,8		+3,1	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2013		Veränderung in Tausend gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr						
			Dez 13	Jan 14	Feb 14	Dez 13	Jan 14	Feb 14	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	-18	-28	-14	+33	-2	-18	
Erwerbstätige, Inland	41,84	+0,6	+27	+40		+255	+292		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,27	+1,2	+47			+463			
		2013	Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber Vorjahr in %		Vorperio	de	Vorjahr			
			Dez 13	Jan 14	Feb 14	Dez 13	Jan 14	Feb 14	
Importpreise	105,9	-2,6	+0,0	-0,1		-2,3	-2,3		
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	106,9	-0,1	+0,1	-0,1	+0,0	-0,5	-1,1	-0,9	
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	+0,4	-0,6	+0,5	+1,4	+1,3	+1,2	
ifo Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13	Jan 14	Feb 14	
Klima	+4,9	+7,8	+8,2	+7,7	+11,3	+11,5	+13,7	+14,9	
Geschäftslage	+8,7	+12,7	+11,4	+11,3	+13,1	+11,8	+13,4	+17,0	
Geschäftserwartungen	+1,1	+3,1	+5,1	+4,1	+9,5	+11,2	+14,0	+12,8	

 $^{^{1}} Produktion \ arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseing ang \ Industrie kalenderbereinigt, Auftragseing ang \ Bauhauptgewerbe saisonbereingt.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

in den nächsten Monaten zu erwarten. Die Investitionsgüterproduktion dürfte im Quartalsverlauf an Schwung gewinnen, nachdem sie im 4. Quartal zur Schwäche neigte. Deutlich positive Impulse werden dabei voraussichtlich von der Auslandsnachfrage ausgehen. Die Inlandsbestellungen der Investitionsgüterhersteller zogen zuletzt jedoch ebenfalls spürbar an (saisonbereinigt + 2,5 % gegenüber dem Vormonat). Darüber hinaus beurteilen die Investitionsgüterproduzenten ihre Geschäftsperspektiven sehr optimistisch (ifo Umfrage). Die Industriedaten insgesamt deuten damit zusammen mit der guten Stimmung in den Unternehmen auf eine dynamische Expansion der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 1. Quartal

Die Bauproduktion nahm im Januar Fahrt auf. Das Baugewerbe dürfte dabei auch von den ungewöhnlich milden Wintertemperaturen profitiert haben. Zur Ausweitung der Bauproduktion trugen vor allem das Ausbaugewerbe und der Hochbau bei, während der Tiefbau nahezu stagnierte. Im Zweimonatsvergleich ist in allen drei Sparten ein Aufwärtstrend zu beobachten. Dem Anstieg der Auftragseingänge im Baugewerbe im Schlussquartal 2013 nach zu urteilen, dürfte sich die Ausweitung der Bauproduktion fortsetzen. Deutliche Impulse sind dabei vom Hochbau ohne Wohnungsbau zu erwarten, da hier der Auftragseingang im 4. Quartal um 6,2% angestiegen war (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal). Der Auftragseingang im Wohnungsbau war im gleichen Zeitraum leicht rückläufig, wobei es allerdings im Dezember zu einem kräftigen Anstieg um 10 % kam. Die Unternehmen des Baugewerbes gehen für die nächsten Monate von einer Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeiten aus, wenngleich

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

die Erwartungen nach vier Verbesserungen in Folge zuletzt etwas weniger optimistisch waren.

Nach den etwas schwachen Privaten Konsumausgaben im Schlussquartal des vergangenen Jahres deuten die Indikatoren auf eine Ausweitung des privaten Verbrauchs zu Beginn des Jahres 2014 hin. So ist der Einzelhandelsumsatz ohne Kraftfahrzeuge im Januar saisonbereinigt um 1,7% gegenüber dem Vormonat angestiegen. Im Zweimonatsvergleich stagnierte er jedoch noch nahezu. Darüber hinaus wurden die Neuzulassungen für Pkw im Januar deutlich ausgeweitet. Das GfK-Konsumklima hat mit dem Anstieg im Februar seinen Aufwärtstrend fortgesetzt. Für März erwarten die Analysten eine weitere Stimmungsverbesserung. Vor allem höhere Einkommenserwartungen trugen zu der optimistischeren Beurteilung bei. Der Anstieg der Zuversicht der Verbraucher hinsichtlich der persönlichen Einkommensperspektiven steht in Zusammenhang mit der Aufwärtsbewegung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und der daraus resultierenden günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die hohe Anschaffungsneigung der privaten Haushalte wird von einem moderaten Preisklima auf der Verbraucherstufe und niedrigen Zinsen gestützt. Dass Konsumenten lieber Anschaffungen tätigen wollen anstatt zu sparen, zeigt sich in dem sehr niedrigen Niveau der Sparneigung, die sich am aktuellen Rand jedoch stabilisierte. Bereits im vergangenen Jahr war die Sparquote gemäß der Volkwirtschaftlichen Gesamtrechnungen merklich auf 10 % gesunken nach 10,3 % im Jahr 2012. Auch der RWI Konsumindikator spricht für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs zu Beginn dieses Jahres. Das Gesamtbild der Indikatoren deutet darauf hin, dass der Konsum der privaten Haushalte einen wichtigen Beitrag zum Wachstum in diesem Jahr leisten wird.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich auch zu Beginn des neuen Jahres in guter Verfassung. So verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Februar den dritten Monat in Folge. Auch das Vorjahresniveau wurde merklich unterschritten. Die Zahl der registrierten arbeitslosen Personen wies dabei nach Ursprungswerten ein Niveau von 3,14 Millionen Personen auf. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,3% (-0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

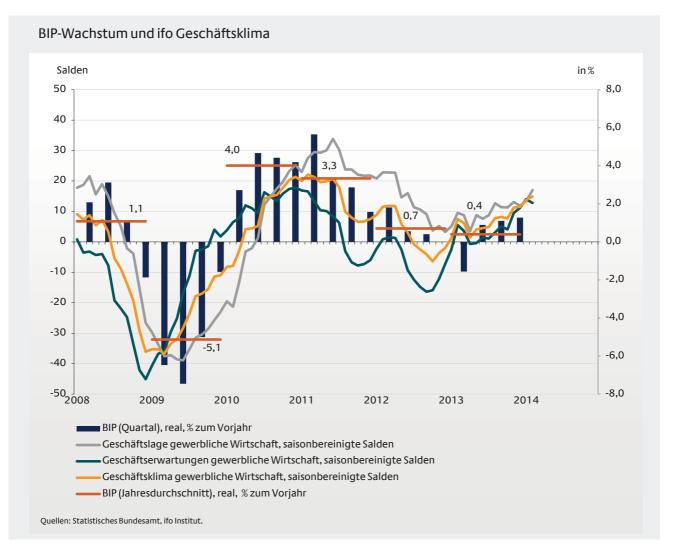
Der Beschäftigungsaufbau beschleunigte sich im Januar gegenüber den vorangegangenen beiden Monaten. Der Anstieg könnte jedoch infolge des bisher ungewöhnlich milden Winterwetters etwas überzeichnet sein. So nahm die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) um 40 000 Personen zu nach jeweils + 27 000 Personen im November und Dezember. Nach Ursprungswerten lag die Zahl der Erwerbstätigen im Januar bei 41,68 Millionen Personen. Dabei wurde das Vorjahresniveau um 0,7% überschritten.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung belief sich nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit in Ursprungswerten im Dezember auf 29,61 Millionen Personen. Das Vorjahresniveau wurde um 1,6 % überschritten. Saisonbereinigt waren 47 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vormonat (November + 86 000 Personen). Die vorläufigen Werte der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für November und Dezember sind wahrscheinlich aufgrund von Änderungen im Meldeverfahren überzeichnet und werden voraussichtlich deutlich nach unter korrigiert werden.

Der fortgesetzte Beschäftigungsaufbau und damit einhergehende Einkommensverbesserungen trugen zu einem Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer bei. So waren die Einnahmen aus dem Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung (also ohne Abzug von Kindergeld und Altersversorgungszulage) im Zeitraum Januar bis Februar 2014 um 5,1% gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Angesichts der erwarteten positiven konjunkturellen Dynamik dürfte die

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Nachfrage nach Arbeitskräften hoch bleiben. Dafür spricht der leichte Aufwärtstrend des Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer, das zuletzt auf den höchsten Stand seit Mai 2012 angestiegen ist, signalisiert, dass die Unternehmen – insbesondere im Dienstleistungssektor – bereit sind, zusätzliches Personal einzustellen. Die Wirtschaft profitiert dabei von einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen sowie einem Anstieg der Zuwanderung.

Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland überschritt im Februar 2014 das Vorjahresniveau um 1,2 %. Der Anstieg des VPI gegenüber dem Vorjahr fiel damit den zweiten Monat in Folge etwas geringer aus als im Vormonat. Wie auch schon in den vorangegangenen Monaten wurde die Entwicklung des VPI dabei maßgeblich von den rückläufigen Energiepreisen für Heizöl und Kraftstoffe (- 8,7% und - 6,3% gegenüber dem Vorjahr), bestimmt, während der Anstieg der Nahrungsmittelpreise deutlich über der Gesamtteuerung lag (+ 3,5%).

Zur Verbilligung von Mineralölprodukten auf der Verbraucherstufe trug zum einen der Rückgang der Erdölpreise auf dem Weltmarkt bei. So lag der Rohölpreis der Sorte Brent in US-Dollar im Februar 6,3 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Zum anderen wertete gleichzeitig der Euro gegenüber dem Dollar auf, was rechnerisch zusätzlich zur Senkung des Importpreises für Rohöl beitrug. Das Importpreisniveau insgesamt unterschritt

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

im Januar das Vorjahresniveau um 2,3%. Ohne Berücksichtigung der Preisniveauentwicklung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen fiel der Rückgang etwas geringer aus (-1,9%). Der Erzeugerpreisindex lag im Februar – aufgrund rückläufiger Erzeugerpreise für Energiegüter – deutlich unter dem Vorjahresniveau (-0,9%). Ohne Berücksichtigung von Energie wäre das Preisniveau nur um 0,3% zurückgegangen.

Die rückläufige Preisniveauentwicklung auf den dem Verbrauch vorgelagerten Preisstufen spricht dafür, dass die Inflation auch in diesem Jahr in ruhigen Bahnen verlaufen wird. Im Jahresverlauf dürfte jedoch angesichts der zunehmenden weltwirtschaftlichen Nachfrage und der konjunkturellen Expansion in Deutschland dieser Trend allmählich zum Ende kommen.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2014

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Februar 2014 im Vorjahresvergleich leicht um 0,1% gesunken. Dies findet seine Ursache in dem vorübergehenden Rückgang im Aufkommen der reinen Bundessteuern (-8,2%), der durch den Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern (+1,7%) und der Ländersteuern (+13,9%) nicht vollständig kompensiert wurde. Zum Rückgang bei den Bundessteuern haben im Wesentlichen die Versicherungsteuer, die Stromsteuer und die Kraftfahrzeugsteuer beigetragen. Zu den Ursachen im Einzelnen siehe weiter unten. Aus diesen Werten lassen sich keine Rückschlüsse auf das Steueraufkommen im Gesamtjahr 2014 ziehen.

Nachdem im Januar noch ein erheblicher Rückgang beim Abfluss der EU-Eigenmittel zu verzeichnen war, verstärkte im aktuellen Monat der wesentlich höhere Eigenmittelbedarf der EU die aus den Bundessteuern resultierenden negativen Effekte auf das Aufkommen des Bundes (-8,0%). Die Länder hingegen konnten einen Aufkommenszuwachs in Höhe von 2,1% verbuchen. Die Einnahmen der Gemeinden aus gemeinschaftlichen Steuern stiegen aufgrund des guten Ergebnisses bei der Lohnsteuer sogar um 5,8%.

In den Monaten Januar und Februar ist das Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) kumuliert um 1,5 % angewachsen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau um 2,4 %. Die Bundessteuern lagen um 4,6 % unter dem Vorjahresniveau, die Ländersteuern wiesen Mehreinnahmen in Höhe von 11,2 % auf. Die Einnahmen des Bundes gingen um 0,4 % zurück. Der Zuwachs der Einnahmen der Länder betrug 2,8 %.

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im Februar 2014 um 7,2 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (- 0,5 %) blieben leicht unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Da bei der Altersvorsorgezulage die Rückflüsse den Auszahlungsbetrag überstiegen, ergab sich hier ein leicht positiver Beitrag zum Aufkommen in Höhe von circa 69 Mio. €. In der Bruttobetrachtung (also vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) weist die Lohnsteuer somit einen Anstieg von 5,1% auf und steht damit im Einklang mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer. Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer lag im kumulierten Zeitraum Januar bis Februar 2014 um 6,8 % über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer brutto überschritten im Februar 2014 das Ergebnis des Vorjahresmonats um 8,7%. Der Anstieg der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um 9,3% glich diesen Zuwachs wieder aus, sodass das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer mit circa 80 Mio. € nur auf dem Vorjahresniveau lag. Im kumulierten Zeitraum Januar bis Februar 2014 ist jedoch immer noch ein erheblicher Anstieg um insgesamt 22,8% auf nunmehr 0,8 Mrd. € zu verzeichnen.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verschlechterten sich im Berichtsmonat Februar 2014 von + 2,0 Mio. € auf - 389,0 Mio. €. Hier sind in diesem Monat die Nachzahlungen aus der Veranlagung der Vorjahre zurückgegangen und die Erstattungen angestiegen. Diese Zahl darf jedoch aufgrund des bisher niedrigen Aufkommensniveaus nicht überbewertet werden.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto stiegen im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,7%. Da die Erstattungen durch das Bundeszentralamt

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2014

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	Februar	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis Februar	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2014 ⁴	Veränderun gegenübe Vorjahr
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 710	+7,2	26871	+6,8	166 100	+5,0
veranlagte Einkommensteuer	-80	X	779	+22,8	44 050	+4,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	610	+14,0	1 993	-0,3	15 795	-8,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligem Zinsabschlag)	610	-0,5	2 854	-9,8	8 737	+0,8
Körperschaftsteuer	-389	X	174	-74,4	20 710	+6,2
Steuern vom Umsatz	19 746	+0,4	35 735	+1,6	204 500	+3,9
Gewerbesteuerumlage	130	-27,1	93	+13,4	4 043	+6,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	30	-43,1	35	-6,2	3 438	+5,7
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	33 367	+1,7	68 534	+2,4	467 373	+3,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	1276	+0,9	1614	-6,0	39 150	-0,5
Tabaksteuer	721	-11,9	1515	+16,4	14050	+1,7
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	224	+2,2	421	-1,0	2 080	-1,1
Versicherungsteuer	3 883	-8,1	4 485	-6,4	11 750	+1,7
Stromsteuer	461	-28,0	979	-17,1	7 000	-0,1
Kraftfahrzeugsteuer	422	-27,1	1 325	-16,0	8 485	-0,1
Luftverkehrsteuer	63	+2,5	99	-18,3	970	-0,9
Kernbrennstoffsteuer	0	X	0	Х	1 300	+1,2
Solidaritätszuschlag	847	+5,4	1 910	+3,4	14850	+3,3
übrige Bundessteuern	136	-2,2	291	+1,0	1 483	+0,6
Bundessteuern insgesamt	8 034	-8,2	12 638	-4,6	101 118	+0,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	352	+15,7	805	+26,0	4571	-1,3
Grunderwerbsteuer	783	+13,8	1 540	+5,7	8 775	+4,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	145	+17,8	312	+8,1	1 640	+0,3
Biersteuer	50	+0,1	108	+5,9	668	-0,1
Sonstige Ländersteuern	25	+3,6	44	+10,8	394	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 356	+13,9	2 808	+11,2	16 048	+2,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	403	-5,0	696	-0,3	4 2 5 0	+0,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	943	+104,4	1 347	+97,1	4 140	+98,8
BNE-Eigenmittel	4893	+9,7	7 006	-6,8	22 930	-7,5
EU-Eigenmittel insgesamt	6 239	+16,7	9 050	+1,7	31 320	+0,7
Bund ³	16 327	-8,0	33 098	-0,4	268 958	+3,5
Länder ³	18 232	+2,1	37 326	+2,8	251 858	+3,1
EU	6 239	+16,7	9 050	+1,7	31 320	+0,7
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 362	+5,8	5 203	+5,1	36 653	+4,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	43 159	-0,1	84 677	+1,5	588 789	+3,3

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^{\}rm 2}$ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3 \,} Nach \, Erg\"{a}nzung szuweisungen; \, Abweichung \, zu \, Tabelle \, "Einnahmen \, des \, Bundes" \, ist \, methodisch \, bedingt \, (vergleiche \, Fußnote \, 1).$

⁴ Ergebnis Arbeitskreis "Steuerschätzungen" vom November 2013.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2014

für Steuern demgegenüber lediglich um 1,0% sanken, ergab sich für das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ein etwas stärkerer Anstieg um 14,0%. Kumuliert weist das Kassenaufkommen einen Rückgang um 0,3% auf.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge verzeichnete im Februar 2014 eine Minderung um lediglich 0,5 %. Im Zeitraum Januar bis Februar 2014 liegt der Rückgang allerdings bei - 9,8 %.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat Februar 2014 das Vorjahresniveau um 0,4 %. Bei der Einfuhrumsatzsteuer setzte sich der rückläufige Trend aus dem Vorjahr fort, die Einnahmen aus dieser Steuerart sanken um 5,6 %. Das Aufkommen aus der (Binnen-) Umsatzsteuer stieg demgegenüber um 2,2 %. Aufgrund der guten Entwicklung im Januar fällt das Ergebnis der Steuern vom Umsatz im kumulierten Zeitraum Januar bis Februar 2014 mit + 1,6 % allerdings wesentlich günstiger aus.

Die reinen Bundessteuern verbuchten im Februar 2014 im Vorjahresvergleich Mindereinnahmen in Höhe von - 8,2%. Bei dieser Momentaufnahme wirkten mehrere Faktoren zusammen. So kam es in diesem Monat trotz umfangreicher Vorkehrungen aufgrund der Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das SEPA-Verfahren zu Verzögerungen im Zufluss der Steuereinnahmen. Dies ist der Hauptgrund für die vorübergehende Abnahme der Versicherungsteuer um 0,35 Mrd. € (-8,1%). Die Stromsteuer wiederum weist einen Rückgang von 0,18 Mrd. € (-28,0%) auf, der

im Wesentlichen auf einen Anstieg der Erstattungen (hier insbesondere aufgrund des sogenannten "Spitzenausgleichs") zurückgeführt werden kann. Bei der Kraftfahrzeugsteuer führt die sukzessive Überführung in die Bundesverwaltung zu temporären Einnahmeausfällen. Die hieraus resultierenden Mindereinnahmen (circa 0,16 Mrd. € beziehungsweise - 27,1%) werden allerdings in den nachfolgenden Monaten wieder ausgeglichen. Der Rückgang bei der Tabaksteuer (- 11,9%) steht in Zusammenhang mit der Erhöhung der Tabaksteuersätze per 1. Januar 2014 im Rahmen des Tabaksteuermodells. Zuwächse ergeben sich hingegen bei der Energiesteuer (+0.9%), der Luftverkehrsteuer (+2.5%)und dem Solidaritätszuschlag (+5,4%). Bei der Kernbrennstoffsteuer wurden keine Einnahmen erzielt. In kumulierter Betrachtung (Januar bis Februar 2014) sind die reinen Bundessteuern gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 4,6% zurückgegangen. Aufgrund der frühen Phase des Jahres und der beschriebenen temporären Effekte ist die Aussagekraft dieser Werte sehr eingeschränkt.

Die reinen Ländersteuern nahmen im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresmonat um 13,9 % zu. Getragen wurde diese Entwicklung von allen Einzelsteuern, insbesondere von der Erbschaftsteuer (+ 15,7 %), der Grunderwerbsteuer (+ 13,8 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 17,8 %). Aber auch die Feuerschutzsteuer (+ 7,0 %) und die Biersteuer (+ 0,1 %) weisen Mehreinnahmen aus. Im Zeitraum Januar bis Februar 2014 stiegen die Ländersteuern insgesamt um 11,2 %.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2014

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2014

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Februar 2014 auf 59,7 Mrd. €. Sie lagen mit einem Anstieg von + 0,2 Mrd. € (+ 0,4%) nahezu auf dem Niveau vom Februar 2013.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen lagen bis einschließlich Februar mit 35,6 Mrd. € um 0,1 Mrd. € (- 0,3 %) unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 32,4 Mrd. € und lagen auf dem Niveau von Februar 2013 (+ 0,0 %). Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 3,1 Mrd. € um 0,1 Mrd. € unter dem Februarergebnis von 2013.

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen ist insbesondere in Jahren mit vorläufiger Haushaltsführung zu Jahresbeginn gering. Der unterjährige Finanzierungssaldo und der jeweilige Kapitalmarktsaldo sind grundsätzlich keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende belastbar kalkulieren lassen. Die Höhe der Kassenmittel unterliegt im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflusst somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Erst zum Ende des Haushaltsjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Bis einschließlich Februar 2014 betrug der Finanzierungssaldo - 24,1 Mrd. €.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2013	Regierungsentwurf 2014 ¹	Ist - Entwicklung ² Februar 2014
Ausgaben (in Mrd. €)	307,8	298,5	59,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,4
Einnahmen (in Mrd. €)	285,5	291,8	35,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-0,3
Steuereinnahmen (in Mrd. €)	259,8	268,9	32,4
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,0
Finanzierungssaldo (in Mrd. €)	-22,3	-6,7	-24,1
Finanzierung durch:	22,3	6,7	24,1
Kassenmittel (in Mrd. €)		-	29,5
Münzeinnahmen (in Mrd. €)	0,3	0,2	-0,2
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (in Mrd. €)	22,1	6,5	-5,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

²Buchungsergebnisse.

³ (-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2014

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	ls	t	Regierung	gsentwurf ¹	Ist-Entv	Unterjährige	
	20	13	2014		Januar bis Februar 2013	Januar bis Februar 2014	Veränderun gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	72 647	23,6	69 404	22,5	11 374	11 226	-1,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6324	2,1	1 498	1 541	+2,9
Verteidigung	32 269	10,5	32 366	10,5	5 429	5 206	-4,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 780	4,5	2 509	2 719	+8,4
Finanzverwaltung	3 865	1,3	3 987	1,3	625	649	+3,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 684	6,1	19 185	6,2	2 396	2 754	+14,9
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 686	0,9	2 658	0,9	540	548	+1,5
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10 638	3,5	766	972	+26,9
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	47,3	148 162	48,1	29 507	30 612	+3,7
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 701	32,4	22 451	23 181	+3,3
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 679	10,3	5 3 6 8	5 469	+1,9
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 500	6,3	3 472	3 603	+3,8
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	795	756	-4,9
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 548	2,1	7 3 6 8	2,4	1 109	1316	+18,7
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2 299	0,7	422	416	-1,4
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 633	0,5	2 006	0,7	251	227	-9,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	0,7	2 182	0,7	305	295	-3,2
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	0,5	1 670	0,5	313	281	-10,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	0,3	954	0,3	56	57	+1,7
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	1,3	4 395	1,4	1 341	1 473	+9,9
Regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	37	32	-14,6
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 150	1 231	+7,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	5,3	16 415	5,3	1 710	1 544	-9,7
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	675	662	-1,9
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 5 9 7	1,5	4 553	1,5	517	411	-20,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 017	14,9	35 798	11,6	12 603	11 581	-8,1
Zinsausgaben	31 302	10,2	28 840	9,4	11 703	10 481	-10,4
Ausgaben zusammen	307 843	100,0	298 500	97,0	59 487	59 707	+0,4

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2014

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	l:	st	Regierung	gsentwurf ¹	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	2013		20	014	Januar bis Februar 2013	Januar bis Februar 2014	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		in%
Konsumtive Ausgaben	274 366	89,1	269 353	90,2	56 755 56 727		-0,0
Personalausgaben	28 575	9,3	28 539	9,6	5 507	5 539	+0,6
Aktivbezüge	20938	6,8	20 749	7,0	3 929	3 924	-0,1
Versorgung	7 637	2,5	7 789	2,6	1 578	1 615	+2,3
Laufender Sachaufwand	23 152	7,5	24 287	8,1	2 710	2 609	-3,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 288	0,4	155	149	-3,9
Militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 9 9 1	3,3	920	807	-12,3
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	13 007	4,4	1 635	1 653	+1,1
Zinsausgaben	31 302	10,2	28 840	9,7	11 703	11 703 10 481	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 781	62,0	187 060	62,7	36 741	37 966	+3,3
an Verwaltungen	27 273	8,9	20 617	6,9	2 174	2 407	+10,7
an andere Bereiche	163 508	53,1	166 443	55,8	34603	35 560	+2,8
darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26 453	8,9	4819	5 004	+3,8
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27 779	9,3	4891	5 201	+6,3
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104331	35,0	23 112	23 827	+3,1
Sonstige Vermögensübertragungen	555	0,2	628	0,2	94	131	+39,4
Investive Ausgaben	33 477	10,9	30 148	10,1	2 731	2 981	+9,2
Finanzierungshilfen	25 582	8,3	22 338	7,5	2 286	2 514	+10,0
Zuweisungen und Zuschüsse	14772	4,8	16 258	5,4	2 112	2 3 9 6	+13,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 594	0,5	117	118	+0,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	56	0	-100,0
Sachinvestitionen	7 895	2,6	7 809	2,6	446	467	+4,7
Baumaßnahmen	6264	2,0	6 2 8 0	2,1	305	350	+14,8
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	989	0,3	92	108	+17,4
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	49	9	-81,6
Globalansätze	0	0,0	-1 000	-0,3	0	0	
Ausgaben insgesamt	307 843	100,0	298 500	100,0	59 487	59 707	+0,4

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2014

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Is	it	Regierungsentwurf ¹		Ist - Entwicklung		Unterjährige
	20	13	20	14	Januar bis Februar 2013	Januar bis Februar 2014	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		in%
I. Steuern	259 807	91,0	268 920	92,2	32 436	32 448	+0,0
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	221 586	75,9	30 832	31 628	+2,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111 373	38,2	12 049	12 508	+3,8
davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	70 593	24,2	9 047	9 8 4 5	+8,8
veranlagte Einkommensteuer	17 969	6,3	18 721	6,4	268	329	+22,8
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	7 898	2,7	1 002	992	-1,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 844	1,3	1 392	1 256	-9,8
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	10355	3,5	340	87	-74,4
Steuern vom Umsatz	104 283	36,5	108 538	37,2	18 744	19 079	+1,8
Gewerbesteuerumlage	1 575	0,6	1 675	0,6	39	40	+2,6
Energiesteuer	39 364	13,8	39 150	13,4	1718	1614	-6,1
Tabaksteuer	13 820	4,8	14050	4,8	1 301	1 515	+16,4
Solidaritätszuschlag	14378	5,0	14850	5,1	1 848	1910	+3,4
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 750	4,0	4793	4 485	-6,4
Stromsteuer	7 009	2,5	7 000	2,4	1 181	979	-17,1
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 485	2,9	1 577	1 325	-16,0
Kernbrennstoffsteuer	1285	0,5	1 300	0,4	0	0	X
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 082	0,7	425	421	-0,9
Kaffeesteuer	1 021	0,4	1 030	0,4	164	176	+7,3
Luftverkehrsteuer	978	0,3	970	0,3	121	99	-18,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 792	-3,8	-10 423	-3,6	0	0	X
BNE-Eigenmittel der EU	-24787	-8,7	-22 930	-7,9	-7517	-7 006	-6,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4 140	-1,4	-684	-1 347	+96,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-1 198	-1 216	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-2248	-2 248	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	25 645	9,0	22 862	7,8	3 243	3 106	-4,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4886	1,7	6847	2,3	35	49	+40,0
Zinseinnahmen	191	0,1	270	0,1	19	7	-63,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 978	2,1	2 345	0,8	1 012	133	-86,9
Einnahmen zusammen	285 452	100,0	291 782	100,0	35 678	35 554	-0,3

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

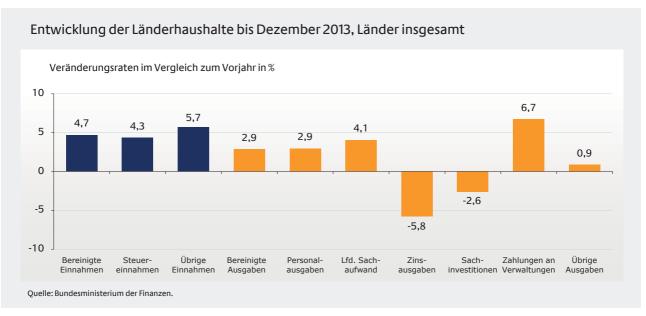
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2013

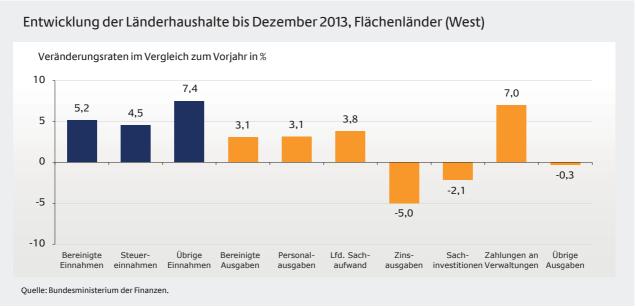
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2013

Da die Daten zur Haushaltsentwicklung der Länder für Januar nur geringe Aussagekraft haben, wird an dieser Stelle erneut die Entwicklung bis einschließlich Dezember 2013 wiedergegeben.

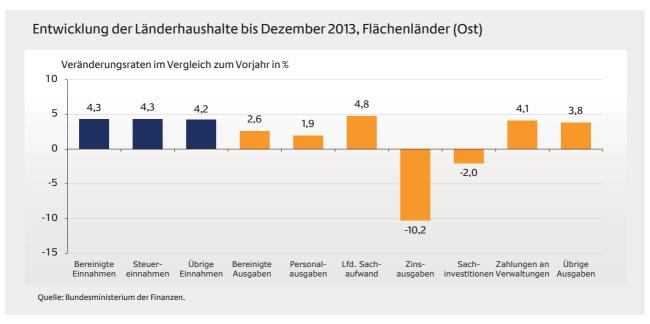
Die Länderhaushalte haben im Jahr 2013 mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt fällt mit 0,5 Mrd. € um rund 5,1 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Für das Jahr 2013 planten die Länder insgesamt ein Finanzierungsdefizit von rund 11,9 Mrd. €.

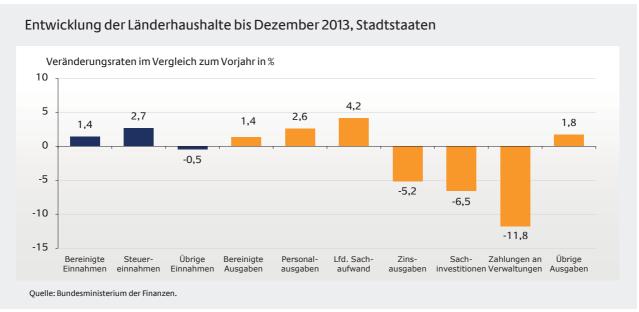
Die Ausgaben der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 %, während die Einnahmen um 4,7 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um 4,3 %.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2013





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Februar durchschnittlich 2,61% (2,78% im Januar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 1,61% (1,67% Ende Januar).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich - gemessen am Euribor - beliefen sich Ende Februar auf 0,29% (0,30% Ende Januar).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 6. März 2014 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25%, 0,75% beziehungsweise 0,00% zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 9 692 Punkte am 28. Februar (9 306 Punkte am 31. Januar). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 014 Punkten am 31. Januar auf 3 149 Punkte am 28. Februar.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Januar bei 1,2 % nach 1,0 % im Dezember und 1,5 % im November. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von November 2013 bis Januar 2014 bei 1,2 %, verglichen mit 1,3 % in der Vorperiode.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat Januar auf - 2,2% nach - 2,4% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen - 0,13 % im Januar gegenüber 0,68 % im Dezember.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

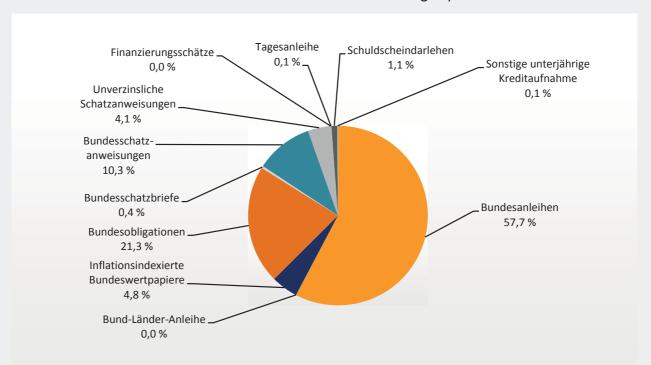
Im Januar 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen insgesamt 29,4 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 18 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 1 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Verkauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 10,4 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2014" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 40,6 Mrd. € (davon 31,2 Mrd. € Tilgungen und 9,4 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 11,2 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite in Höhe von 29,4 Mrd. € wurden für die Finanzierung des Bundeshaushalts eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Januar 2014



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1143,7 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 36,3 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
		in Mrd. €											
Inflations indexierte Bundeswert papiere	-												-
Anleihen	24,0												24,0
Bundesobligationen	-				•								-
Bundesschatzanweisungen	-												-
U-Schätze des Bundes	7,0												7,0
Bundesschatzbriefe	0,1												0,2
Finanzierungsschätze	0,0				•								0,0
Tagesanleihe	0,0												0,1
Schuldscheindarlehen	-				•								-
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-												-
Sonstige Schulden gesamt	-0,0												-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2												31,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
		in Mrd. €											
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	9,4												9,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2014 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau/ aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141687 WKN 114168	Neuemission	15. Januar 2014	5 Jahre/fällig 22. Februar 2019 Zinslaufbeginn 17. Januar 2014 erster Zinstermin 22. Februar 2015	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137446 WKN113744	Aufstockung	22. Januar 2014	2 Jahre/fällig 11. Dezember 2015 Zinslaufbeginn 15. November 2013 erster Zinstermin 11. Dezember 2014	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102333 WKN 110233	Neuemission	29. Januar 2014	10 Jahre/fällig 15. Februar 2014 Zinslaufbeginn 31. Januar 2014 erster Zinstermin 15. Februar 2015	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141687 WKN 114168	Aufstockung	5. Februar 2014	5 Jahre/fällig 22. Februar 2019 Zinslaufbeginn 17. Januar 2014 erster Zinstermin 22. Februar 2015	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137453 WKN 113745	Neuemission	12. Februar 2014	2 Jahre/fällig 11. März 2016 Zinslaufbeginn 14. Februar 2014 erster Zinstermin 11. März 2015	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102333 WKN 110233	Aufstockung	19. Februar 2014	10 Jahre/fällig 15. Februar 2014 Zinslaufbeginn 31. Januar 2014 erster Zinstermin 15. Februar 2015	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Neuemission	26. Februar 2014	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141687 WKN 114168	Aufstockung	5. März 2014	5 Jahre/fällig 22. Februar 2019 Zinslaufbeginn 17. Januar 2014 erster Zinstermin 22. Februar 2015	ca. 4 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137453 WKN 113745	Aufstockung	12. März 2014	2 Jahre/fällig 11. März 2016 Zinslaufbeginn 14. Februar 2014 erster Zinstermin 11. März 2015	ca.4 Mrd.€	
Bundesanleihe ISIN DE0001102333 WKN 110233	Aufstockung	19. März 2014	10 Jahre/fällig 15. Februar 2014 Zinslaufbeginn 31. Januar 2014 erster Zinstermin 15. Februar 2015	ca. 4 Mrd. €	
			1. Quartal 2014 insgesamt	43 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2014 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau/ aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119964 WKN 111996	Neuemission	13. Januar 2014	6 Monate/fällig 16. Juli 2014	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119972 WKN 111997	Neuemission	27. Januar 2014	12 Monate/fällig 28. Januar 2015	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119980 WKN 111998	Neuemission	10. Februar 2014	6 Monate/fällig 13. August 2014	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119998 WKN 111999	Neuemission	24. Februar 2014	12 Monate/fällig 25. Februar 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119204 WKN 111920	Neuemission	10. März 2014	6 Monate/fällig 10. September 2014	ca.2Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119212 WKN 111921	Neuemission	24. März 2014	12 Monate/fällig 25. März 2015	ca.2 Mrd.€	
			1. Quartal 2014 insgesamt	ca. 12 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2014 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau/ aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	14. Januar 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn: 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	1-2 Mrd. €/	1,0 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes obligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	11. Februar 2014	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn: 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	1-2 Mrd. €/	1,0 Mrd. €
			1. Quartal 2014 insgesamt	1 - 2 Mrd.€/ 2,0 Mrd. €	2 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rats am 17. und 18. Februar und 10. und 11. März 2014 in Brüssel

Die Minister der Eurogruppe befassten sich am 17. Februar und am 10. März 2014 mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum, der Lage in den Programmländern Griechenland und Zypern sowie der Ausgestaltung des Instruments der direkten Bankenrekapitalisierung. Am 10. März 2014 berieten die Minister darüber hinaus über den Stand der Programmüberprüfung in Portugal sowie über die Lage in der Ukraine.

Gemäß der am 25. Februar 2014 veröffentlichten Projektion erwartet die Europäische Kommission, dass der Euroraum nach zwei Rückgängen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Folge in diesem Jahr wieder einen positiven Zuwachs von 1,2% und im nächsten Jahr von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr aufweisen dürfte. Der Vorsitzende der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem, betonte, dass die wirtschaftliche Erholung zwar weiter Fuß fasse, die Fortführung der Strukturreformen und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte jedoch wichtig sei, um das wiedergewonnene Vertrauen nicht zu verspielen und eine nachhaltige Rückführung der mit rund 95 ½ % des BIP inakzeptabel hohen Schuldenstandsquote im Euroraum sicherzustellen.

Am 10. März 2014 stellte die Kommission zudem ihre Beschlüsse zur wirtschafts- und finanzpolitischen Überwachung vor, die sie in einer Mitteilung am 5. März 2014 kommuniziert hatte. In Bezug auf ihre Empfehlungen im Defizitverfahren an Frankreich und Slowenien, den Abbau der übermäßigen Haushaltsdefizite fristgerecht zu erreichen, sagten die beiden Mitgliedstaaten die Umsetzung hierfür notwendiger Maßnahmen zu. Die Vorgehensweise im Hinblick auf die vertieften Analysen für die

17 Mitgliedstaaten im makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren zeigt, dass die neuen Regeln konsequent angewandt werden. So werden die Mitgliedstaaten mit übermäßigen Ungleichgewichten und der Aufforderung, entschiedene politische Maßnahmen zu ergreifen, eng von der Kommission im Europäischen Semester mit Prüfmissionen vor Ort überwacht. Deutschland wird angesichts seines Leistungsbilanzüberschusses ein Ungleichgewicht attestiert, allerdings kein übermäßiges. Im Zuge des Europäischen Semesters wird sich die Bundesregierung mit möglichen Politikempfehlungen befassen, die die Kommission im Frühsommer aussprechen wird.

Darüber hinaus stellte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble – ebenso wie seine Kollegen aus Österreich und Luxemburg den infolge der Bundestagswahlen verschobenen Zeitplan zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2014 dar. Deutschland wird parallel mit der Übermittlung des deutschen Stabilitätsprogramms am 8. April 2014 auch eine Aktualisierung des im Oktober 2013 übermittelten "Draft budgetary plans", der gesamtstaatlichen Haushaltsprojektion gemäß Two-Pack-Verordnung, an die Kommission übersenden. Die Eurogruppe wird die aktualisierten Haushaltsprojektionen dieser Mitgliedstaaten nach Stellungnahme durch die Kommission im Frühjahr bewerten.

Ein Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) berichtete über die aktuelle Sondierungsmission des IWF in der Ukraine, die dazu diene, sich ein Bild von der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes zu machen. Die Eurogruppe war sich einig in der Frage, die Ukraine finanziell unter Reformauflagen unterstützen zu wollen.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Der IWF solle für Hilfen an die Ukraine eine koordinierende Rolle einnehmen.

Zu Griechenland hatte die Troika im
Februar berichtet, bald wieder in das
Land zurückzukehren zu wollen, wobei
die Minister eine enge Zusammenarbeit
mit der Troika anmahnten. In der letzten
Eurogruppe konstatierte die Troika zwar
Fortschritte seit Wiederaufnahme ihrer
Mission vor Ort. Dennoch seien weitere
Maßnahmen notwendig, bevor die vierte
Programmüberprüfung abgeschlossen werden
könne

Zu Zypern begrüßte die Eurogruppe im März den erfolgreichen Abschluss der dritten Programmüberprüfung, zu der die Troika im Februar bereits eine erste mündliche Rückmeldung gegeben hatte: Die Haushaltsziele 2013 wurden mit deutlichem Sicherheitsabstand erreicht, die Rezession fiel weniger stark als angenommen aus, und die makrofinanzielle Stabilität hat sich verbessert. Die Eurogruppe befürwortete vorbehaltlich der nationalen parlamentarischen Verfahren die Freigabe der nächsten Tranche in Höhe von 150 Mio. € durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), da Zypern die vereinbarten Vorabmaßnahmen, die Annahme eines Privatisierungs- und eines Haushaltsrahmengesetzes, umgesetzt hat.

Die Troika bestätigte Portugal in der Eurogruppe im März zum Abschluss der elften Überprüfungsmission eine weiterhin vereinbarungsgemäße Programmumsetzung. Die wirtschaftliche Erholung setze sich fort. Auch die Finanzmarktlage verbessere sich im Zuge der entschlossenen Reformumsetzung.

Die Eurogruppe diskutierte sowohl im Februar als auch im März über die Ausgestaltung eines neuen ESM-Instruments zur direkten Bankenrekapitalisierung. Allerdings blieb weiterhin strittig, in welchem Umfang zunächst die Anteilseigner und die Gläubiger der Banken einen Beitrag geleistet haben müssen, bevor eine direkte Rekapitalisierung durch den ESM in Betracht

kommt. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble betonte, dass ein umfassendes Bail-in eine wesentliche Bedingung für eine Übernahme direkter Bankenrisiken durch den ESM sei und das Instrument der direkten Bankenrekapitalisierung erst am Ende einer Haftungskaskade zur Anwendung kommen könne. Hierüber wird die Eurogruppe voraussichtlich bei ihrem nächsten Treffen weiter verhandeln.

Ebenfalls an beiden Terminen des ECOFIN-Rats am 18. Februar und 10. März 2014 sowie an den jeweiligen Vorabenden fanden Gespräche zur Verordnung für einen einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) sowie zur intergouvernementalen Vereinbarung zum einheitlichen Abwicklungsfonds statt. Hier konnte im März in vielen Punkten Einvernehmen erzielt werden.

So wurde zur intergouvernementalen Vereinbarung festgehalten, dass ein Mitgliedstaat einer Kreditvergabe zulasten seines nationalen Kompartments in Bezug auf dessen noch nicht vergemeinschafteten Teil unter näher definierten Voraussetzungen widersprechen kann. Grundsätzlich soll die Kreditvergabe zwischen Kompartments auf 50 % des noch nicht vergemeinschafteten Anteils gedeckelt werden. Um eine nachträgliche Verwässerung der Regeln in der SRM-Verordnung zu verhindern, wird auch auf Vorschlag von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble festgeschrieben, dass Transfer und Fondsnutzung nur unter der Bedingung stattfinden können, dass die Vorschriften über ein striktes Bail-in von mindestens 8 % der Bilanzsumme eingehalten werden. Ansonsten soll der Mitgliedstaat die Einzahlung in den Fonds einseitig aussetzen können. Bei Streit über einen solchen Wegfall der Geschäftsgrundlage soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheiden. Zusätzlich zur intergouvernementalen Vereinbarung wollen die Vertragsparteien und Großbritannien eine Erklärung abgeben, dass sie beabsichtigen, die vereinbarten Bailin-Mindestregeln nicht gegen den Willen

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

eines Mitgliedstaats abzuschwächen. Im Falle einer Abwicklung grenzüberschreitender Gruppen soll die Lastenverteilung auf Basis der Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds stattfinden. Allerdings darf das Abwicklungsgremium zusätzlich auch Kriterien der Bankenabwicklungsrichtlinie (BRRD) berücksichtigen. Damit sollen asymmetrische Effekte vermieden werden. Offen blieben im Wesentlichen die Frage der Geschwindigkeit der Einzahlung durch den Bankensektor und die Vergemeinschaftung der national erhobenen Bankenabgaben sowie die Frage, ob und gegebenenfalls wie die Kreditaufnahmefähigkeit des Fonds durch Maßnahmen der Mitgliedstaaten gestärkt werden kann. Eine Lösung hierzu muss auch im Gesamtkontext mit der Verordnung zum SRM gefunden werden.

Um die Verhandlungen zur SRM-Verordnung im Trilog voranzubringen, einigten sich die Minister im ECOFIN-Rat im März auf ein erweitertes Verhandlungsmandat für die Präsidentschaft. In Fällen, in denen die Kommission eine Entscheidung des Abwicklungsgremiums ändern will, soll der Rat das Recht haben, die Änderungsentscheidung der Kommission abzulehnen. Er soll jedoch keine separaten inhaltlichen Entscheidungen treffen können. Über die Frage, ob bezüglich einer Bank ein Abwicklungsverfahren eingeleitet werden soll, soll nicht nur die Europäische Zentralbank (EZB), sondern auch das Board nach vorheriger Konsultation der EZB entscheiden können. Die Voraussetzungen für eine Zuständigkeit des Plenums des Abwicklungsgremiums bei Abwicklungsentscheidungen sollen angehoben werden. Hierbei soll nach Entscheidungen in der Aufbauphase des einheitlichen Abwicklungsfonds und solchen bei vollständiger Vergemeinschaftung des Fonds unterschieden werden. Bei der Abstimmung im Plenum des Abwicklungsgremiums soll grundsätzlich das Erfordernis einer doppelten Mehrheit (Mehrheit der Mitgliedstaaten und Volumen der eingezahlten Beiträge) beibehalten werden. Schließlich wurden die in der

Allgemeinen Ausrichtung vom Dezember 2013 vereinbarten Beitragsvorschriften und die Regelung von Details durch einen Durchführungsrechtsakt des Rats beibehalten.

Die Vorsitzende des Aufsichtsgremiums der neuen europäischen Bankenaufsicht, Danièle Nouy, die am 27. Januar 2014 ihre Arbeit aufgenommen hat, informierte die Minister im ECOFIN-Rat am 18. Februar 2014 über den Stand der Vorbereitungsarbeiten zur Übernahme der operativen Aufsichtsaufgaben im November 2014. Insgesamt verliefen diese inhaltlich plangemäß, was auch auf die gute Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden zurückzuführen sei. Zum Entwurf für die Rahmenverordnung des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus, die insbesondere die Zusammenarbeit zwischen EZB und nationalen Aufsichtsbehörden regeln soll, habe die EZB eine öffentliche Konsultation eingeleitet, die Finalisierung sei für Mai 2014 geplant. Die Stellenbesetzungen verliefen ebenfalls erfolgreich.

Des Weiteren nahm der ECOFIN-Rat im Februar Schlussfolgerungen zum Jahreswachstumsbericht 2014 an, der mit der Forderung nach einer Fortsetzung der differenzierten wachstumsfreundlichen Konsolidierung, der Wiederherstellung der Kreditvergabe an die Wirtschaft sowie der Strukturreformen zur Schaffung nachhaltiger Wachstumsbedingungen die wirtschaftspolitischen Prioritäten der vergangenen beiden Jahre fortschreibt.

Zum makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren (Frühwarnmechanismus-Bericht) wurden ebenfalls Schlussfolgerungen angenommen. Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses, Thomas Wieser, wies darauf hin, dass es angesichts der Tatsache, dass in diesem Jahr mehr als die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten einer eingehenden Überprüfung unterzogen würden, gerechtfertigt sei, den Prozess in Zukunft stärker zu fokussieren. Zudem stellte er klar, dass die Einbeziehung von sozialen

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Indikatoren nur zum Verständnis von sozialen Problemen beitragen solle, aber keine Grundlage für die Eröffnung eines Verfahrens sei.

Der ECOFIN-Rat stimmte zudem mit qualifizierter Mehrheit für eine Entlastungsempfehlung für die Durchführung des EU-Haushalts 2012, auf deren Grundlage das Europäische Parlament über die Entlastung entscheiden wird.

Die Präsidentschaft stellte schließlich im Februar auch die Haushaltsleitlinien des Rats für das Jahr 2015 vor, die die Prioritäten des Rats für die Haushaltsverhandlungen mit dem Europäischen Parlament formulieren und von der Kommission bei der Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2015 berücksichtigt werden sollen. Die Haushaltsleitlinien betonen unter anderem, dass Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen gewahrt bleiben muss und dass Haushaltsmittel insbesondere zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung bereitgestellt werden sollen. Der ECOFIN-Rat nahm die Haushaltsleitlinien einstimmig an.

Die vorgesehene Einigung auf eine Revision der EU-Zinsrichtlinie im ECOFIN-Rat am 11. März 2014 kam erneut aufgrund der fehlenden Zustimmung seitens Österreichs und Luxemburgs nicht zustande. Die beiden Mitgliedstaaten hielten weitere Fortschritte in den Verhandlungen mit Drittstaaten zur Sicherung eines kohärenten Vorgehens für notwendig. Sie schlossen aber eine politische Indossierung beim Europäischen Rat am 20. und 21. März 2014 nicht gänzlich aus, sodass

noch eine anschließende förmliche Annahme in der nächsten dem Europäischen Rat folgenden Ratsformation im März erfolgen könne.

Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch über die wirtschaftlichen Elemente des EU-Energie- und Klimarahmens 2030 auf Basis von Vorschlägen der Kommission zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats am 20. und 21. März 2014 statt. Die Minister unterstützten grundsätzlich die Vorschläge zum Emissionsminderungsziel (40%), zum Erneuerbare-Energien-Ziel (27% EUweit ohne nationale Ziele), zur Energieeffizienz (mögliches Ziel nach Überprüfung der Energieeffizienz-Richtlinie) und zur Stärkung des Emissionshandels. Sie betonten allerdings, dass beim Ergreifen von Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele auch die Kosteneffizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu berücksichtigen sei. Die Präsidentschaft wird die Position des ECOFIN-Rats in einem Brief an den Europäischen Rat übermitteln.

Schließlich berichteten Präsidentschaft und Kommission im ECOFIN-Rat im März über das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Februar 2014 in Sydney. Sowohl die Kommission als auch die EZB begrüßten hierbei insbesondere die Verabschiedung des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) entwickelten neuen Standards zum automatischen Informationsaustausch zu Finanzkonten im Bereich der internationalen Steuerpolitik.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

1./2. April 2014	Eurogruppe und Informeller ECOFIN in Athen
10. /11. April 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
11. bis 13. April 2014	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
5./6. Mai 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
15./16. Mai 2014	Europäischer Rat in Brüssel
19./20. Juni 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
26./27. Juni 2014	Europäischer Rat in Brüssel
7./8. Juli 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014

12. März 2014	Kabinettbeschluss zum 2. Entwurf Bundeshaushalt 2014
21. März 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
Mai 2014	Stabilitätsrat
6. bis 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018

12. März 2014	Kabinettbeschluss zu den Eckwerten Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
6. bis 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
2. Juli 2014	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
8. August 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
4. bis 6. November 2014	Steuerschätzung in Mecklenburg-Vorpommern

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
April 2014	März 2014	22. April 2014
Mai 2014	April 2014	22. Mai 2014
Juni 2014	Mai 2014	20. Juni 2014
Juli 2014	Juni 2014	21. Juli 2014
August 2014	Juli 2014	22. August 2014
September 2014	August 2014	22. September 2014
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014

 $^{^1} Nach \ IWF-Special \ Data \ Dissemination \ Standard \ (SDDS), siehe \ http://dsbb.imf.org.$

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Datensammlung zur Steuerpolitik (Ausgabe 2013)

 $Bund\ /\ L\"{a}nder-Finanzbeziehungen\ auf\ der\ Grundlage\ der\ Finanzverfassung\ (Ausgabe\ 2013)$

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Uber	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	83
1	Kreditmarktmittel	83
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den	
	Haushaltsjahren 2009 bis 2014	90
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2014	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014	96
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	98
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	100
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	102
12	Entwicklung der Staatsquote	103
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	104
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	107
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	108
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	110
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	111
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	112
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	113
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	114
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	
Abb.	5 ,	114
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes	
	und der Länder bis Dezember 2013	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2013	117

Gesa	mtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	121
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	122
2	Produktionspotenzial und -lücken	123
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum	
	preisbereinigten Potenzialwachstum	124
4	Bruttoinlandsprodukt	125
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	127
6	Kapitalstock und Investitionen	131
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	132
8	Preise und Löhne	133
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	135
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	135
2	Preisentwicklung	136
3	Außenwirtschaft	137
4	Einkommensverteilung	138
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	139
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	140
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	141
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	142
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	143
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	144
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	145
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	149

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 31. Dezember 2013	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Januar 2014			
Gliederu	ng nach Schuldenarte	en					
Inflations indexier te Bundes wert papiere	nflationsindexierte Bundeswertpapiere 54 000 1 000 0 55 000						
Anleihen ¹	679 000	5 000	24000	660 000			
Bund-Länder-Anleihe	405	0	0	405			
Bundesobligationen	239 000	5 000	0	244 000			
Bundesschatzbriefe ²	4 488	0	112	4376			
Bundesschatzanweisungen	114 000	4 000	0	118 000			
Unverzinsliche Schatzanweisungen	49 975	3 997	6 9 9 6	46 976			
Finanzierungsschätze ³	29	0	3	25			
Tagesanleihe	1 397	0	40	1 357			
Schuldscheindarlehen	12 222	0	0	12 222			
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 298	0	0	1 298			
Kreditmarktmittel insgesamt	1 155 814			1 143 659			

	Stand: 31. Dezember 2013		Stand: 31. Januar 2014
Gliederu	ng nach Restlaufzeite	en	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	199 033		194906
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	360 431		361 641
langfristig (mehr als 4 Jahre)	596 350		587 112
Kreditmarktmittel insgesamt	1 155 814		1 143 659

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung am 31. Dezember 2013	Belegung am 31. Dezember 2012						
	in Mrd. €								
Ausfuhren	145,0	133,8	127,4						
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	42,4	42,1						
FZ-Vorhaben	12,5	6,4	4,1						
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0						
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	108,5	108,7						
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	56,1						
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0						
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0						
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4						

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations – Haushalt Bund

			Central Governn	nent Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2014 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-	-
Juli	-	-	-	-	-	-
Juni	-	-		-		-
Mai	-	-	-	-	-	-
April	-	-		-	-	-
März	-	-	-	-	_	-
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534
2013 Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156321	-29 418	-30 261	111	954
	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1367
Juni Mari	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
Mai	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 2 1 3
April	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
März	59 487		-23 786	-24 193	- 107	168
Februar		35 678 17 690	-23 786	-24 082		3 2 2 2
Januar	37 510				-132	-22 480
2012 Dezember	306 775	283 956 240 077	-22 774	0	293 129	
November	281 560		-41 410	-8 531 21 107		-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162 132	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10344		-15 697
August	193 833	156 426	-37352	-19 849	123	-17379
Juli	184344	153 957	-30335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24484	-24357	- 123	- 250

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governr	ment Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2011 Dezem	ber	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
Novem	ber	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktobe	r	250 645	214035	-36 555	-13 661	181	-22 712
Septen	ber	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August		206 420	169910	-36 459	536	144	-36 851
Juli		185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni		150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai		129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257
April		109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März		83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554
Februa	•	63 623	34012	-29 593	-17 844	- 93	-11 841
Januar		42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861
2010 Dezem	ber	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
Novem	ber	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktobe	r	254887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
Septen	ber	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August		209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli		188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni		155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai		129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April		107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März		81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februa		60 455	31 940	-28 499	- 653	-115	-27 962
Januar		40 352	16 498	-23 844	-14 862	- 137	-9 118

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt – Schulden Bund

				Central Government D		
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Gewährleistungen
			Outsta	nding debt		- Containing Stangers
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in Mrd. €/€ bn			
2014	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-
	Juni		-	-	-	-
	Mai	-	-	-	-	-
	April		-	-	-	-
	März	-	-		-	-
	Februar		-	-	-	-
	Januar	194906	361 641	587 112	1 143 659	-
2013	Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	457
	November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-
	Oktober	204212	364 644	579 937	1 148 592	-
	September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470
	August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-
	Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-
	Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
	Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-
	April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-
	März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
	Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-
	Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
	Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	_
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
	Februar	217 655	364983	535 836	1 118 475	-
	Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt – Schulden Bund

			Central Government D	ebt	
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	Carrishalaiatora
		Outsta	nding debt		Gewährleistungen
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
Mai	232 210	364 702	534474	1 131 385	-
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
Februar	234948	362 885	514604	1 112 437	-
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-
2010 Dezember	234986	335 073	534991	1 105 505	343
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-
Juni	227 289	332 426	517873	1 077 587	335
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	
Januar	245 822	328 119	480 327	1054268	_

¹Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2009 bis 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	lst	Regierungs entwurf ¹
			Mr	d . €		
1. Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	298,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,5	+3,9	- 2,4	+3,6	+0,3	-3,0
2. Einnahmen ²	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	291,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+2,2
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,8	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-44,4	-17,7	-22,8	-22,3	-6,7
in % der Ausgaben	11,8	14,6	6,0	7,4	7,3	2,2
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	269,0	288,2	274,2	245,2	238,6	204,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-6,4	5,0	3,1	9,9	7,9	2,6
6. Tilgungen (+)	228,5	239,2	260,0	232,6	224,4	200,1
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-44,0	17,3	22,5	22,1	6,5
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	30,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+11,5	-3,8	- 2,7	+43,0	-7,8	- 10,0
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: März 2014.

¹ Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

² Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Ber}\ddot{\mathrm{u}}\mathrm{cksichtigung}$ der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart			Ist			Regierungs- entwurf ¹
			in Mi	o.€		CHEWUH
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	28 196	27 856	28 046	28 575	28 539
Aktivitätsbezüge	20 977	21 117	20 702	20 619	20938	20 749
Ziviler Bereich	9 269	9 443	9 274	9 289	9 599	10 604
Militärischer Bereich	11 708	11 674	11 428	11331	11 339	10 145
Versorgung	6 9 6 2	7 0 7 9	7 154	7 427	7 637	7 789
Ziviler Bereich	2 462	2 459	2 472	2 538	2 619	2 695
Militärischer Bereich	4500	4 620	4682	4889	5 018	5 094
Laufender Sachaufwand	21 395	21 494	21 946	23 703	23 152	24 287
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 544	1 545	1384	1 453	1 288
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 442	10 137	10287	8 550	9 9 9 1
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 508	10 264	12 033	13 148	13 007
Zinsausgaben	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840
an andere Bereiche	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840
Sonstige	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	33 058	32 759	30 446	31 261	28 798
an Ausland	3	8	-0	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	194 377	187 554	187 734	190 781	187 060
an Verwaltungen	14396	14 114	15 930	17 090	27 273	20617
Länder	8 754	8 579	10 642	11 529	13 435	13 969
Gemeinden	18	17	12	8	8	7
Sondervermögen	5 624	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6 640
Zweckverbände	1	1	1	1	0	1
an andere Bereiche	162 892	180 263	171 624	170 644	163 508	166 443
Unternehmen	22 951	24212	23 882	24 225	25 024	26 453
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 699	29 665	26718	26 307	27 055	27 779
an Sozialversicherung	105 130	120 831	115 398	113 424	103 693	104 331
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 336	1 665	1 668	1 656	1 892
an Ausland	3 858	4216	3 958	5 0 1 7	6 0 7 5	5 986
an Sonstige	5	3	2	2	5	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	277 175	270 156	269 971	273 811	268 725

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart			Ist			Regierungs-
			in Mi	o. €		entwurf ¹
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	8 504	7 660	7 175	7 760	7 895	7 809
Baumaßnahmen	6 830	6 2 4 2	5814	6 147	6 2 6 4	6 280
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	916	869	983	1 020	989
Grunderwerb	643	503	492	629	611	541
Vermögensübertragungen	15 619	15 350	15 284	16 005	15 327	16 886
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	14944	14589	15 524	14772	16 258
an Verwaltungen	5 852	5 2 0 9	5 243	5 789	4924	4802
Länder	5 804	5 142	5 178	5 152	4873	4736
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	68	65	56	52	66
Sondervermögen	-	-	-	581		1
an andere Bereiche	9338	9 735	9 3 4 6	9 735	9 848	11 456
Sonstige – Inland	6 462	6 599	6 060	6234	6 3 9 3	6308
Ausland	2876	3 136	3 287	3 501	3 455	5 148
Sonstige Vermögensübertragungen	429	406	695	480	555	628
an andere Bereiche	429	406	695	480	555	628
Unternehmen – Inland	0	0	260	4	7	30
Sonstige – Inland	148	137	123	129	141	134
Ausland	282	269	311	348	406	464
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	3 473	3 613	13 040	10 810	6 080
Darlehensgewährung	2 490	2 663	2 8 2 5	2 736	2 032	1 594
an Verwaltungen	1	1	1	1	0	1
Länder	1	1	1	1	0	1
an andere Bereiche	2 490	2 662	2 8 2 5	2 735	2 032	1 593
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	872	1 075	1 115	1 070	597	1 205
Ausland	1618	1 587	1710	1 666	1 435	388
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	788	10304	8 778	4486
Inland	13	13	0	0	91	143
Ausland	905	797	788	10 304	8 687	4343
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	27 532	26 483	26 072	36 804	34 032	30 775
Darunter: Investive Ausgaben	27 103	26 077	25378	36324	33 477	30 148
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-	-	-	-	-1 000
Ausgaben zusammen	292 253	303 658	296 228	306 775	307 843	298 500

¹Stand: Kabinettsbeschluss vom 12. März 2014.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	69 404	59 480	25 060	19 664	-	14 756
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 780	13 486	3 801	1 606	-	8 079
02	Auswärtige Angelegenheiten	14 445	5 529	549	199	-	4780
03	Verteidigung	32 366	32 175	15 239	15 838	-	1 098
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4350	3 971	2 483	1218	-	269
05	Rechtsschutz	476	443	270	132	-	41
06	Finanzverwaltung	3 987	3 877	2716	672	-	489
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	19 185	15 910	516	952	-	14 443
13	Hochschulen	4945	3 950	12	10	-	3 929
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	2 658	2 657	-	-	-	2 657
15	Sonstiges Bildungswesen	260	191	10	67	-	114
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 638	8 556	493	866	-	7 197
19	Übrige Bereiche aus 1	684	557	1	10	-	546
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 162	147 558	180	253	-	147 124
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 701	99 701	36	-	-	99 665
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 3 6 8	7 3 6 8	-	-	-	7368
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 299	1 826	-	3	-	1823
25	Arbeitsmarktpolitik	31 679	31 561	1	79	-	31 481
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	353	350	-	25	-	325
29	Übrige Bereiche aus 2	6 762	6 752	143	146	-	6 463
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 006	1 138	355	457	-	326
31	Gesundheitswesen	599	533	207	238	-	88
32	Sport und Erholung	135	119	-	4	-	116
33	Umwelt- und Naturschutz	668	308	89	157	-	62
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	604	178	58	59	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 182	819	-	12	-	807
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 670	809	-	2	-	807
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	508	10	-	10	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	954	536	15	220	-	301
52	Landwirtschaft und Ernährung	926	509	-	211	-	298
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	133	133	-	103	-	30
529	Übrige Bereiche aus 52	793	377	-	108	-	268
599	Übrige Bereiche aus 5	28	27	15	9	-	2

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	996	4 195	4 732	9 924	9 908
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	237	57	-	294	294
02	Auswärtige Angelegenheiten	123	4061	4732	8 9 1 6	8 915
03	Verteidigung	141	50	-	191	176
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	352	27	-	380	380
05	Rechtsschutz	33	-	-	33	33
06	Finanzverwaltung	110	0	-	110	110
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	140	3 135	-	3 275	3 275
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	1	-	1	1
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	137	1 944	-	2082	2 082
19	Übrige Bereiche aus 1	1	127	-	128	128
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	8	596	1	604	22
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	470	1	473	8
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII		3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	-	10	10
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	481	386	-	868	868
31	Gesundheitswesen	57	9	-	66	66
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	354	-	360	360
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	418	8	-	426	426
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 359	4	1 363	1 363
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	857	4	861	861
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	497	-	497	497
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	417	1	418	418
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	416	1	417	417
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	416	1	417	417
599	Übrige Bereiche aus 5	1	1	-	1	1

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 395	2 454	68	422	-	1 965
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 621	1 591	-	0	-	1 591
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	343	291	-	35	-	256
65	Handel und Tourismus	376	376	-	313	-	62
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 305	95	-	41	-	54
69	Regionale Fördermaßnahmen	603	10	-	9	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	80	79	68	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 415	4 069	1 019	1 953	-	1 098
72	Straßen	7 435	1 041	-	898	-	143
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 785	902	547	284	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 553	79	-	5	-	74
75	Luftfahrt	355	211	58	25	-	127
799	Übrige Bereiche aus 7	2 287	1 836	413	741	-	683
8	Finanzwirtschaft	35 798	36 760	1 327	353	28 840	6 240
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 585	5 585	-	-	-	5 585
82	Steuern und Finanzzuweisungen	693	655	-	-	-	655
83	Schulden	28 843	28 843	-	3	28 840	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	577	577	577	-	-	-
88	Globalposten	- 250	750	750	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	351	351	-	350	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	298 500	268 725	28 539	24 287	28 840	187 060

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	731	596	1 333	1 326
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	21	-	21	21
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	25	-	25	25
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	39	-	39	39
65	Handel und Tourismus	-	0	-	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	-	7	0	8	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen		8	596	604	604
69	Regionale Fördermaßnahmen	4	631	-	635	635
699	Übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 304	5 984	85	12 373	12 373
72	Straßen	4795	1 3 9 8	-	6 193	6 193
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	699	-	-	699	699
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4516	-	4516	4516
75	Luftfahrt	1	-	85	86	86
799	Übrige Bereiche aus 7	809	70	-	878	878
8	Finanzwirtschaft	-	38	0	39	39
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	
Summe a	aller Hauptfunktionen	7 895	15 327	10 810	34 032	33 477

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				I	st-Ergebniss	e			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	-0,7	- 0,2	-0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
öffentlichen Gesamthaushalts ²	76	24,3	21,5	19,0	19,1	0,0	14,4	15,7	_
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des									
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen ³	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	-11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erg	ebnisse				Regierungs- entwurf ¹
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	298,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,1	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	0,3	- 3,0
Einnahmen	Mrd.€	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	291,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,0	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	2,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 6,7
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	- 6,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,4	-0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,9	-0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,6
Anteil an den Personalausgaben des	%	14,8	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,8	
öffentlichen Gesamthaushalts ²	/0	17,0		17,5		13,1		12,0	·
Zinsausgaben	Mrd.€	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	28,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,6	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7	- 7,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	9,7
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,6	59,7	61,0	57,2	42,4	44,8	46,1	
öffentl. Gesamthaushalts ² Investive Ausgaben	Mrd. €	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	30,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,3	- 7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	- 7,8	- 9,9
	%	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	10,1
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben	/0	9,7	0,0	9,3	0,0	0,0	11,0	10,9	10,1
des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	39,9	37,1	27,8	30,2	27,7	39,5	36,6	
Steuereinnahmen ³	Mrd.€	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	21,0	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	3,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	90,1
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	92,2
Anteil am gesamten	%	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	
Steueraufkommen ⁴	/0	42,0	42,0	45,5	42,0	45,5	42,1	41,5	·
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	- 6,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	2,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	21,6
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	-2 254,1	- 111,2	-38,0	- 55,9	-67,0	-83,4	- 148,5	
öffentlichen Gesamthaushalts ² nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3		
darunter: Bund	Mrd. €	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5		

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

² Stand Dezember 2013; 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $^{^3\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Erg\ddot{a}nzungszuweisungen}\,\mathrm{an}\,\mathrm{L\ddot{a}nder}.$

Tabelle 9:	Entwicklung des (Öffentlichen Gesamthaushalts
------------	-------------------	------------------------------

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	777,0	787
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	750,1	749,9	772
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-27,7	-27,0	-15
davon:							
Bund ²							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	310,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,3
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-25,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	139,9	150½
Einnahmen	-	-	-	-	-	147,0	154½
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	7,1	4
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	354,0	359
Einnahmen	-	-	-	-	-	331,7	340½
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-22,2	-18
Länder ³							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,3	299,3	308
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	305½
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-8,9	-5,7	-2½
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	44,2	43½
Einnahmen	-	-	-	-	-	44,8	45
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	0,6	1½
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	323,6	331½
Einnahmen	-	-	-	-	-	317,9	330
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-5,6	-1½
Gemeinden ⁴							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0	193½
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8	199½
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8	6
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	12,2	11
Einnahmen	-	-	-	-	-	11,3	9½
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-0,9	-1
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	196,6	202
Einnahmen	-	-	-	-	-	197,5	207
Finanzierungssaldo			_	_	_	0,9	5

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	-0,1	1½
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,4	-0,0	3
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	1,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	7½
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	5
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1½
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	2½
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	2,8	1,4	3
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-1½
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	7.
Länder insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	21/2
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	4
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1	3½
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6	5½
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-12
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-14
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	3
Einnahmen	_		_		-		5

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

 $^{^2\,} Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.$

³ Kernhaushalte: bis 2011 Rechnungsergebnisse; 2012 Kassenergebnisse. Extrahaushalte: 2011 und 2012 Kassenergebnisse. 2013 Schätzung.

⁴ Kernhaushalte: bis 2011 Rechnungsergebnisse; 2012 Kassenergebnisse. Extrahaushalte: 2011 und 2012 Kassenergebnisse. 2013 Schätzung. Stand: Januar 2014.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen			
			dav	on		
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern Indirekte Steue		
Jahr		in Mrd. €		in	%	
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990		
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4	
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7	
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2	
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7	
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4	
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2	
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5	
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7	
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2	
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3	
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1	
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0	
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7	
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9	
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6	
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5	
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3	
		Bundesrepublik	Deutschland			
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1	
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0	
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8	
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7	
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2	
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8	
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6	
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0	
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1	

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steueraut	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepubli	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	620,5	320,2	300,3	51,6	48,4
2014 ²	640,3	332,7	307,6	52,0	48,0
2015 ²	663,8	349,5	314,3	52,7	47,3
2016 ²	686,3	365,9	320,4	53,3	46,7
2017 ²	706,8	381,1	325,7	53,9	46,1
2018 ²	731,5	399,4	332,1	54,6	45,4

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2013.

² Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen G	esamtrechnungen ²	Abgre	renzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags quote	
Jahr			in Relation	zum BIP in %			
1960	33,4	23,0	10,3				
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,	
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,	
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,	
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,	
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,	
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,	
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,	
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,	
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,	
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,	
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,	
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,	
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18	
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,	
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,	
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,	
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,2	17,	
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,	
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17.	
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,	
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,	
2006	39,5	22,2	17,3	37,4	21,1	16	
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15	
2008	39,7	23,1	16,5	38,2	22,7	15,	
2009	40,4	23,1	17,3	38,2	22,1	16,	
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,	
2011	39,5	22,7	16,8	37,6	22,0	15,	
2012	40,0	23,2	16,8	38,3	22,5	15,	
2013	40,0	23,2	16,8	38 1/2	22 1/2	1	

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2010 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2014.

³ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011 und 2012: Kassenergebnisse, 2013: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates							
		darunto	er					
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,2					
1965	37,1	25,4	11,6					
1970	38,5	26,1	12,4					
1975	48,8	31,2	17,7					
1980	46,9	29,6	17,3					
1985	45,2	27,8	17,4					
1990	43,6	27,3	16,4					
1991	46,2	28,2	18,0					
1992	47,1	27,9	19,2					
1993	48,1	28,2	19,9					
1994	48,0	28,0	20,0					
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6					
1995	54,9	34,3	20,6					
1996	49,1	27,6	21,4					
1997	48,2	27,0	21,2					
1998	48,0	26,9	21,1					
1999	48,2	27,0	21,3					
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2					
2000	45,1	23,9	21,2					
2001	47,6	26,3	21,4					
2002	47,9	26,2	21,7					
2003	48,5	26,4	22,0					
2004	47,1	25,8	21,3					
2005	46,9	26,0	20,9					
2006	45,3	25,4	19,9					
2007	43,5	24,5	19,0					
2008	44,1	25,0	19,1					
2009	48,3	27,2	21,1					
2010	47,9	27,5	20,3					
2011	45,2	25,7	19,5					
2012	44,7	25,3	19,4					
2013	44,7	25,2	19,5					

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

 $^{2010\,}bis\,2012: Vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis; Stand:\,August\,2013.\,\,2013: Vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis; Stand:\,Februar\,2014.$

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite		-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte		-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel iwS		-	-	986	1 124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 893
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	_						7 493

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zu züglich Kassen kredite.\\$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik¹

	2010	2011	2012
		in Mio. €	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7 3 1 3	14338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	į
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 620
Kassenkredite	4930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 54
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 33
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 840
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	66
Kassenkredite	0	58	4
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte ⁴	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 495	2 610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; \ Bundesministerium \ der \ Finanzen, \ eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2 \,} Einschließ lich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{haus}\mathrm{halte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetz}\mathrm{lichen}\,\mathrm{Sozial}\mathrm{versicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht}.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesamt	rechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP in	1%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-175,4	-167,9	-7,5	-9,5	-9,1	-0,4		-
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0		-
2000	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-47,3	-2,3
2002	-82,0	-75,9	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-65,5	-3,1
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,0	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-27,7	-1,1
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-28,7	-1,1
2013	0,3	-6,4	6,6	0,0	-0,2	0,2	-15	- 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2010 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2014.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2010: Rechnungsergebnisse, 2011 und 2012: Kassenergebnisse, 2013: Schätzung.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,1	0,2
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,7	-3,7	-4,0	-2,8	-2,6	-2,5
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,4	-0,1	-0,
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,9	1,6	-30,6	-13,1	-8,2	-7,4	-5,0	-3,0
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,7	-9,5	-9,0	-13,5	-2,0	-1,1
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-6,8	-5,9	-6,6
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,1	-5,3	-4,8	-4,1	-3,8	-3,7
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,8	-3,0	-3,0	-2,7	-2,5
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-8,3	-8,4	-6,3
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,1	-0,6	-0,9	-1,0	-2,7
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,5	-2,8	-3,3	-3,4	-3,4	-3,5
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-3,3	-3,3	-3,0
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,5	-2,5	-1,9	-1,5
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-5,9	-4,0	-2,5
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,3	-3,8	-5,8	-7,1	-3,8
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-7,7	-5,1	-4,5	-3,0	-3,2	-3,8
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-0,7	-1,8	-2,2	-2,3	-2,0
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,2	-3,7	-3,1	-2,5	-2,4
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-2,0	-2,0	-1,8
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-4,4	-2,9	-3,0	-3,5
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,8	-4,1	-1,7	-1,7	-2,7
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-5,0	-5,4	-6,5	-6,2
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,1	-3,6	-1,3	-1,4	-1,0	-1,0
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	-2,5	-1,9
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-2,0	-2,9	-3,0	-2,7
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,9	-5,0	-3,9	-4,8	4,6	-3,3
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,6	-3,0	-2,5	-2,0	-1,8
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-0,2	-0,9	-1,2	-0,5
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,5	-3,4	-10,1	-7,7	-6,1	-6,4	-5,3	-4,3
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,5	-2,7	-2,6
USA	-2,2	-4,7	-3,9	-3,1	1,5	-3,1	-10,9	-9,8	-9,1	-6,4	-5,7	-4,9
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,3	-8,9	-9,6	-9,6	-7,2	-5,8

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: EU-Kommission,\ Herbstprognose\ und\ Statistischer\ Annex,\ November\ 2013.$

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	79,6	77,1	74,1
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	98,0	99,8	100,4	101,3	101,0
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,7	9,1
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	37,0	27,2	91,2	104,1	117,4	124,4	120,8	119,1
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	110,0	148,3	170,3	156,9	176,2	175,9	170,9
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	94,8	99,9	104,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,5	66,8	82,4	85,8	90,2	93,5	95,3	96,0
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,6	105,7	119,3	120,7	127,0	133,0	134,0	133,1
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	116,0	124,4	127,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	24,5	25,7	28,7
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,8	69,5	71,3	72,6	73,3	74,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	74,8	76,4	76,9
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,3	72,8	74,0	74,8	74,5	73,5
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	127,8	126,7	125,7
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,4	63,2	70,1	74,2
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,4	52,4	54,3	57,2	58,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,7	49,2	53,6	58,4	61,0	62,5
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,5	85,6	87,9	92,6	95,5	95,9	95,4
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,5	19,4	22,6	24,1
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	49,0	50,6	52,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,7	46,4	45,4	44,3	43,7	45,1
Kroatien	-	-	-	-	-	-	44,9	51,6	55,5	59,6	64,7	69,0
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,4	41,9	40,6	42,5	39,3	33,4
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,9	40,2	39,6
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	80,7	79,9	79,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	58,2	51,0	52,5
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	37,9	38,5	39,1	39,5
Schweden	38,5	59,8	40,6	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,2	41,3	41,9	41,0
Vereinigtes Königreich	52,0	51,0	32,7	50,0	40,5	41,7	78,4	84,3	88,7	94,3	96,9	98,6
EU	-	-	-	-	61,8	62,9	80,0	82,9	86,6	89,7	90,2	90,0
USA	41,2	54,1	62,0	68,8	53,0	64,9	95,1	99,4	102,7	104,7	105,2	103,8
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	230,3	238,0	243,4	242,0	242,6

 $Quellen: \ EU-Kommission, Herbstprognose \ und \ Statistischer \ Annex, November \ 2013.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

land	Steuern in % des BIP											
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,7	23,2	
Belgien	21,3	27,5	30,3	29,2	30,8	30,1	30,1	28,7	29,5	29,9	30,8	
Dänemark	28,8	38,2	44,8	47,7	47,6	47,9	46,8	46,8	46,4	46,7	47,1	
Finnland	28,3	29,1	31,1	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,9	31,1	31,0	
Frankreich	22,5	21,1	24,3	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	28,3	
Griechenland	12,3	13,8	16,6	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,5	21,6	23,1	
Irland	23,3	24,5	29,2	27,5	26,7	26,3	24,1	22,1	21,8	23,3	24,2	
Italien	16,8	13,7	22,0	27,4	30,0	30,3	29,6	29,7	29,5	29,6	30,9	
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	16,8	-	
Kanada	23,8	28,3	27,6	30,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,8	25,9	
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	27,3	29,1	25,8	26,7	27,3	26,5	26,0	26,8	
Niederlande	22,7	25,1	23,7	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,8	23,7	-	
Norwegen	26,1	29,5	33,8	31,3	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,0	32,6	
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,6	27,8	28,3	
Polen	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	20,9	-	
Portugal	12,4	12,5	18,1	21,5	22,9	24,0	23,7	21,7	22,3	23,7	23,5	
Schweden	29,2	33,2	35,6	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,1	34,0	
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,6	21,1	
Slowakei	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	16,1	
Slowenien	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	23,0	22,1	22,2	
Spanien	10,5	9,7	16,3	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,3	20,1	21,1	
Tschechien	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	18,9	18,8	19,5	19,9	
Ungarn	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,1	24,1	26,2	
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	27,7	30,2	29,1	29,0	27,4	28,2	29,1	28,4	
Vereinigte Staaten	21,4	19,6	18,4	20,1	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Gesamtrechnung \, Gesamt$

 $^{^3\,1970\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,1	37,2	37,5	36,1	36,5	37,4	36,2	36,9	37,6	
Belgien	31,1	39,4	44,3	43,5	44,7	43,6	44,0	43,1	43,5	44,1	45,3	
Dänemark	30,0	38,4	46,1	48,8	49,4	48,9	47,8	47,8	47,4	47,7	48,0	
Finnland	30,4	36,6	39,8	45,7	47,2	43,0	42,9	42,8	42,5	43,7	44,1	
Frankreich	34,2	35,5	42,8	42,9	44,4	43,7	43,5	42,5	42,9	44,1	45,3	
Griechenland	18,0	19,6	25,8	29,1	34,3	32,5	32,1	30,5	31,6	32,2	33,8	
Irland	24,9	28,4	34,2	32,1	30,9	31,1	29,2	27,6	37,4	27,9	28,3	
Italien	25,5	25,4	33,6	39,9	42,0	43,2	43,0	43,4	43,0	43,0	44,4	
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	-	
Kanada	25,2	31,4	31,9	34,9	34,9	32,3	31,6	31,4	30,6	30,4	30,7	
Luxemburg	27,7	32,8	39,5	37,1	39,1	35,6	37,3	39,0	37,3	37,0	37,8	
Niederlande	32,8	40,7	42,4	41,5	39,6	38,7	39,2	38,2	38,9	38,6	-	
Norwegen	29,6	39,2	42,6	40,9	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,5	42,2	
Österreich	33,9	36,7	40,9	41,4	43,0	41,8	42,8	42,4	42,2	42,3	43,2	
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,8	34,2	31,7	31,7	32,3	-	
Portugal	15,9	19,1	24,5	29,3	30,9	32,5	32,5	30,7	31,2	33,0	32,5	
Schweden	33,3	41,3	47,4	47,5	51,4	47,4	46,4	46,6	45,4	44,2	44,3	
Schweiz	17,5	23,8	25,2	26,9	29,3	27,7	28,1	28,7	28,1	28,6	28,2	
Slowakei	-	-	-	40,3	34,1	29,5	29,5	29,1	28,3	28,7	28,5	
Slowenien	-	-	-	39,0	37,3	37,7	37,1	37,0	38,1	37,1	37,4	
Spanien	14,7	18,4	27,6	32,1	34,3	37,3	33,1	30,9	32,5	32,2	32,9	
Tschechien	-	-	-	35,9	34,0	35,9	35,0	33,8	33,9	34,9	35,5	
Ungarn	-	-	-	41,5	39,3	40,3	40,1	39,9	38,0	37,1	38,9	
Vereinigtes Königreich	30,4	34,9	37,0	33,6	36,4	35,7	35,8	34,2	34,9	35,7	35,2	
Vereinigte Staaten	24,7	24,6	24,6	26,7	28,4	26,9	25,4	23,3	23,8	24,0	24,3	

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Lord				Ges	amtausgab	en des Staat	es in % des B	IP			
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	47,9	45,2	44,7	44,7	44,5	44,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	52,4	53,3	54,9	54,0	54,0	53,9
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	40,5	37,6	39,5	38,6	37,6	36,7
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	55,5	54,8	56,2	57,5	58,0	57,9
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	56,5	55,9	56,6	57,0	56,8	56,6
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	51,3	51,9	53,6	58,2	47,1	45,1
Irland	52,5	42,3	40,9	31,2	34,0	65,5	47,2	42,7	42,3	40,1	37,6
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	50,5	49,9	50,7	51,2	50,5	50,1
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	43,5	42,6	44,3	44,0	44,0	44,7
Malta	-	_	38,5	39,5	43,6	41,6	41,7	43,4	44,5	44,3	44,5
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	51,4	49,9	50,5	50,2	51,0	49,5
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	52,8	50,8	51,7	52,1	51,7	51,3
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	51,5	49,3	47,4	49,1	46,8	45,3
Slowakei	-	_	48,6	52,1	38,0	40,0	38,4	37,8	36,0	37,0	36,2
Slowenien	-	_	52,3	46,5	45,1	49,4	49,9	48,1	50,1	52,0	48,4
Spanien	-	_	44,5	39,2	38,4	46,3	45,7	47,8	44,6	43,8	43,2
Zypern	-		33,4	37,1	43,1	46,2	46,3	46,4	48,1	48,0	46,0
Bulgarien	-	_	45,6	41,3	37,3	37,4	35,6	35,9	37,6	38,1	38,4
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	57,5	57,5	59,4	58,0	57,0	56,2
Kroatien	-	_	-	_	-	46,9	47,9	45,5	45,9	47,5	48,2
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	43,4	38,4	36,4	36,2	35,7	35,2
Litauen	-	_	34,4	39,8	34,0	42,2	38,7	36,0	35,5	34,5	33,4
Polen	-	_	47,7	41,1	43,4	45,4	43,4	42,2	41,5	40,7	40,3
Rumänien	-	_	34,1	38,6	33,6	40,1	39,5	36,6	36,3	36,2	36,3
Schweden	-	_	65,0	55,1	53,6	52,0	51,3	51,8	52,5	51,7	50,7
Tschechien	-	_	53,0	41,6	43,0	43,8	43,2	44,5	43,4	43,2	43,1
Ungarn	-	_	55,8	47,7	50,1	49,9	50,0	48,6	50,2	50,8	49,6
Vereinigtes Königreich	48,0	40,4	42,9	36,4	43,4	49,9	48,0	47,9	47,2	46,1	44,9
Euroraum ²	_	-	52,8	46,1	47,3	51,0	49,5	49,9	49,8	49,3	48,8
EU-28	-	_	-	-	_	50,6	49,0	49,3	49,1	48,5	47,9
USA	35,5	35,8	35,7	32,6	34,8	41,1	40,2	38,8	38,0	37,6	37,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	40,7	42,0	42,3	42,4	41,6	41,2

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

²Einschließlich Lettland.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

		EU-Hausl	nalt 2013		EU-Haushalt 2014					
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen		
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Rubrik										
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2		
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6		
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2		
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0		
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26		
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0		

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	- 892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	- 22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	- 749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	- 25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	- 46,4	-46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

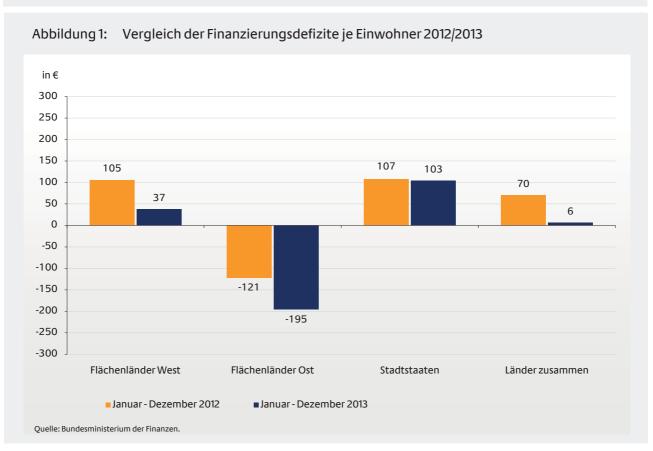
2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen				
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist				
		in Mio. €										
Bereinigte Einnahmen	213 972	220 150	52 488	54 735	36 915	38 268	296 755	306 14				
darunter:												
Steuereinnahmen	167 527	169 766	30 145	31 049	23 565	23 394	221 237	22420				
Übrige Einnahmen	46 445	50 384	22 343	23 686	13 350	14874	75 518	81 93				
Bereinigte Ausgaben	224 172	222 477	52 604	52 294	38 531	38 867	308 686	306 62				
darunter:												
Personalausgaben	87 460	85 488	13 032	12 645	11 146	12 152	111 638	11028				
Lfd. Sachaufwand	14451	14 606	3 809	3 750	8 3 3 4	9362	26 594	2771				
Zinsausgaben	12 701	11 869	2 494	2319	3 948	3 3 0 7	19 143	17 49				
Sachinvestitionen	4 401	4 0 2 0	1 755	1 641	799	749	6 9 5 5	6 41				
Zahlungen an Verwaltungen	65 431	66 227	18 244	19 073	814	1 024	77 869	7931				
Übrige Ausgaben	39 728	40 267	13 270	12 867	13 489	12 273	66 487	65 40				
Finanzierungssaldo	-10 200	-2 327	-116	2 441	-1 605	- 599	-11 921	- 48				



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2013

						in Mio. €					
		D	ezember 201	2	No	vember 2013	3	Dezember 2013			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	283 956	292 462	556 655	245 022	268 754	495 283	285 452	306 140	570 105	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	278 101	279 941	558 042	240 727	257 566	498 293	278 983	293 471	572 454	
111	Steuereinnahmen	256 086	214947	471 033	223 473	197 248	420 721	259 807	224209	484 01	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 631	54046	60 678	2272	49 465	51 737	2 549	56927	59 470	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	3 134	3 134	-	2 146	2 146	-	2 881	2 88	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	5 855	12 520	18 376	4 2 9 5	11 188	15 484	6 469	12 670	19 139	
121	Veräußerungserlöse	3 773	1 228	5 001	2 460	249	2 709	4 453	319	477	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	3 5 3 0	815	4345	2 280	73	2 353	4 2 5 8	73	4 33	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	379	6 455	6834	480	6352	6832	477	7 037	7 51!	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	306 775	298 103	585 116	286 965	277 300	545 771	307 843	306 625	592 982	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	269 971	265 554	535 525	257 717	252 811	510 527	273 811	275 129	548 94	
211	Personalausgaben	28 046	107 131	135 178	27 091	104 164	131 255	28 575	110284	138 86	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 988	30997	38 985	7 870	30913	38 783	8 2 1 6	32 556	40 772	
212	Laufender Sachaufwand	22361	26 639	49 000	18 139	24470	42 608	21 828	27719	49 54	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	11 404	17311	28 716	10 797	15 704	26 501	12 575	17951	30 52	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	30 487	18 564	49 051	30 657	16581	47 238	31 302	17 494	48 79	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	17 090	64188	81 278	24 781	60 143	84924	27 273	68 450	95 72	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-121	- 121	-	- 85	-85	-	-128	- 128	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8	59 255	59 263	8	55 997	56 005	8	63 744	63 75	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	36804	32 549	69 353	29 248	24489	53 737	34032	31 495	65 52	
221	Sachinvestitionen	7760	6584	14343	6 298	4806	11 104	7 895	6411	1430	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	5 790	10 144	15 934	4094	8 3 4 5	12 440	4925	10 861	15 78	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	36324	32 125	68 449	28 757	23 829	52 585	33 477	30 803	6428	

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2013

		in Mio. €									
		De	ezember 201	2	No	vember 2013	3	Dezember 2013			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 22 774 ²	-5 642	-28 415	-41 873 ²	-8 546	-50 419	-22 348 ²	- 485	-22 83	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	250 914	84343	335 257	231 049	73 153	304 202	251 160	82 857	334 01	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	228 434	85 383	313 817	212 905	82 003	294909	229 088	86 440	315 52	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	22 480	-1 040	21 440	18 144	-8 850	9 293	22 072	-3 583	18 48	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-17 665	5 159	-12 506	-2 484	5 656	3 172	-5 772	3 628	-2 14	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 937	15 937	-	14272	14272	-	13 559	13 55	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	17875	-5 967	11 908	2 485	-6 408	-3 924	6 103	-5 323	77	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich \,haushaltstechnische \,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	40 478	48 869 a	10 829	22 004	7 335	26 352	56 770	13 819	3 425
11	Einnahmen der laufenden Rechung	39 327	46 994 b	10 031	21 421	6 639	25 662	54758	13 321	3 344
111	Steuereinnahmen	30 076	37 569	6 202	17 543	3 897	19 921 ⁵	44 665	10 206	2 457
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	7184	4 895	3 123	2 615	2 405	3 449	7 2 7 8	2 274	758
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	221	-	-	63	225	142	67
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	522	-	469	246	517	281	125
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 151	1 876 °	798	584	696	690	2013	498	81
121	Veräußerungserlöse	46	1	12	16	4	4	10	58	5
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	-	-	3	-	57	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	640	1 039	293	484	256	552	1 207	269	52
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	40 688	46 759 ^d	10 119	22 512	7 017	26 733	59 220	14 364	3 883
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	37 104	41 347 ^d	8 766	20 528	5 930	25 055	53 833	12 873	3 490
211	Personalausgaben	15 172	19 027	2 286	8 3 5 9	1 798	10 343 2	22 208 ²	5 468	1 398
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 031	5 539	209	2 767	128	3 401	7706	1 780	555
212	Laufender Sachaufwand	2 206	3 592 e	648	1816	443	1 829	3 3 9 6	1 046	189
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 865	2 828 e	540	1 405	393	1 472	2 532	875	163
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 727	948 ^f	465	1 268	342	1 665	3 937	983	479
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	12571	13 057	3 572	5724	2 261	7 172	14753	3 348	605
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	2 885	4 007	-	1 322	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	9 5 7 1	8 928	3 068	4337	1 871	7 002	14049	3 243	592
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 584	5 412	1 353	1984	1 087	1 679	5387	1 491	393
221	Sachinvestitionen	739	1 638	111	634	284	285	448	80	50
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 478	1 869	477	774	392	381	2 104	550	122
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 475	5 251	1 353	1 954	1 087	1 679	5 198	1 446	374

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2013

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 210	2 110 ^g	710	- 508	318	- 381	-2 450	- 546	- 458
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	9 293	1 556 ^h	2 665	4 695	1 154	5 4 1 6	20 788	6 933	1 415
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7516	3 217 ^h	4114	5 769	1 254	6 493	19 809	6388	1 195
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	1 777	-1 661	-1 450	-1 075	-100	-1 076	979	546	221
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	395	-	-	1 672	50	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 256	-	-	1 231	320	1 324	1 975	1	461
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-3 989	27	227	-351	595	126	- 519	- 49	224

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}nder summe\, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"{a}ndern\, im\, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 830,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 379,3 Mio. €, d 341,5 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 341,0 Mio. €, g 489,0 Mio. €, h 357,0 Mio. €.

⁴ BY - Die angegebene Schuldenaufnahme am Kreditmarkt von -1660,9 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 1000 Mio. € dargestellt werden.

⁵ NI - Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2013

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	17 156	10 118	9 760	9 297	22 746	4 368	11 219	306 140
11	Einnahmen der laufenden Rechung	15 620	9 520	9 467	8 650	21 820	4 259	11 045	293 471
111	Steuereinnahmen	9 995	5 590	7 3 2 9	5 3 6 5	11 921	2 409	9064	224 209
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 946	3 388	1 547	2 833	7 809	1 425	999	56 927
1121	darunter: Allgemeine BEZ	404	229	105	223	998	190	15	2881
1122	Länderfinanzausgleich ¹	988	565	159	554	3 416	565	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 536	598	294	648	926	109	174	12 670
121	Veräußerungserlöse	1	4	1	9	139	0	9	319
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	3	0	1	2	0	5	73
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	892	333	181	302	316	84	137	7 037
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 334	9 869	9 645	8 956	22 266	4 852	11 815	306 625
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	13 275	8 633	8 913	7 694	20 869	4271	10952	275 129
211	Personalausgaben	3 754	2 448	3 512	2 359	6938	1 440	3 774	110284
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	221	207	1 264	174	1 766	491	1321	32 556
212	Laufender Sachaufwand	1 062	904	533	694	5 611	743	3 009	27719
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	739	344	445	387	2 523	352	1 090	17951
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	301	632	863	578	1914	629	764	17 494
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4990	2 770	2 729	2 549	309	191	256	68 450
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	65	-128
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 983	2 3 1 1	2 626	2 126	7	12	20	63 744
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 059	1 236	732	1 262	1 396	580	862	31 495
221	Sachinvestitionen	729	254	146	263	276	73	401	6 411
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 115	467	319	480	79	200	53	10 861
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 059	1 236	730	1 262	1 265	575	862	30 803

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2013

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	822	249	115	341	480	- 484	- 596	- 485
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	615	4232	2 502	1 213	6880	9378	4123	82 857
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	969	4257	3 199	1 608	7 836	8 992	3 825	86 440
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 354	- 25	- 697	- 395	- 956	386	297	-3 583
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	943	-	-	139	65	365	3 628
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4215	77	-	100	386	636	1 577	13 559
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 966	- 402	211	- 129	- 30	- 298	-5 323

 $^{^1 \}text{In der L\"{a}nders umme ohne Zuweisungen von L\"{a}ndern im L\"{a}nderfinanzausgleich.}$

² Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 830,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 379,3 Mio. €, d 341,5 Mio. €, e 0,5 Mio. €,

f 341,0 Mio. €, g 489,0 Mio. €, h 357,0 Mio. €.

⁴ BY - Die angegebene Schuldenaufnahme am Kreditmarkt von - 1660,9 Mio. € ist der valutarische Wert. Beim Jahresabschluss kann eine haushaltsmäßige Schuldentilgung von insgesamt 1000 Mio. € dargestellt werden.

 $^{^{5}}$ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel in Höhe von 0,1 Mio. \in .

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Jahresprojektion der Bundesregierung vom 12. Februar 2014

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc.europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlage-

- vermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden - im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2014 der Bundesregierung.
- 6. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter-beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben

der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie inwirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte. symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.¹

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		Badgetsennesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2014	2 855,8	2 830,0	-25,8	0,210	-5,4
2015	2 946,2	2 935,2	-10,9	0,210	-2,3
2016	3 034,5	3 026,9	-7,6	0,210	-1,6
2017	3 125,4	3 121,4	-4,0	0,210	-0,8
2018	3 218,9	3 218,9	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

¹http://www.bundesfinanzministerium.de/ nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/ Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-undberichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/ node.html?__nnn=true

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktio	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,4		835,2		32,3	2,3	19,5	2,3
1981	1 414,3	+2,2	889,5	+6,5	8,9	0,6	5,6	0,6
1982	1 443,1	+2,0	949,2	+6,7	-25,5	-1,8	-16,8	-1,8
1983	1 472,1	+2,0	995,4	+4,9	-32,2	-2,2	-21,8	-2,2
1984	1 502,2	+2,0	1 036,0	+4,1	-21,7	-1,4	-15,0	-1,4
1985	1 533,3	+2,1	1 079,9	+4,2	-18,3	-1,2	-12,9	-1,2
1986	1 567,8	+2,3	1 137,3	+5,3	-18,2	-1,2	-13,2	-1,2
1987	1 604,3	+2,3	1 178,7	+3,6	-32,9	-2,0	-24,2	-2,0
1988	1 643,8	+2,5	1 228,1	+4,2	-14,2	-0,9	-10,6	-0,9
1989	1 689,2	+2,8	1 298,3	+5,7	4,0	0,2	3,1	0,2
1990	1 738,9	+2,9	1 382,0	+6,4	43,2	2,5	34,3	2,5
1991	1 791,9	+3,0	1 468,0	+6,2	81,3	4,5	66,6	4,5
1992	1 846,0	+3,0	1 594,0	+8,6	63,0	3,4	54,4	3,4
1993	1 894,4	+2,6	1 701,0	+6,7	-4,6	-0,2	-4,1	-0,2
1994	1 934,3	+2,1	1 780,1	+4,6	2,3	0,1	2,1	0,1
1995	1 969,1	+1,8	1 848,5	+3,8	0,0	0,0	0,0	0,0
1996	2 000,7	+1,6	1 890,2	+2,3	-16,1	-0,8	-15,2	-0,8
1997	2 030,6	+1,5	1 923,5	+1,8	-11,6	-0,6	-10,9	-0,6
1998	2 060,5	+1,5	1 963,3	+2,1	-3,8	-0,2	-3,6	-0,2
1999	2 092,6	+1,6	1 997,8	+1,8	2,6	0,1	2,4	0,1
2000	2 126,3	+1,6	2 016,3	+0,9	33,0	1,5	31,2	1,5
2001	2 159,5	+1,6	2 070,8	+2,7	32,4	1,5	31,1	1,5
2002	2 191,0	+1,5	2 131,0	+2,9	1,2	0,1	1,2	0,1
2003	2 219,9	+1,3	2 182,9	+2,4	-36,0	-1,6	-35,4	-1,6
2004	2 248,4	+1,3	2 234,5	+2,4	-39,1	-1,7	-38,8	-1,7
2005	2 276,2	+1,2	2 276,2	+1,9	-51,8	-2,3	-51,8	-2,3
2006	2 305,9	+1,3	2 313,1	+1,6	0,8	0,0	0,8	0,0
2007	2 335,7	+1,3	2 381,2	+2,9	46,4	2,0	47,3	2,0
2008	2 363,8	+1,2	2 428,5	+2,0	44,1	1,9	45,3	1,9
2009	2 385,3	+0,9	2 479,5	+2,1	-101,3	-4,2	-105,3	-4,2
2010	2 409,4	+1,0	2 530,5	+2,1	-33,8	-1,4	-35,5	-1,4
2011	2 439,3	+1,2	2 593,4	+2,5	15,6	0,6	16,5	0,6
2012	2 473,1	+1,4	2 667,9	+2,9	-1,4	-0,1	-1,5	-0,1
2013	2 510,0	+1,5	2 767,7	+3,7	-28,9	-1,2	-31,9	-1,2
2014	2 547,6	+1,5	2 855,8	+3,2	-23,0	-0,9	-25,8	-0,9
2015	2 585,0	+1,5	2 946,2	+3,2	-9,6	-0,4	-10,9	-0,4
2016	2 619,1	+1,3	3 034,5	+3,0	-6,6	-0,3	-7,6	-0,3
2017	2 653,5	+1,3	3 125,4	+3,0	-3,4	-0,1	-4,0	-0,1
2018	2 688,2	+1,3	3 218,9	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in%ggü.Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,1	0,9
1990	+2,9	1,8	0,2	0,9
1991	+3,0	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,2	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,6
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,8	0,0	0,5
2006	+1,3	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,5	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,4	0,5	0,5	0,4
2013	+1,5	0,5	0,5	0,4
2014	+1,5	0,6	0,5	0,4
2015	+1,5	0,7	0,4	0,4
2016	+1,3	0,7	0,2	0,4
2017	+1,3	0,7	0,1	0,4
2018	+1,3	0,8	0,1	0,5

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,7
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,7
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,-
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,!
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	
 1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,
1997	2019,1	+1,7	1912,6	+2,
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,
 1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbe	reinigt ¹	nom	inal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3, 9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,0	-5,1	2 374,2	-4,0
2010	2 375,7	+4,0	2 495,0	+5,1
2011	2 454,8	+3,3	2 609,9	+4,6
2012	2 471,8	+0,7	2 666,4	+2,2
2013	2 481,1	+0,4	2 735,8	+2,6
2014	2 524,6	+1,8	2 830,0	+3,4
2015	2 575,4	+2,0	2 935,2	+3,7
2016	2 612,5	+1,4	3 026,9	+3,1
2017	2 650,1	+1,4	3 121,4	+3,1
2018	2 688,2	+1,4	3 218,9	+3,1

 $^{^{1}} Verkettete \, Volumen angaben, \, berechnet \, auf \, Basis \, der \, vom \, Statistischen \, Bundesamt \, ver\"{o}ffentlichten \, Indexwerte \, (2005 = 100).$

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert			
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
1960	54632			59,9	32 275		
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4	
1962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3	
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2	
1964	55 2 1 9	+0,3		60,2	32 945	+0,1	
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6	
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3	
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3	
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1	
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6	
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4	
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5	
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6	
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2	
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9	
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5	
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4	
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2	
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0	
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9	
	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7	
1980							
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1	
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8	
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9	
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9	
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4	
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9	
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4	
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4	
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9	
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2	
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8	
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4	
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3	
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1	
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4	
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2 65,5	37 772	-0,1	
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1	
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1	
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5	

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Trend Tatsächlich bzw. prognostiziert		tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7	
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3	
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6	
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9	
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3	
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1	
2006	64 029	-0,0	67,8	67,8	39 192	+0,6	
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7	
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2	
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 372	+0,1	
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 587	+0,5	
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 152	+1,4	
2012	63 163	-0,1	69,5	69,5	41 608	+1,1	
2013	63 149	-0,0	69,8	69,9	41 841	+0,6	
2014	63 057	-0,1	70,1	70,2	42 081	+0,6	
2015	62 872	-0,3	70,4	70,6	42 225	+0,3	
2016	62 626	-0,4	70,7	70,8	42 291	+0,2	
2017	62 403	-0,4	70,9	70,9	42 358	+0,2	
2018	62 179	-0,4	71,2	71,1	42 424	+0,2	
2019	61 952	-0,4	71,4	71,3			
2020	61 825	-0,2	71,6	71,6			
2021	61 739	-0,1	71,8	71,9			

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamts;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAWRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen		
1960			2 165		25 095		1,4		
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9		
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8		
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0		
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9		
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8		
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8		
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0	
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0	
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0	
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27814	+2,9	0,5	1,1	
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,2	
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2	
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,4	
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,6	
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,9	
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,2	
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,0	
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,	
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,7	
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,3	
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9	
1982	1712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5	
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1	
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,5	
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,9	
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,	
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,2	
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3	
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3	
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3	
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2	
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,3	
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,3	
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,4	
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5	
1996	1516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,7	
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9	
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,1	
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2	

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	Tatsächlich bzw. prognostiziert				NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Erwerbs- personen	NAVVKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,6
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,6
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,7
2009	1 405	-0,4	1 382	-2,8	35 901	+0,1	7,4	7,3
2010	1 400	-0,3	1 404	+1,6	36 111	+0,6	6,8	6,9
2011	1 397	-0,2	1 405	+0,1	36 604	+1,4	5,7	6,4
2012	1 394	-0,2	1 393	-0,9	37 060	+1,2	5,3	5,9
2013	1 392	-0,1	1 388	-0,4	37358	+0,8	5,2	5,4
2014	1 391	-0,1	1 387	-0,1	37 593	+0,6	4,9	4,9
2015	1 392	+0,0	1 393	+0,5	37 689	+0,3	4,9	4,5
2016	1 393	+0,1	1 394	+0,1	37 755	+0,2	4,6	4,2
2017	1 394	+0,1	1 395	+0,1	37 821	+0,2	4,3	4,1
2018	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 887	+0,2	4,0	4,1
2019	1 397	+0,1	1 397	+0,1				
2020	1 398	+0,1	1 398	+0,1				
2021	1 399	+0,1	1 399	+0,1				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

² NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 8 2 3, 4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 3 1 5, 5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 3 7 8 , 1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 3 8 4, 7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	389,9	-11,7	2,0
2010	12 113,1	+1,1	412,2	+5,7	2,4
2011	12 252,5	+1,2	440,5	+6,9	2,5
2012	12 394,7	+1,2	431,3	-2,1	2,4
2013	12 535,3	+1,1	427,7	-0,8	2,3
2014	12 670,8	+1,1	442,9	+3,5	2,5
2015	12 808,9	+1,1	465,0	+5,0	2,6
2016	12 962,4	+1,2	477,8	+2,8	2,5
2017	13 129,8	+1,3	491,0	+2,8	2,5
2018	13 306,2	+1,3	504,5	+2,8	2,5

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4294
1982	-7,4314	-7,4190
1983	-7,4141	-7,4075
1984	-7,3961	-7,3952
1985	-7,3814	-7,3820
1986	-7,3718	-7,3680
1987	-7,3662	-7,3530
1988	-7,3450	-7,3367
1989	-7,3180	-7,3194
1990	-7,2866	-7,3016
1991	-7,2573	-7,2840
1992	-7,2459	-7,2679
1993	-7,2510	-7,2536
1994	-7,2351	-7,2410
1995	-7,2238	-7,2299
1996	-7,2171	-7,2199
1997	-7,2052	-7,2105
1998	-7,2001	-7,2014
1999	-7,1966	-7,1921
2000	-7,1770	-7,1822
2001	-7,1639	-7,1725
2002	-7,1615	-7,1634
2003	-7,1628	-7,1550
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1396
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1081	-7,1197
2009	-7,1473	-7,1151
2010	-7,1258	-7,1101
2011	-7,1064	-7,1052
2012	-7,1051	-7,1001
2013	-7,1064	-7,0947
2014	-7,0960	-7,0885
2015	-7,0851	-7,0819
2016	-7,0764	-7,0749
2017	-7,0681	-7,0675
2018	-7,0599	-7,0599

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	. 83,9 3 94,7 + 9 104,8 + 0 112,4 2 123,0 2 136,5 +	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

 $Gesamtwirts chaftliches \ Produktionspotenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,0	1 232,2	+0,2
2010	105,0	+1,0	106,2	+2,0	1 268,6	+3,0
2011	106,3	+1,2	108,4	+2,1	1 324,0	+4,4
2012	107,9	+1,5	110,2	+1,6	1 375,9	+3,9
2013	110,3	+2,2	111,9	+1,6	1 415,2	+2,9
2014	112,1	+1,7	113,6	+1,5	1 460,6	+3,2
2015	114,0	+1,7	115,6	+1,7	1 509,6	+3,4
2016	115,9	+1,7	117,7	+1,8	1 552,9	+2,9
2017	117,8	+1,7	119,9	+1,8	1 597,3	+2,9
2018	119,7	+1,7	122,0	+1,8	1 642,8	+2,8

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoii	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	itige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6
2013	41,8	+0,6	53,7	2,3	5,2	+0,4	-0,1	+0,2	17,2
2008/03	39,4	+0,7	52,5	3,9	9,1	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2013/08	41,0	+0,7	53,3	2,7	6,3	+0,6	-0,1	+0,4	17,7

 $^{^{1}}$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\, {\}rm Anteil}\, {\rm der}\, {\rm Bruttoan lage investitionen}\, {\rm am}\, {\rm Bruttoin lands produkt}\, ({\rm nominal}).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p. a	а.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2013	+2,7	+2,2	+1,4	+1,7	+1,6	+1,5	+2,0
2008/03	+2,9	+0,9	-0,8	+1,2	+1,4	+1,9	-0,5
2013/08	+2,0	+1,4	+0,1	+1,4	+1,4	+1,4	+2,0

 $^{^{1}} Einschlie {\it Slich private Organisation} en ohne Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p. a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0
2013	+0,3	-0,9	173,7	202,0	50,6	44,3	6,3	7,4
2008/03	+9,2	+8,7	127,8	123,1	42,7	37,2	5,5	5,3
2013/08	+3,1	+3,2	146,7	166,9	48,5	42,8	5,7	6,5

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
			, ,	unbereinigt ¹	bereinigt ²	ŕ	,
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	a. 		1%	Veränderun	ıg in % p. a.
1991		•	•	70,8	70,8	•	•
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1
2013	+3,1	+3,9	+2,8	66,8	68,0	+2,2	+0,3
2008/03	+3,3	+7,2	+1,5	66,2	67,7	+1,1	-0,5
2013/08	+2,3	+1,2	+2,9	66,5	67,8	+2,1	+0,8

 $^{^1}$ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche \	Veränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,5	+1,7	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	+2,3	+1,8	-0,1	+0,1	+1,1	+1,4
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+1,3	+3,0	+3,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,6	+6,1	-1,1	+2,2	+0,2	+0,3	+1,7	+2,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-6,4	-4,0	+0,6	+2,9
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,3	+0,5	+1,7
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+0,9	+1,7
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,5	-2,5	-1,8	+0,7	+1,2
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	+3,1	+1,9	-0,2	+1,9	+1,8	+1,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	+4,0	+1,6	+0,8	+1,8	+1,9	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-1,0	+0,2	+1,2
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-2,7	-1,0	+0,7
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,1	+2,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,7	-0,8	-0,6	+0,6	+1,6
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,1	+1,7
Bulgarien		-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,5	+1,5	+1,8
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-1,0	+1,8	+2,2
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	+1,1	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8
Kroatien	-	-	-	+3,8	+4,3	-2,3	+0,0	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+5,3	+10,1	-1,3	+5,3	+5,0	+4,0	+4,1	+4,2
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,4	+3,6	+3,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+0,7	+1,8	+2,1
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,3	+2,5	+2,9
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,2	+0,7	+2,2	+2,1	+2,4
Schweden	+2,2	+0,8	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+1,0	+1,1	+2,8	+3,5
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,4	+3,2	+1,7	+1,1	+0,1	+1,3	+2,2	+2,4
EU	-	-	-	+3,9	+2,2	+2,0	+1,7	-0,4	+0,0	+1,4	+1,9
USA	+4,2	+1,9	+2,7	+4,1	+3,4	+2,5	+1,8	+2,8	+1,6	+2,6	+3,1
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,6	+2,0	+2,1	+2,0	+1,3

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose und Statistischer Annex, November 2013.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlicl	ne Veränderunge	n in %		
Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,7	+1,7	+1,6
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,3	+1,5
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,4	+2,8	+3,1
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,8	+0,9	+1,2
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	+0,3
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,8	+0,9	+0,6
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,4	+1,3
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,5	+1,6	+1,5
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	+1,6
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,1	+1,8	+2,1
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,7	+1,7	+1,6
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,6	+1,0	+1,2
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,9	+1,5
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	+1,9
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,9	+1,8
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,5	+1,4	+2,1
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,5	+1,6
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,6	+1,5	+1,7
Kroatien	+2,2	+1,1	+2,2	+3,4	+2,6	+1,8	+2,0
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,3	+2,1	+2,1
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,4	+1,9	+2,4
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,1	+2,2	+3,0
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,0	+2,0	+2,2
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,3	+2,5	+3,4
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,6	+1,3	+1,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+2,3	+2,1
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,7	+1,6	+1,6
USA	-0,3	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,9	+2,1
Japan	-1,3	-0,7	-0,3	+0,0	+0,3	+2,6	+1,2

 $\label{thm:prognose} \textit{Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2013.}$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

land				i	n % der zivile	en Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,6	8,7	8,4
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,9	12,5	10,2	9,3	9,0	8,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,3	12,3	11,7
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0	24,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	20,1	21,7	25,0	26,6	26,4	25,3
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,7	9,6	10,2	11,0	11,2	11,3
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,4	12,1
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	6,3	7,9	11,9	16,7	19,2	18,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,8	5,1	5,7	6,4	6,5
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,5	6,4	6,4	6,3	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,5	4,4	5,3	7,0	8,0	7,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	4,2	4,3	5,1	5,0	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	12,0	12,9	15,9	17,4	17,7	17,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	7,3	8,2	8,9	11,1	11,6	11,6
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	14,5	13,7	14,0	13,9	13,7	13,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,4	7,8	7,7	8,2	8,3	8,1
Euroraum	9,1	7,6	10,7	8,5	9,1	10,1	10,1	11,4	12,2	12,2	11,8
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	12,9	12,4	11,7
Tschechien	-	-	4,0	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,1	7,0	6,7
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,5	7,3	7,2	7,0
Kroatien	-	-	-	15,8	12,8	11,8	13,5	15,9	16,9	16,7	16,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,8	16,2	15,0	11,7	10,3	9,0
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	18,0	15,4	13,4	11,7	10,4	9,5
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	10,9	11,0	10,4	10,1
Polen	-	-	13,3	16,1	17,9	9,7	9,7	10,1	10,7	10,8	10,5
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	7,0	7,3	7,1	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	8,0	8,1	7,9	7,4
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,7	7,5	7,3
EU	-	-	-	8,9	9,1	9,7	9,7	10,5	11,1	11,0	10,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,5	6,9	6,5
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,9	3,8

 $Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose \, und \, Statistischer \, Annex, \, November \, 2013.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

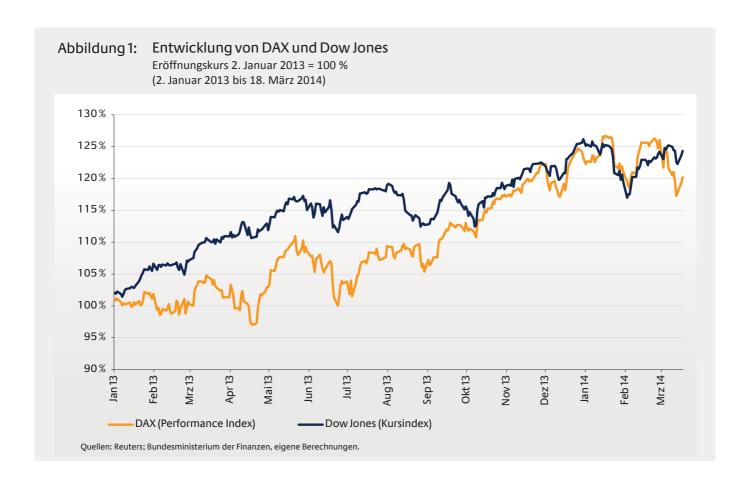
	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no ruttoinlan	ominalen dprodukts	5
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+2,1	+3,4	+10,1	+6,5	+6,5	+5,9	4,4	2,9	2,1	1,6
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+1,5	+3,0	+8,4	+5,1	+6,7	+5,7	5,1	3,7	2,9	2,3
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,4	+1,5	+8,0	+0,6	+0,0	+1,9	-6,3	-8,4	-7,3	-7,4
Asien	+7,8	+6,4	+6,3	+6,5	+6,3	+4,7	+5,0	+4,7	0,9	0,9	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,7	+7,6	+7,3	+5,4	+2,6	+2,7	+3,0	1,9	2,3	2,5	2,
Indien	+6,3	+3,2	+3,8	+5,1	+8,4	+10,4	+10,9	+8,9	-4,2	-4,8	-4,4	-3,8
Indonesien	+6,5	+6,2	+5,3	+5,5	+5,4	+4,3	+7,3	+7,5	0,2	-2,7	-3,4	-3,
Malaysia	+5,1	+5,6	+4,7	+4,9	+3,2	+1,7	+2,0	+2,6	11,6	6,1	3,5	3,6
Thailand	+0,1	+6,5	+3,1	+5,2	+3,8	+3,0	+2,2	+2,1	1,7	0,0	0,1	-0,
Lateinamerika	+4,6	+2,9	+2,7	+3,1	+6,6	+5,9	+6,7	+6,5	-1,4	-1,9	-2,4	-2,4
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+3,5	+2,8	+9,8	+10,0	+10,5	+11,4	-0,6	0,0	-0,8	-0,8
Brasilien	+2,7	+0,9	+2,5	+2,5	+6,6	+5,4	+6,3	+5,8	-2,1	-2,4	-3,4	-3,2
Chile	+5,8	+5,6	+4,4	+4,5	+3,3	+3,0	+1,7	+3,0	-1,3	-3,5	-4,6	-4,0
Mexiko	+4,0	+3,6	+1,2	+3,0	+3,4	+4,1	+3,6	+3,0	-1,0	-1,2	-1,3	-1,!
Sonstige												
Türkei	+8,8	+2,2	+3,8	+3,5	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-6,1	-7,4	-7,
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,0	+2,9	+5,0	+5,7	+5,9	+5,5	-3,4	-6,3	-6,1	-6,

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2013.

	••	
Tabelle 9:	Übersicht Weltfinanz	
	LIBORCICHT WOLTTING	marvta
141124	UDELSIC III VVEILIIIAIIA	THALKIE

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.03.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
Dow Jones	16 066	16 577	-3,1	13 329	16 577
Euro Stoxx 50	3 005	3 109	-3,4	2 512	3 169
Dax	9 0 5 6	9 552	-5,2	7 460	9 743
CAC 40	4216	4 2 9 6	-1,9	3 596	4419
Nikkei	14328	16 291	-12,1	10 487	16 291
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.03.2014	2013	US-Bond	2013/2014	2013/2014
USA	2,67	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	1,54	1,95	-1,1	1,18	2,01
Japan	0,63	0,74	-2,0	0,45	0,94
Vereinigtes Königreich	2,69	3,07	+0,0	1,64	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.03.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
US-Dollar/Euro	1,39	1,38	+0,7	1,28	1,39
Yen/US-Dollar	101,34	105,30	-3,8	87,03	105,30
Yen/Euro	140,63	144,72	-2,8	113,93	145,02
Pfund/Euro	0,84	0,83	+0,4	0,81	0,88



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0	+2,1	+1,6	+1,4	+1,4	5,5	5,3	5,2	5,1
OECD	+0,9	+0,5	+1,7	+2,0	+2,1	+1,7	+1,8	+2,0	5,5	5,4	5,4	5,2
IWF	+0,9	+0,5	+1,6	+1,4	+2,1	+1,6	+1,8	+1,8	5,5	5,6	5,5	5,5
USA												
EU-KOM	+2,8	+1,9	+2,9	+3,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	8,1	7,4	6,5	5,8
OECD	+2,8	+1,7	+2,9	+3,4	+2,1	+1,5	+1,8	+1,9	8,1	7,5	6,9	6,3
IWF	+2,8	+1,9	+2,8	+3,0	+2,1	+1,4	+1,5	+1,8	8,1	7,6	7,4	6,9
Japan												
EU-KOM	+1,4	+1,6	+1,6	+1,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,2	4,3	4,0	3,8	3,8
OECD	+1,9	+1,8	+1,5	+1,0	-0,0	+0,2	+2,3	+1,8	4,3	4,0	3,9	3,8
IWF	+1,4	+1,7	+1,7	+1,0	-0,0	+0,0	+2,9	+1,9	4,4	4,2	4,3	4,3
Frankreich												
EU-KOM	+0,0	+0,3	+1,0	+1,7	+2,2	+1,0	+1,2	+1,2	10,2	10,8	11,0	11,0
OECD	+0,0	+0,2	+1,0	+1,6	+2,2	+1,0	+1,2	+1,2	9,8	10,6	10,8	10,7
IWF	+0,0	+0,2	+0,9	+1,5	+2,2	+1,0	+1,5	+1,5	10,3	11,0	11,1	10,9
Italien												
EU-KOM	-2,5	-1,9	+0,6	+1,2	+3,3	+1,3	+0,9	+1,3	10,7	12,2	12,6	12,4
OECD	-2,6	-1,9	+0,6	+1,4	+3,3	+1,4	+1,3	+1,0	10,7	12,1	12,4	12,1
IWF	-2,5	-1,8	+0,6	+1,1	+3,3	+1,6	+1,3	+1,2	10,7	12,5	12,4	12,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,3	+1,9	+2,5	+2,4	+2,8	+2,6	+2,0	+2,0	7,9	7,6	6,8	6,5
OECD	+0,1	+1,4	+2,4	+2,5	+2,8	+2,6	+2,4	+2,3	7,9	7,8	7,5	7,2
IWF	+0,3	+1,7	+2,4	+2,2	+2,8	+2,7	+2,3	+2,0	8,0	7,7	7,5	7,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,7	+1,7	+2,3	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	+2,0	7,3	7,1	7,0	6,9
IWF	+1,7	+1,7	+2,2	+2,4	+1,5	+1,1	+1,6	+1,9	7,3	7,1	7,1	7,0
Euroraum												
EU-KOM	-0,7	-0,4	+1,2	+1,8	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	11,4	12,1	12,0	11,7
OECD	-0,6	-0,4	+1,0	+1,6	+2,5	+1,4	+1,2	+1,2	11,3	12,0	12,1	11,8
IWF	-0,7	-0,4	+1,0	+1,4	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4	11,4	12,3	12,2	12,0
EZB	-0,6	-0,4	+1,2	+1,5	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	-0,4	+0,1	+1,5	+2,0	+2,6	+1,5	+1,2	+1,5	10,5	10,9	10,7	10,4
IWF	-0,3	+0,0	+1,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,7	+1,7	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013; Update (teilw.): Januar 2014.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2014 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 bis 2015 Mittelwertberechnung).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-0,1	+0,2	+1,4	+1,7	+2,6	+1,2	+0,9	+1,4	7,6	8,4	8,5	8,2
OECD	-0,3	+0,1	+1,1	+1,5	+2,6	+1,1	+1,1	+1,3	7,6	8,6	9,1	9,0
IWF	-0,3	+0,1	+1,0	+1,3	+2,6	+1,4	+1,2	+1,2	7,6	8,7	8,6	8,4
Estland												
EU-KOM	+3,9	+0,7	+2,3	+3,6	+4,2	+3,2	+1,8	+2,8	10,2	8,8	8,3	7,7
OECD	+3,9	+1,0	+2,4	+4,0	+4,2	+3,6	+3,2	+3,3	10,1	8,4	8,1	7,7
IWF	+3,9	+1,5	+2,5	+3,5	+4,2	+3,5	+2,8	+2,5	10,2	8,3	7,0	6,3
Finnland												
EU-KOM	-1,0	-1,5	+0,2	+1,3	+3,2	+2,2	+1,7	+1,6	7,7	8,2	8,3	8,1
OECD	-0,8	-1,0	+1,3	+1,9	+3,2	+2,3	+2,2	+1,8	7,7	8,3	8,3	8,0
IWF	-0,8	-0,6	+1,1	+1,4	+3,2	+2,4	+2,4	+2,2	7,8	8,0	7,9	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-6,4	-3,7	+0,6	+2,9	+1,0	-0,9	-0,6	+0,2	24,3	27,3	26,0	24,0
OECD	-6,4	-3,5	-0,4	+1,8	+1,0	-0,7	-1,6	-1,4	24,2	27,2	27,1	26,6
IWF	-6,4	-4,2	+0,6	+2,9	+1,5	-0,8	-0,4	+0,3	24,2	27,0	26,0	24,0
Irland												
EU-KOM	+0,2	+0,3	+1,8	+2,9	+1,9	+0,5	+0,8	+1,1	14,7	13,1	11,9	11,2
OECD	+0,1	+0,1	+1,9	+2,2	+1,9	+0,6	+0,8	+1,0	14,7	13,6	13,2	12,3
IWF	+0,2	+0,6	+1,8	+2,5	+1,9	+1,0	+1,2	+1,4	14,7	13,7	13,3	12,8
Lettland												
EU-KOM	+5,2	+4,0	+4,2	+4,3	+2,3	+0,0	+1,9	+2,1	15,0	11,9	10,5	9,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	_	-	-	-
IWF	+5,6	+4,0	+4,2	+4,2	+2,3	+0,7	+2,1	+2,3	15,0	11,9	10,7	10,1
Luxemburg												
EU-KOM	-0,2	+2,1	+2,2	+2,5	+2,9	+1,7	+1,5	+1,7	5,1	5,9	6,0	5,9
OECD	-0,2	+1,8	+2,3	+2,3	+2,9	+1,7	+1,6	+2,0	6,1	6,9	7,1	7,2
IWF	+0,3	+0,5	+1,3	+1,6	+2,9	+1,8	+1,9	+2,8	6,1	6,6	7,0	7,1
Malta												
EU-KOM	+0,9	+2,0	+2,1	+2,1	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9	6,4	6,5	6,4	6,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,0	+1,1	+1,8	+2,0	+3,2	+2,0	+2,0	+2,1	6,3	6,4	6,3	6,2
Niederlande												
EU-KOM	-1,2	-0,8	+1,0	+1,3	+2,8	+2,6	+1,1	+1,3	5,3	6,7	7,4	7,2
OECD	-1,2	-1,1	-0,1	+0,9	+2,8	+2,8	+1,6	+0,9	5,2	6,7	7,8	8,1
IWF	-1,2	-1,3	+0,3	+1,6	+2,8	+2,9	+1,3	+0,8	5,3	7,1	7,4	7,0
Österreich												
EU-KOM	+0,9	+0,3	+1,5	+1,8	+2,6	+2,1	+1,8	+1,8	4,3	4,9	4,8	4,7
OECD	+0,6	+0,4	+1,7	+2,2	+2,6	+2,0	+1,6	+1,7	4,4	4,8	4,7	4,3
IWF	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8	4,3	4,8	4,8	4,6

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Portugal													
EU-KOM	-3,2	-1,6	+0,8	+1,5	+2,8	+0,4	+0,8	+1,2	15,9	16,5	16,8	16,5	
OECD	-3,2	-1,7	+0,4	+1,1	+2,8	+0,5	+0,6	+0,4	15,6	16,7	16,1	15,8	
IWF	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5	+2,8	+0,7	+1,0	+1,5	15,7	17,4	17,7	17,3	
Slowakei													
EU-KOM	+1,8	+0,8	+2,3	+3,2	+3,7	+1,5	+0,7	+1,6	14,0	14,2	13,9	13,4	
OECD	+1,8	+0,8	+1,9	+2,9	+3,7	+1,6	+2,0	+2,1	14,0	14,4	14,2	13,7	
IWF	+2,0	+0,8	+2,3	+2,8	+3,7	+1,7	+2,0	+2,1	14,0	14,4	14,4	13,9	
Slowenien													
EU-KOM	-2,5	-1,6	-0,1	+1,3	+2,8	+1,9	+0,8	+1,3	8,9	10,2	10,8	10,7	
OECD	-2,5	-2,3	-0,9	+0,6	+2,8	+2,2	+1,7	+1,3	8,8	10,7	11,2	11,4	
IWF	-2,5	-2,6	-1,4	+0,9	+2,6	+2,3	+1,8	+2,1	8,9	10,3	10,9	10,5	
Spanien													
EU-KOM	-1,6	-1,2	+1,0	+1,7	+2,4	+1,5	+0,3	+0,9	25,0	26,4	25,7	24,6	
OECD	-1,6	-1,3	+0,5	+1,0	+2,4	+1,6	+0,5	+0,6	25,0	26,4	26,3	25,6	
IWF	-1,6	-1,2	+0,6	+0,8	+2,4	+1,8	+1,5	+1,2	25,0	26,9	26,7	26,5	
Zypern													
EU-KOM	-2,4	-6,0	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	16,0	19,2	18,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6	11,9	17,0	19,5	18,7	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): M\"{a}rz 2014 \,.$

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013; Update (teilw.): Januar 2014.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Bulgarien													
EU-KOM	+0,8	+0,6	+1,7	+2,0	+2,4	+0,4	+0,5	+1,8	12,3	12,9	12,7	12,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,8	+0,5	+1,6	+2,5	+2,4	+1,4	+1,5	+2,3	12,4	12,4	11,4	10,4	
Dänemark													
EU-KOM	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8	+2,4	+0,5	+1,5	+1,7	7,5	7,0	6,9	6,7	
OECD	-0,4	+0,3	+1,6	+1,9	+2,4	+0,7	+1,2	+1,6	7,5	7,0	6,7	6,5	
IWF	-0,4	+0,1	+1,2	+1,5	+2,4	+0,8	+1,9	+1,8	7,5	7,1	7,1	7,0	
Kroatien													
EU-KOM	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2	+3,4	+2,3	+1,3	+1,5	15,9	17,6	17,6	17,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,0	-0,6	+1,5	+2,0	+3,4	+3,0	+2,5	+2,7	16,2	16,6	16,1	15,2	
Litauen													
EU-KOM	+3,7	+3,2	+3,5	+3,9	+3,2	+1,2	+1,1	+1,9	13,4	11,8	10,4	9,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+3,6	+3,4	+3,4	+3,5	+3,2	+1,3	+2,1	+2,3	13,2	11,8	11,0	10,0	
Polen													
EU-KOM	+1,9	+1,6	+2,9	+3,1	+3,7	+0,8	+1,4	+2,0	10,1	10,4	10,3	10,1	
OECD	+2,1	+1,4	+2,7	+3,3	+3,6	+1,1	+1,9	+2,2	10,1	10,5	10,6	10,3	
IWF	+1,9	+1,3	+2,4	+2,7	+3,7	+1,4	+2,0	+2,1	10,1	10,9	11,0	10,8	
Rumänien													
EU-KOM	+0,7	+3,5	+2,3	+2,5	+3,4	+3,2	+2,4	+3,4	7,0	7,2	7,2	7,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+0,7	+2,0	+2,2	+2,5	+3,3	+4,5	+2,8	+2,9	7,0	7,1	7,1	6,9	
Schweden													
EU-KOM	+0,9	+0,9	+2,5	+3,3	+0,9	+0,4	+0,9	+1,8	8,0	8,0	7,7	7,3	
OECD	+1,3	+0,7	+2,3	+3,0	+0,9	+0,1	+1,0	+1,2	8,0	8,0	7,8	7,5	
IWF	+1,0	+0,9	+2,3	+2,3	+0,9	+0,2	+1,6	+2,4	8,0	8,0	7,7	7,5	
Tschechien													
EU-KOM	-1,0	-1,2	+1,8	+2,2	+3,5	+1,4	+1,0	+1,8	7,0	7,0	6,8	6,6	
OECD	-1,0	-1,5	+1,1	+2,3	+3,3	+1,4	+1,0	+1,3	7,0	7,0	6,9	6,8	
IWF	-1,2	-0,4	+1,5	+2,1	+3,3	+1,8	+1,8	+2,0	7,0	7,4	7,5	7,3	
Ungarn													
EU-KOM	-1,7	+1,1	+2,1	+2,1	+5,7	+1,7	+1,2	+2,8	10,9	10,2	9,6	9,3	
OECD	-1,7	+1,2	+2,0	+1,7	+5,7	+1,9	+2,1	+3,5	10,9	10,4	10,1	10,3	
IWF	-1,7	+0,2	+1,3	+1,5	+5,7	+2,4	+3,0	+3,0	10,9	11,3	11,1	11,0	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013; Update (teilw.): Januar 2014.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	0,1	-0,1	0,0	0,0	81,0	79,6	77,3	74,5	7,0	7,0	6,7	6,4
OECD	0,1	0,1	0,2	0,6	81,0	78,8	76,1	73,6	7,1	7,0	6,1	5,6
IWF	0,1	-0,4	-0,1	0,0	81,9	80,4	78,1	75,2	7,0	6,0	5,7	5,4
USA												
EU-KOM	-9,2	-6,2	-5,4	-4,8	103,1	107,6	110,6	111,3	-2,6	-2,3	-2,1	-2,3
OECD	-9,3	-6,5	-5,8	-4,6	102,1	104,1	106,3	106,5	-2,7	-2,5	-2,9	-3,1
IWF	-8,3	-5,8	-4,7	-3,9	102,7	106,0	107,3	107,0	-2,7	-2,7	-2,8	-2,9
Japan												
EU-KOM	-8,7	-9,0	-7,5	-6,2	232,0	237,5	243,6	242,9	1,0	0,7	0,5	1,0
OECD	-9,5	-10,0	-8,5	-6,8	218,8	227,2	231,9	235,4	1,1	0,9	1,2	1,5
IWF	-10,1	-9,5	-6,8	-5,7	238,0	243,5	242,3	242,4	1,0	1,2	1,7	1,9
Frankreich												
EU-KOM	-4,8	-4,2	-4,0	-3,9	90,2	93,9	96,1	97,3	-2,1	-1,9	-2,0	-2,2
OECD	-4,8	-4,2	-3,7	-3,0	90,3	94,0	96,7	97,8	-2,2	-2,2	-2,4	-2,3
IWF	-4,9	-4,0	-3,5	-2,8	85,8	90,2	93,5	94,8	-2,2	-1,6	-1,6	-1,1
Italien												
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2	127,0	132,7	133,7	132,4	-0,5	0,9	1,3	1,2
OECD	-2,9	-3,0	-2,8	-2,0	127,0	132,7	133,2	132,6	-0,6	1,2	1,8	2,0
IWF	-2,9	-3,2	-2,1	-1,8	127,0	132,3	133,1	131,8	-0,7	0,0	0,2	0,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-6,1	-6,3	-5,2	-4,2	88,6	91,4	93,4	94,5	-3,7	-3,8	-3,3	-3,2
OECD	-6,2	-6,9	-5,9	-4,7	88,7	91,8	95,2	98,5	-3,8	-3,4	-2,5	-2,3
IWF	-7,9	-6,1	-5,8	-4,9	88,8	92,1	95,3	97,9	-3,8	-2,8	-2,3	-1,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-3,4	-3,0	-2,2	-1,3	96,1	97,0	97,1	96,6	-3,4	-3,1	-2,9	-2,5
IWF	-3,4	-3,4	-2,9	-2,3	85,3	87,1	85,6	84,9	-3,4	-3,1	-3,1	-2,8
Euroraum												
EU-KOM	-3,7	-3,1	-2,6	-2,5	92,6	95,5	95,9	95,4	1,8	2,7	2,7	2,
OECD	-3,7	-2,9	-2,5	-1,8	92,7	95,2	95,9	95,6	1,9	2,6	2,6	2,8
IWF	-3,7	-3,1	-2,5	-2,1	93,0	95,7	96,1	95,3	1,9	2,3	2,5	2,6
EU-27												
EU-KOM	-3,9	-3,5	-2,7	-2,7	86,6	89,4	89,7	89,5	0,9	1,7	1,7	1,7
IWF	-4,2	-3,4	-2,9	-2,5	86,8	89,5	90,0	89,7	0,9	1,5	1,6	1,7

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013; Update (teilw.): Januar 2014.

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Belgien													
EU-KOM	-4,0	-2,7	-2,6	-2,7	99,8	99,8	100,5	100,0	-0,2	0,1	0,6	0,3	
OECD	-4,1	-2,7	-2,4	-1,1	99,7	100,2	100,4	98,5	-2,0	-1,9	-0,6	-0,3	
IWF	-4,0	-2,8	-2,5	-1,5	99,8	100,9	101,2	100,2	-1,6	-0,7	-0,3	0,0	
Estland													
EU-KOM	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4	9,8	10,0	10,1	9,8	-2,8	-2,1	-2,4	-2,3	
OECD	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	9,8	9,5	9,3	8,9	-1,8	-1,7	-2,5	-1,8	
IWF	-0,2	0,3	0,2	0,1	9,7	11,0	10,4	9,8	-1,8	-0,7	-0,2	0,3	
Finnland													
EU-KOM	-1,8	-2,4	-2,5	-2,3	53,6	57,2	60,4	62,0	-1,4	-0,2	0,5	0,4	
OECD	-2,2	-2,5	-2,3	-1,8	53,6	56,4	60,0	62,7	-1,9	-0,7	-1,0	-0,5	
IWF	-2,3	-2,8	-2,1	-1,6	53,6	58,0	59,8	60,5	-1,8	-1,6	-1,8	-1,7	
Griechenland													
EU-KOM	-9,0	-13,1	-2,2	-1,0	156,9	177,3	177,0	171,9	-5,3	-2,3	-1,8	-1,6	
OECD	-9,0	-2,4	-2,2	-1,4	157,0	176,6	181,3	183,0	-3,4	-0,4	1,3	2,3	
IWF	-6,3	-4,1	-3,3	-2,1	156,9	175,7	174,0	168,6	-3,4	-1,0	-0,5	0,1	
Irland													
EU-KOM	-8,2	-7,2	-4,8	-4,3	117,4	122,3	120,3	119,7	4,4	7,0	6,8	7,2	
OECD	-8,1	-7,4	-5,0	-3,1	117,4	122,2	120,7	118,5	4,4	4,3	3,9	3,4	
IWF	-7,6	-7,6	-5,0	-2,9	117,4	123,3	121,0	118,3	4,4	2,3	3,1	3,1	
Lettland													
EU-KOM	-1,3	-1,3	-1,0	-1,0	40,6	38,4	38,7	32,7	-2,5	-1,6	-1,9	-2,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	0,1	-1,4	-0,5	-0,7	36,4	38,4	34,6	28,0	-1,7	-1,1	-1,3	-1,6	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,6	-0,2	-0,5	-2,4	21,7	24,3	25,5	28,1	6,7	6,4	6,7	7,0	
OECD	-0,6	-0,3	-0,3	-1,1	21,7	24,4	26,1	28,2	6,6	6,7	7,1	5,4	
IWF	-0,8	-0,7	-0,9	-1,6	20,8	22,9	24,6	26,6	5,7	6,0	6,6	5,7	
Malta													
EU-KOM	-3,3	-3,0	-2,7	-2,7	71,1	72,0	72,4	71,5	1,1	1,7	0,9	0,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-3,5	-3,6	-3,6	71,6	73,4	74,0	74,4	1,1	1,1	0,8	0,9	
Niederlande													
EU-KOM	-4,1	-3,1	-3,2	-2,9	71,3	74,3	75,3	75,6	7,7	9,2	9,1	10,0	
OECD	-4,0	-3,0	-3,0	-2,3	71,2	75,4	77,0	77,5	9,4	10,3	10,1	10,9	
IWF	-4,1	-3,0	-3,2	-4,8	71,3	74,4	75,6	76,7	10,1	10,9	11,0	11,4	
Österreich													
EU-KOM	-2,5	-1,7	-2,1	-1,8	74,0	74,6	74,3	73,7	1,8	2,9	3,4	3,8	
OECD	-2,5	-2,3	-1,9	-1,2	74,1	75,7	76,1	75,5	1,6	3,1	3,4	3,8	
IWF	-2,5	-2,6	-2,4	-1,9	74,1	74,4	74,8	74,2	1,8	2,8	2,4	2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatsscl	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-6,4	-5,9	-4,0	-2,5	124,1	129,4	126,6	125,8	-2,2	0,4	0,8	1,1
OECD	-6,5	-5,7	-4,6	-3,6	124,1	124,9	127,4	129,5	-1,5	0,5	1,2	2,1
IWF	-6,4	-5,5	-4,0	-2,5	123,8	123,6	125,3	124,2	-1,5	0,9	0,9	0,9
Slowakei												
EU-KOM	-4,5	-2,5	-3,3	-3,4	52,4	54,3	57,8	58,4	1,6	2,0	1,9	2,3
OECD	-4,5	-3,0	-2,8	-2,6	52,4	54,6	56,9	56,4	2,3	3,9	4,5	5,5
IWF	-4,3	-3,0	-3,8	-3,2	52,1	55,3	57,5	58,2	2,3	3,5	4,2	4,3
Slowenien												
EU-KOM	-3,8	-14,9	-3,9	-3,3	54,4	71,9	75,4	78,0	3,1	4,9	6,9	7,8
OECD	-3,8	-7,1	-5,9	-2,9	54,4	63,1	70,5	74,7	3,3	6,0	6,2	7,1
IWF	-3,2	-7,0	-3,8	-3,9	52,8	71,5	75,3	77,6	3,3	5,4	7,0	6,9
Spanien												
EU-KOM	-10,6	-7,2	-5,8	-6,5	86,0	94,3	98,9	103,3	-1,2	1,1	1,6	1,8
OECD	-10,6	-6,7	-6,1	-5,1	86,0	92,8	98,0	101,8	-1,1	0,6	1,6	3,1
IWF	-10,8	-6,7	-5,8	-5,0	85,9	93,7	99,1	102,5	-1,1	1,4	2,6	3,8
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-5,5	-5,8	-6,1	85,8	112,0	121,5	125,8	-6,8	-1,7	0,0	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-6,7	-7,5	-5,3	85,8	114,1	123,0	125,7	-6,5	-2,0	-0,6	-0,9

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013; Update (teilw.): Januar 2014.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Bulgarien													
EU-KOM	-0,8	-1,9	-1,9	-1,7	18,5	19,4	22,7	24,1	-1,3	2,0	1,3	0,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,5	-1,8	-1,7	-1,2	17,6	16,0	19,0	18,3	-1,3	1,2	0,3	-1,5	
Dänemark													
EU-KOM	-3,8	-0,3	-1,3	-2,7	45,4	42,4	41,6	43,1	6,0	7,0	6,8	6,6	
OECD	-3,9	-1,5	-1,5	-1,9	45,4	44,8	46,0	47,5	5,9	6,1	6,1	6,0	
IWF	-4,2	-1,7	-2,0	-2,9	45,6	47,1	47,8	49,2	5,6	4,7	4,8	4,9	
Kroatien													
EU-KOM	-5,0	-6,0	-5,4	-4,8	55,5	64,9	67,4	68,7	-0,2	0,8	1,3	0,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,8	-4,7	-4,7	-4,2	53,7	57,8	60,7	62,2	0,1	0,4	-0,7	-0,9	
Litauen													
EU-KOM	-3,2	-2,7	-2,3	-1,7	40,5	39,5	42,2	41,4	-1,1	0,1	-0,5	-0,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-2,9	-2,7	-2,6	41,2	42,0	42,3	42,3	-0,5	-0,3	-1,2	-1,7	
Polen													
EU-KOM	-3,9	-4,4	5,0	-2,9	55,6	57,8	50,3	51,0	-3,3	-1,6	-1,4	-1,8	
OECD	-3,9	-4,8	4,6	-3,1	55,6	59,2	52,0	52,1	-3,7	-2,6	-2,7	-2,7	
IWF	-3,9	-4,6	-3,4	-2,8	55,6	57,6	50,0	50,7	-3,5	-3,0	-3,2	-3,2	
Rumänien													
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,2	-1,8	38,0	38,3	39,3	39,2	-4,4	-1,0	-1,2	-1,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-2,3	-2,0	-1,8	38,2	38,2	38,1	37,2	-3,9	-2,0	-2,5	-2,8	
Schweden													
EU-KOM	-0,2	-1,1	-1,5	-0,8	38,2	41,5	41,8	40,8	6,5	6,2	5,6	5,5	
OECD	-0,4	-1,4	-1,7	-1,1	38,2	41,4	42,9	42,8	6,0	5,2	5,2	5,5	
IWF	-0,7	-1,4	-1,5	-0,5	38,3	42,2	42,2	40,5	6,0	5,7	5,5	5,5	
Tschechien													
EU-KOM	-4,4	-2,7	-2,8	-3,3	46,2	46,1	47,2	48,6	-2,6	-2,4	-1,5	-0,9	
OECD	-4,4	-2,9	-2,9	-2,9	46,2	49,0	51,6	53,9	-2,4	-2,1	-2,3	-1,9	
IWF	-4,4	-2,9	-2,9	-2,6	45,9	47,6	48,9	49,6	-2,4	-1,8	-1,5	-1,5	
Ungarn													
EU-KOM	-2,0	-2,4	-3,0	-2,9	79,8	77,8	79,1	78,9	1,1	2,9	2,7	2,6	
OECD	-2,1	-2,7	-2,9	-2,9	79,8	78,5	78,4	77,8	0,9	1,8	2,1	2,4	
IWF	-2,0	-2,7	-2,8	-3,0	79,2	79,8	80,0	79,7	1,7	2,2	2,0	1,3	

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2013; Update (teilw.): März 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013; Update (teilw.): Januar 2014.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

März 2014

Gestaltung, Lektorat und Satz

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X